

Königsteiner Blätter

VI/1960 · Nr. 3 und 4
Postverlagsort Königstein/Ts.

Wissenschaftliche Beilage zu den „Mitteilungen für
die heimatvertriebenen Priester aus dem Osten“

DIE VERTREIBUNG IM LICHT DES KIRCHENRECHTES*

Dr. Karl Braunstein, Königstein/Ts.

EINLEITUNG

Die vorliegende Studie überprüft im 1. Kapitel die für die vertriebenen Kleriker und Laien gemeinsamen Fragen, wobei die wesentliche Domizilsfrage einen breiten Raum einnimmt. Das 2. Kapitel setzt sich mit der kirchenrechtlichen Lage der heimatverwiesenen Laien auseinander; dabei können — wie auch im folgenden Kapitel — Pastoralprobleme, zumal Diasporafragen, nicht unberücksichtigt bleiben. Eine gesonderte Behandlung erfährt „Die Eheschließung der Vertriebenen“. Schließ-

Abkürzungen

AAS	= Acta Apostolicae Sedis	Ius Pontif.	Ius Pontificium
AFKKR	Archiv für katholisches Kirchenrecht	KNA	(röm. Rechtszeitschrift)
can, cc.	Canon, canones	LThK	Katholische Nachrichten-Agentur
CC	Konzilskongregation		Lexikon für Theologie und Kirche (Buchberger)
CIC	Codex Iuris Canonici	Mitteilungen	Mitteilungen für die heimatvertriebenen Priester aus dem Osten (Priesterreferat Königstein/Ts.) 1947 ff.
CPI	Commissio pontificia interpretationis Codicis		
C. Sacr.	Sakramentenkongregation	RK	Reichskonkordat
Enc.	Enzyklika	Rota	Römische Rota
G. R.	Geistlicher Rat	SBZ	Sowjet. Besatzungszone
KISIF	Kath. internationales soziologisches Institut für Flüchtlingsfragen	SC	Sacra Congregatio
		SRC	Ritenkongregation
		tom.	Tomus

* Der Autor, dessen Abhandlung über *Die Vertreibung im Lichte des Naturrechtes* („Königsteiner Blätter“ V/1959, Nr. 2 u. 3) im vatikanischen *L'OSSERVATORE ROMANO* v. 11./12. Juli 1960 beifällig rezensiert wurde, setzt hiermit seine rechtskundlichen Untersuchungen über das Vertriebenenproblem fort. — *Anm. d. Herausgeber.*

lich tritt die Frage „Vertreibung und Kirchenpatronat“ in das Blickfeld. Das 3. Kapitel erhellt die kirchenrechtliche Lage des vertriebenen Klerus. Nach einer Statistik wird das Rechtsverhältnis zum Heimatbischof, zum Aufnahmebischof und zum Sonderbeauftragten untersucht, sodann die rechtliche Stellung zum Ortspfarrer dargelegt. Die nicht einheitliche Trauungsbefugnis der ausgesiedelten Priester bildet den Schluß des 3. Kapitels. Unsere Abhandlung bietet gleichzeitig einen Rückblick auf die Vertriebenenseelsorge seit 1946.

Die Rechtslage der heimatverwiesenen Priesterkandidaten hat bereits A. Kindermann dargestellt und die speziellen Weihebestimmungen kommentiert („Königsteiner Blätter“ I 1956).

Nicht einbezogen in diese Untersuchungen blieben die Rechtsprobleme der vertriebenen Ordensgemeinschaften¹.

1. Kapitel

GEMEINSAME FRAGEN FÜR KLERIKER UND LAIEN

I. Gebietsveränderungen und Bevölkerungsverschiebungen

A) Gebietsveränderungen

Das Potsdamer Dreimächteabkommen trennte durch einseitigen Beschluß der Siegermächte das Gebiet östlich der Oder und Neiße von dem übrigen Deutschland; der nordöstliche Teil Ostpreußens wurde unter russische, der weite andere Teil unter polnische Verwaltung gestellt^{1a}.

Von diesem Abkommen wurden folgende Bistümer betroffen:

Zur Gänze fielen unter polnische Zivilverwaltung das exemte Bistum Danzig (mit 58 Pfarreien)² und die Praelatura nullius Schneidemühl mit 79 Pfarreien³.

Vom Bistum Ermland (Warmia) (1940: 145 Pfarreien und 41 Seelsorgestellen) liegen 24 Pfarreien in dem seit 1945 russisch besetzten, die übrigen im polnisch verwalteten Teil.

Von der Diözese Berlin kamen i. J. 1945 32 Pfarreien und Seelsorgestationen unter polnische Zivilverwaltung.

Vom Erzbistum Breslau (1940: 787 Pfarreien) blieb unter deutscher Zivilverwaltung nur der ‚Görlitzer Anteil‘, das ist das Gebiet westlich der Oder-Neiße

¹ Vgl. dazu A. K. Huber, Die sudetendeutschen Ordensgemeinschaften und Klöster nach der Vertreibung, in Stifter-Jahrbuch 1957, S. 264—272.

^{1a} Siehe S. Anhang No. 1.

„Die Annexion des nördlichen Teiles von Ostpreußen durch Sowjetrußland haben Molotow als auch Stalin nicht versucht, mit historischen Argumenten zu begründen, sondern mit ‚strategischer Sicherheit und dem Wunsche nach dem eisfreien Hafen Königsberg‘.“ — Kraus Herbert, Die Oder-Neiße-Linie, 13.

Dieses Gebiet wurde am 7. April 1946 durch Ukas des Präsidiums des Obersten Rates der UdSSR in den sowjetischen Staatskörper eingegliedert. — Kraus, a.a.O., 17.

² Vgl. Annuario Pontificio, Vatikan 1960, S. 232.

³ a.a.O. 755.

(12 000 qkm mit 53 Pfarreien und Seelsorgestellen); der sudetendeutsche Anteil der Breslauer Erzdiözese Teschen-Weidenau fiel an die CSR zurück; der große Restteil des Erzbistums geriet unter polnische Verwaltung.

Unter polnische Verwaltung fielen ferner die Grafschaft Glatz, die seit 1296 Teil des Erzbistums Prag ist und 1920 selbständiges Generalvikariat wurde (1941: 55 Pfarreien und 9 Kuratien)⁴ und das zur Erzdiözese Olmütz gehörende Generalvikariat Branitz (Archipresbyterat Katscher) (1940: 41 Pfarreien und 5 Seelsorgestellen).

Das Bistum Kattowitz war schon seit 1925 durch die Bulle ‚Vixdum Poloniae unitas‘ kirchenrechtlich als Suffragan dem polnischen Erzbistum Krakau unterstellt worden⁵.

Über 1000 deutsche Pfarreien und Seelsorgestationen kamen denn durch Potsdam unter polnische Zivilverwaltung.

Die polnische Regierung hat am 27. Januar 1951 die durch Kardinal Hlond inzwischen durchgeführte provisorische Kirchenverwaltung dieser Gebiete in Form Apostolischer Administraturen aufgehoben, ihre Umwandlung in ständige kirchliche Einrichtungen verfügt und Verwalter, ‚Kapitularvikare‘ genannt, eingesetzt.

Im „Polnischen Pressedienst“ (PPD) Nr. 1190 vom 3. 2. 1951, S. 1, war zu lesen: „Es wurden entsprechend den Vorschriften des kanonischen Rechts (!) Kapitularvikare als Ordinarii der Diözesen gewählt, und zwar zum Kapitularvikar der Diözese Wroclaw (Breslau) Archipresbyter K. Lagosz, der Administration Opole (Oppeln) Dekan E. Kobierzycki, in Gorzów (Landsberg) Dekan T. Zaluczowski, in Gdansk (Danzig) J. Cymanowski, und in Olsztyn (Allenstein) für das Bistum Ermland der bischöfliche Notarius W. Zink“⁶.

Erzbischof Wyscynski hat im Interesse der kirchlichen Einheit auf Grund seiner Apostolischen Vollmachten von sich aus die Iurisdiktion erteilt. Damit wurde die Erzdiözese Breslau, soweit sie unter polnischer Verwaltung steht, in drei Administrationsbezirke aufgeteilt: Breslau (Niederschlesien), Oppeln (Oberschlesien) und Landsberg (Warthegebiet)⁷.

⁴ Monse Franz, Die Grafschaft Glatz, in: Mitteilungen, 1949, V, 43 f.

⁵ Kaps Joh., Die katholische Kirchenverwaltung in den deutschen Diözesen östlich der Oder-Neiße (1945–1955), in: Christ Unterwegs, 1955, XII, 7 f.

⁶ Ders., ebd.

⁷ Ebd. — Vgl. auch Herder-Korrespondenz, 1957, I, 168 f.: „Eine der ersten Maßnahmen von Kardinal Wyszynski war die Neuordnung der kirchlichen Verwaltung in den deutschen Ostgebieten. Er hat sie, wie Inter-Catholic Press Agency telefonisch von der erzbischöflichen Kanzlei in Warschau erfahren hat, vorgenommen auf Grund der Vollmachten, die dem Primas von Polen nach dem Ende des Krieges vom Heiligen Stuhl erteilt worden waren. Nach dem Kriege hatte der damalige Primas, Kardinal Hlond, Administratoren ernannt, die später von der Regierung abgesetzt und durch ‚Kapitularvikare‘ mit staatlicher Ernennung abgelöst wurden. Kardinal Wyszynski hatte diesen nachträglich die kirchliche Iurisdiktion verliehen. Nunmehr hat der Kardinal selbst die Funktion eines Apostolischen Administrators aller dieser Gebiete und Diözesen übernommen. Als Apostolischer Administrator auf unbestimmte Zeit ist er gemäß dem Kirchenrecht zur Einsetzung von Generalvikaren befugt, die die ihnen zugewiesenen Gebiete in seinem Auftrag verwalten werden. Es wurden ernannt: Msgr. Thomas Wilczynski, Weihbischof von Lublin, zum Generalvikar der Diözese Ermland (polnisch verwalteter Anteil); Msgr. Franz

Das *Annuario Pontificio* 1960 stellt in einer Vorbemerkung fest, daß die Landesangaben bei der jeweiligen Anschrift der Ortsordinarien den Erfordernissen des Postverkehrs entspreche, nichts aber über die staatliche Zugehörigkeit der kirchlichen Distrikte sage; es führt als für die Seelsorge in den polnisch verwalteten Teilen der Kirchenprovinz Breslau verantwortlich an: Titularbischof Jop in Oppeln, Titularbischof Wilczynski in Allenstein, Titularbischof Kominek in Breslau und Titularbischof Pluta in Landsberg⁸.

Diese Regelung entspricht den Seelsorgsaufgaben in den besagten Gebieten und berücksichtigt die kirchenrechtliche Lage:

Jop, früher Weihbischof von Sandomir, zum Generalvikar der Administratur Oppeln; Msgr. Boleslaw Kominek, früher Administrator von Oppeln, zum Generalvikar des Erzbistums Breslau (polnisch verwalteter Anteil); Msgr. Edmund Novicki, früher Administrator von Landsberg a. W., zum Koadjutor des Bistums Danzig; Msgr. Theodor Bensch, früher Administrator von Ermland, zum Generalvikar der Administratur Landsberg/W. Die Prälaten Kominek, Nowicki, Bensch wurden zugleich ... zu Titularbischöfen erhoben.

Zu der viel erörterten Frage, ob diese Neuregelung für die deutschen Gebiete eine Änderung der Haltung des Apostolischen Stuhles bezüglich der deutschen Ostgrenzen zum Ausdruck bringe, wurde nach KNA am 4. Dezember 1956 von zuständiger Stelle im Vatikan erklärt: „In dem Umstand, daß der Ordinarius von Warschau mit der Jurisdiktion über die deutschen Ostgebiete betreut worden ist und nicht an Ort und Stelle residierende Ordinarien, ist der Zustand einer vorläufigen Lösung anders als bisher, aber ebenso deutlich zum Ausdruck gebracht worden. Zu der politischen Frage, wem diese Gebiete zugehören sollen, hat der Heilige Stuhl mit der neuen Regelung keinerlei neue Stellung bezogen, die etwa im Gegensatz zu seiner bisherigen steht.“ Für jeden, der mit dem katholischen Kirchenrecht vertraut ist, ergibt sich der Inhalt dieser Erklärung ohnehin aus dem CIC. Der Titel ‚Generalvikar‘ oder ‚Koadjutor‘, den die neuen Bistumsverwalter führen, bedeutet ebensowenig wie der bischöfliche Charakter dieser Prälaten, daß die vorläufige Ordnung in den deutschen Diözesen nun in eine endgültige umgewandelt worden wäre. Das Kirchenrecht sieht eigens den Fall vor, daß der Bischof einer Diözese auf lange Zeit an der Ausübung seiner Rechte gehindert ist, wie das in diesem Falle besonders für den Bischof von Danzig zutrifft, oder daß ein Bischofsstuhl lange Zeit unbesetzt bleiben muß. In diesen Fällen ernennt der Heilige Stuhl oder ein von ihm ad hoc Delegierter, in diesem Fall der Erzbischof von Gnesen und Warschau als Primas von Polen, einen Apostolischen Administrator auf unbestimmte Zeit, der alle Rechte und Pflichten eines residierenden Bischofs hat, ohne ein solcher zu sein. Er verwaltet die Diözese vielmehr, wie sein Titel es ausdrückt, im Namen des Papstes. Alle Vermutungen von polnischer und von deutscher Seite, die in der Neuregelung einen Schritt zur Anerkennung der polnischen Hoheitsansprüche erblickt haben, sind kirchenrechtlich völlig gegenstandslos. Der Erzbischof von Warschau als Delegierter des Papstes hat lediglich die Apostolische Administration sämtlicher Diözesen persönlich übernommen. Die kirchlichen Verhältnisse sind kirchenrechtlich in einer Weise geordnet worden, die einerseits dem Erfordernis der Wiederherstellung einer ordentlichen (richtiger ‚ordnungsgemäßen‘! — Anm. d. V.) kirchlichen Jurisdiktion gerecht wird, die durch die Einsetzung der ‚Kapitularvikare‘ vom Staat usurpiert worden war (wenn auch mit notgedrungener nachträglicher Sanktion durch die Kirche) und die andererseits die endgültige rechtliche Entscheidung durchaus nicht präjudiziert. Wenn einige deutsche Beobachter behaupten, der Vatikan habe schon dadurch den polnischen Ansprüchen zu weit nachgegeben, daß er den Primas von Polen mit der apostolischen Administration der deutschen Diözesen betraute, dann ist darauf zu erwidern, daß der Heilige Stuhl bei der zeitweiligen Verwaltung seelsorgliche Erwägungen allen anderen vorausstellen muß, wobei ja doch der Rechtsvorbehalt deutlich zum Ausdruck gebracht wird.“

⁸ *Annuario Pontificio*, 1960, 84, 150. Zur Diskussion anl. der Änderungen im Päpstlichen Jahrbuch 1958 vgl. Braun Gustav, Dokumentation in Sachen Päpstliches Jahrbuch 1958, in: Christ Unterwegs, XII/1958, Nr. 12,1—5, mit einer Darstellung der Rechtslage.

a) die allgemein kirchenrechtlichen Bestimmungen:

CIC, can. 215 § 1: „Es ist einzig und allein Sache der höchsten Autorität, («*unius supremae ecclesiasticae potestatis*»), Kirchenprovinzen, Diözesen, gefreite Abteien und Prälaturen, apostolische Vikariate und Präfekturen zu errichten, ihre Grenzen zu ändern, zu teilen, zu unieren, aufzuheben“. Die *suprema ecclesiastica potestas* aber besitzen nach dem dogmatischen Canon 218 der Papst, und das Oecumenische Konzil unter dem Papst (CIC cc. 228 mit 222).

Näherhin ist die Diözesaneinteilung Sache der Konsistorialkongregation, deren Präfekt der Papst selbst ist (CIC can. 248). Diözesanzirkumskriptionen, Errichtung und Besetzung hoher Kirchenämter gehören zu den wichtigeren Angelegenheiten, den *causae maiores*, die ausschließlich dem Papst zustehen (CIC can. 220)⁹. „Ungeachtet des hier benutzten ‚reservare‘ handelt es sich nicht allein um eigentliche Reservationen, sondern meist um solche Rechtsgeschäfte, bei denen eine mit der päpstlichen konkurrierende Zuständigkeit naturgemäß ausgeschlossen ist“¹⁰.

„Von kirchlicher Seite wird das Mitspracherecht der Staaten bei der Diözesanzirkumskription demnach nur insoweit anerkannt, als es durch einseitiges kirchliches Zugeständnis oder durch konkordatäre Vereinbarungen gewährleistet erscheint“¹¹.

b) „Eine solche konkordatäre Vereinbarung ist in Art. 11 des Reichskonkordates enthalten, der vorschreibt, daß die gegenwärtige Diözesanorganisation und -zirkumskription der katholischen Kirche im Deutschen Reich bestehen bleibt und daß bei Neubildungen oder Änderungen, die über die Grenzen eines deutschen Landes hinausgreifen, die Verständigung mit der Reichsregierung (jetzt Bundesregierung) erforderlich ist“¹². So wird durch Art. 11 RK vom 20. 7. 1933 die Aufrechterhaltung der Diözesanorganisation der katholischen Kirche im Gesamtgebiet des Deutschen Reiches (d. h. innerhalb der deutschen Grenzen vom 31. 12 1937) gewährleistet.

c) Die Potsdamer Beschlüsse betr. die Oder-Neiße-Grenze stellen nicht nur ein einseitiges Abkommen, sondern auch — nach dem klaren Wortlaut — eine provisorische Verwaltungsmaßnahme dar¹³.

Der Friedensvertrag bleibt abzuwarten.

B) Bevölkerungsverschiebungen.

Potsdam brachte aber nicht nur Gebiets- bzw. Verwaltungsänderungen, sondern auch die gewaltsamen Bevölkerungsverschiebungen¹⁴.

Damit stand die katholische Kirche Deutschlands vor schier unlösbaren Fragen und Problemen der religiösen Betreuung der Heimatvertriebenen; aber nicht nur

⁹ Vgl. Creusen Jos., S.J., *Epitome Iuris Canonici*, Mecheln-Rom⁷ 1949, n. 339; Capello Felix, S.J., *Summa Iuris Canonici*, Rom⁵ 1951, I, n. 298; Eichmann-Mörsdorf, *Kirchenrecht*, Paderborn⁹ 1959, I 353; Stutz Ulrich, *Der Geist des Codex Iuris Canonici*, Stuttgart 1918, 243.

¹⁰ Mörsdorf Klaus, *Die Rechtssprache des Codex Iuris Canonici*, Paderborn 1937, 113.

¹¹ Kaps, a.a.O., 18; vgl. hierzu auch Wernz-Vidal, *Ius Canonicum*, Rom³ 1943, II, n. 398.

¹² Kaps, ebd.

¹³ Siehe Anhang No. 1.

¹⁴ Ebd.

Fragen und Schwierigkeiten pastoreller Art, auch solche kirchenrechtlicher Natur traten auf.

Der Codex Iuris Canonici setzt in der Regel normale, geordnete Verhältnisse voraus; nichtsdestoweniger beantwortet er in seiner wohldurchdachten und -vorbereiteten Rechtssetzung nicht wenige Fälle der gestörten Ordnung, so daß es trotz der immensen Veränderungen in den meisten Fällen nicht nötig war, Sonderbestimmungen zu unserem Fragenkomplex zu erlassen. Soweit solche ergangen sind, werden sie ad verbum angeführt und zu kommentieren versucht.

Die Zahl der von der Massenzwangsumsiedlung betroffenen Katholiken:

Das Statistische Bundesamt hat 1951 die ersten Resultate bezgl. der Religionszugehörigkeit veröffentlicht. — Im Bundesgebiet mit einer Einwohnerzahl von 47 695 672 bekannten sich 21 567 179 zur römisch-katholischen Kirche. Davon waren 3 572 392 Heimatvertriebene (Flüchtlinge A) und 249 633 Zugewanderte aus Ost-Berlin und der Sowjetzone Deutschlands (B-Flüchtlinge). In West-Berlin lebten 32 925 katholische Heimatvertriebene und 6 147 B-Flüchtlinge¹⁵.

Sie hatten in folgenden westdeutschen Diözesen Aufnahme gefunden (Stand 13. Sept. 1950)¹⁶:

Aachen	44 003	München-Freising	284 123
Augsburg	324 502	Münster	195 582
Bamberg	215 598	Osnabrück	216 160
Eichstätt	94 820	Paderborn	222 720
Freiburg	206 050	Passau	97 019
Fulda	159 347	Regensburg	223 497
Hildesheim	340 903	Rottenburg	336 179
Köln	121 529	Speyer	22 377
Limburg	145 117	Trier	33 713
Mainz	159 535	Würzburg	129 618

Die Zahl der deutschsprachigen katholischen Vertriebenen und Flüchtlinge wurde i. J. 1959 wie folgt beziffert¹⁷:

In der Bundesrepublik	4 350 000 (17,4 v. H.)
In Berlin-West	50 000
In der SBZ (einschl. Berlin-Ost)	1 400 000 (73,0 v. H.)

Das sind — gemessen an der Gesamtzahl

der Katholiken Deutschlands —: . . . 5 800 000 = 21,4 v. H.

Fast 6 Millionen der deutschen Katholiken sind also Heimatvertriebene und Flüchtlinge, das ist zweimal soviel als Katholiken in der Schweiz und fast so viel wie in ganz Österreich.

¹⁵ Mitteilungen, 1952, VI, 47.

¹⁶ KISIF (= Katholisches internationales soziologisches Institut für Flüchtlingsfragen) Den Haag, deutsche Stelle in Königstein/Taunus. Vgl. KISIF-Veröffentlichung in: 4. Verzeichnis der deutschen vertriebenen Priester aus dem Osten, hgg. Priesterreferat Königstein/Ts., 1954, 21*f.

¹⁷ 5. Verzeichnis der deutschen vertriebenen Priester aus dem Osten, Königstein 1960, 14*.

Die Massenzwangsumsiedlung hat die religiöse Struktur Deutschlands über Nacht verändert. Fast 4 Millionen heimatvertriebene Katholiken kamen in nichtkatholische Gegenden, in die Diaspora; denn die katholischen Gebiete Deutschlands kamen — außer Bayern — für die Aufnahme zunächst am wenigstens in Frage; das katholische Rheinland war infolge seiner geographischen Lage und seiner reichen Industrie besonders kriegsbeschädigt und die französisch-besetzte Zone Deutschlands (Südwesten) war anfangs als Aufnahmegebiet nicht vorgesehen, hatte doch Frankreich das Potsdamer Abkommen nicht mitunterzeichnet.

Die Veränderungen gehen schon aus unserer Statistik hervor, wonach die meisten Vertriebenen in den 2 ausgesprochenen Diasporadiözesen Hildesheim und Rottenburg Aufnahme fanden. Im Vergleich mit dem Jahre 1940 hat die Diözese Hildesheim ein Anwachsen der Katholikenzahl um 122%, Fulda sogar von 124%¹⁸. In den Pfarreien der Sowjetzone ist fast ausnahmslos die Zahl der heimatvertriebenen Katholiken größer als die der Einheimischen; dort stieg der katholische Anteil der Gesamtbevölkerung von 2,3% auf 13,2%¹⁹.

Nach ihrer Herkunft stehen unter den heimatvertriebenen Katholiken die Sudetendeutschen mit über 2 400 000 an erster Stelle, haben indes keinen Jurisdiktionsträger mitgebracht; dann folgen die Schlesier mit gut 1 800 000 Katholiken und 500 000 Nordostdeutsche, die weiteren 600 000 verteilen sich auf Südostdeutsche (Jugoslawien, Ungarn, Rumänien) und andere (Balten, Vertriebene aus Innerpolen usf.)²⁰.

Genaue Zahlen liegen für das Bundesgebiet vor: Dort lebten am Stichtag 1. 4. 1953 an Katholiken:

1 745 000 Sudetendeutsche, 1 083 000 Schlesier, 440 000 Nordostdeutsche, 330 000 Südostdeutsche und 120 000 andere²¹.

(Von den deutschsprachigen Heimatvertriebenen und Flüchtlingen in Österreich bekannten sich 265 000 zur katholischen Kirche²².)

Trennung von Seelsorger und Gemeinde.

Bei den Ausweisungen wurden die einzelnen Gemeinden auseinandergerissen; schon die Ausweisung aus den einzelnen Ortschaften erfolgte meist etappenweise und bereits die erste Unterbringung machte weitere Trennungen notwendig, so daß die einstigen Gemeinden über alle Zonen Deutschlands verstreut sind. Schon auf diese Weise verloren de facto die Seelsorger ihre Gemeinden. Sie selbst wurden in vielen Fällen erst an späteren Ausweisungsterminen miterfaßt. Nicht wenige

¹⁸ Zeegers G.-Leeuwen B. van, O.F.M., Etwas über die Veränderungen der kirchlichen Struktur in Deutschland, in: Tijdschrift voor Economische Sociale Geografie, Nov. 1951, hgg. als Sonderdruck: Some aspects of the European refugee problem, hgg. Netherlands Committee for Research Into The European Refugee Problem, 1951, 38—50. Siehe auch Mitteilungen, 1952, XI, 85.

¹⁹ Christ Unterwegs, 1951, IX, 1 f.

²⁰ AFKKR, 123², 597.

²¹ 4. Priesterverzeichnis, 22*.

²² a.a.O., 31*.

wandten sich nach erfolglosem Umherschauen in der russischen Besatzungszone in die amerikanische und britische Zone, andere bewarben sich mit Erfolg um eine legale Einreise in diese Zonen, besonders nach Bayern.

Für die vertriebenen Laien und besonders für die Priester tauchte nun eine Reihe kirchenrechtlicher Fragen auf.

II. Der kirchenrechtliche Wohnsitz (Domizil) der Vertriebenen

Eine grundlegende Frage von nicht geringer Bedeutung ist die nach dem kirchenrechtlichen Wohnsitz der Ausgewiesenen, weil durch den Wohnsitz (Domizil) und Nebenwohnsitz (Quasidomizil) gem. CIC can. 94 jeder seinen Pfarrer und Bischof erhält.

Fremde oder Wohnsitzlose?

Solange die Vertriebenen und Flüchtlinge noch unterwegs sind, solange sie noch keine feste, wenn auch vorläufige, Unterkunft (Quasidomizil) haben — und diese Situation ist bei dem anhaltenden Flüchtlingsstrom, z. B. aus der sowjetischen Zone, von wo durchschnittlich täglich ein größeres Dorf flüchtet, noch immer gegeben — kommen für sie auf den ersten Blick die Begriffe „Fremder“ (peregrinus) und „Wohnsitzloser“ (vagus) in Frage. ‚Peregrinus‘ — Auswärtiger, Nichtbürger, wörtlich: einer, der per agros geht (ohne Weg und Ziel), wird nach CIC can. 91 derjenige genannt, welcher zwar ein Domizil oder Quasidomizil hat, aber außerhalb desselben weilt — ein Fremder; ‚vagus‘ ist eine Person, die nirgends einen eigentlichen oder uneigentlichen Wohnsitz hat, also ein Wohnsitzloser.

Da in den jeweiligen Folgerungen kirchenrechtliche Unterschiede liegen, wie zuvörderst dargestellt sei, ist die Frage, ob Fremder oder Wohnsitzloser, nicht nur theoretischer Natur, wenngleich die Bedeutung des Domizils gegenüber dem Recht vor dem Codex abgeschwächt und heute zumeist der tatsächliche Aufenthalt entscheidend ist.

A) Für die beiden Gruppen ‚peregrinus und vagus‘ gelten die gleichen Bestimmungen:

a) Bezüglich der sakramentalen Absolution — nach CIC can 881 § 1 können die approbierten Beichtväter in ihrem Gebiete alle absolvieren «etiam vagos ac peregrinos».

b) Bezüglich der Zuwendung von Ablässen — nach CIC can. 927 können die von einem Bischof gewährten Ablässe auch «peregrini, vagi, omnesque exempti in territorio degentes» gewinnen.

c) Bezüglich der Krankenölung — nach CIC can. 938 § 2 ist der ordentliche Spender der hl. Ölung der Pfarrer jenes Sprengels, in welchem sich der Kranke augenblicklich befindet («parochus loci, in quo degit infirmus»).

d) Bezüglich der Dispens von Ehehindernissen in Todesgefahr — nach CIC can. 1043 kann der Ordinarius und nach can. 1044 auch der Pfarrer und traungs-

berechtigte Geistliche, von den dort genannten Ehehindernissen und der Eheschließungsform alle dispensieren, die sich augenblicklich im Sprengel des Dispensierenden aufhalten («et omnes in proprio territorio actu degentes»).

e) Bezüglich der Dispensvollmacht gem. CIC. can. 1245 — Ordinarius und Pfarrer sind bevollmächtigt, sowohl die Wohnsitzlosen, die ihnen aufgrund von can. 94 § 2 unterstehen, als auch, wie eigens gesagt ist, die Fremden von Sonntagsmesse und Fasten- bzw. Abstinenzgebot in Einzelfall zu dispensieren; nach *Regatillo* und anderen Autoren können die Ordinarii auch in anderen vom Recht vorgesehenen Fällen kraft can. 81 auch die Fremden dispensieren²³; doch scheint diese Auffassung dem Prinzip des can. 201 § 1, wonach sich die Jurisdiktion direkt nur auf die Untergebenen erstreckt, zu widersprechen.

f) Bezüglich der Zensuren, die a iure dem Ordinarius reserviert sind — nach CIC can. 2253, 3^o kann der Ortsordinarius nicht nur die Wohnsitzlosen nach can. 94 § 2, sondern auch, wie ausdrücklich gesagt, die Fremden, die sich in seinem Territorium aufhalten, absolvieren.

g) Das Lokalinterdikt trifft, weil es auf dem Orte lastet, alle dort Weilenden, also auch Wohnsitzlose und Fremde²⁴.

B) In folgenden Fällen hingegen macht der Codex Unterschiede:

a) Bezüglich der Gesetzesbeobachtung außerhalb des eigenen Territoriums; — für die peregrini gelten cc. 13 § 2 und 14 § 1: Partikuläre, für ein bestimmtes Gebiet gegebene, Gesetze verpflichten alle jene, für die sie erlassen sind und die daselbst ein Domizil oder Quasidomizil haben und sich faktisch dort aufhalten; die Fremden sind an die partikulären Gesetze ihres Territoriums nicht gebunden, solange sie davon abwesend sind, es sei denn aus der Nichtbeachtung entstünde diesem Gebiet ein Schaden (ein Satz, den schon der Dekretist Hugo von Pisa um 1188 lehrte²⁵) oder es wären persönliche Gesetze; sie sind auch an die partikulären Gesetze jenes Gebietes nicht gebunden, wo sie sich gerade aufhalten; nur müssen sie jene Gesetze beobachten, die die öffentliche Ordnung sichern oder bestimmte Rechtsförmlichkeiten vorschreiben; an die allgemeinen kirchlichen Gesetze aber sind sie gebunden, auch wenn diese in ihrem Heimatterritorium nicht gelten, nicht aber dann, wenn sie an ihrem Aufenthaltsort nicht gelten.

Die Wohnsitzlosen hingegen sind nach CIC can. 14 § 2 allen Gesetzen, den universalen sowohl wie den partikulären, ihres jeweiligen Aufenthaltsortes unterworfen.

b) Bezüglich des Herkunftsortes (locus originis); — Kinder der Fremden haben das notwendige Domizil bzw. Quasidomizil des Vaters (uneheliche das der Mutter), für die Kinder der Wohnsitzlosen aber ist der tatsächliche Geburtsort locus originis (can. 90).

c) Bezüglich der Taufe; — nach CIC can. 738 § 2 soll ein Fremder, so es leicht

²³ Regatillo Ed., S.J., *Institutiones Iuris Canonici*, Santander⁴ 1951, I, n. 171; vgl. hierzu auch Van Hove, *De privilegiis et dispensationibus*, Mecheln 1939, 431 ss.

²⁴ Mörsdorf, *Rechtslage*, 119.

²⁵ Plöchl Willibald, *Geschichte des Kirchenrechts*, Wien—München 1955, II, 58.

geschehen kann, nicht in der Pfarrei, in der er sich gerade aufhält, sondern in der eigenen Pfarrei von seinem Pfarrer feierlich getauft werden; für die Taufe der Wohnsitzlosen aber ist kraft can. 94 § 2 der Pfarrer des augenblicklichen Aufenthaltsortes ohne weiteres zuständig.

d) Bezüglich der Firmung; — für die Wohnsitzlosen ist der Bischof bzw. Pfarrer zuständig, in dessen Gebiet der Wohnsitzlose sich augenblicklich aufhält, wieder aufgrund des zitierten can. 94 § 2; für die Firmung von Fremden aber gilt CIC can. 783; nach § 1 spendet der Bischof in seiner Diözese die Firmung erlaubterweise auch den «extraneis», solchen, die nicht zu ihm gehören, wenn nicht ein ausdrückliches Verbot ihres eigenen Ordinarius entgegensteht.

e) Bezüglich der Eheschließung; — die Zulassung der Wohnsitzlosen zur Eheschließung ist nach can. 1032 dem Ortsordinarius zu überlassen, weil die moralische Sicherheit über die Freiheit von Ehehindernissen nicht besteht²⁶.

Während nach can. 1095 § 1,2⁰ ein Pfarrer innerhalb seines Sprengels auch den Ehen von nichtuntergebenen Brautleuten gültig assistiert, tut er es erlaubterweise nur bei den Wohnsitzlosen, die sich z. Zt. tatsächlich in seinem Gebiet aufhalten, bei den Fremden nur dann, wenn diese sich tatsächlich wenigstens 1 Monat dort aufgehalten haben, ansonsten braucht er zur erlaubten Eheassistenz die Lizenz des Pfarrers des (Quasi)-domizils, so nicht schwerer Notfall — z. B. Unmöglichkeit, diese Erlaubnis einzuholen — vorliegt (Can. 1097 §1,2⁰, 3⁰)²⁷.

f) Bezüglich des Forums; — Domizil und Quasidomizil bilden schließlich auch einen rechtlichen Kompetenzgrund: gilt für die Wohnsitzlosen can. 1563, wonach sie ihren eigenen Gerichtsstand am Orte des momentanen Aufenthaltsortes haben, so gilt grundsätzlich für die Fremden can. 1561, wonach der Ordinarius des (Quasi)-domizils die Jurisdiktion auch über abwesende Untergebene behält.

Unter welche Gruppe fallen nun die Ostvertriebenen und der anhaltende Strom der Flüchtlinge aus dem Sowjetgebiet, bis sie ein Domizil oder wenigstens ein Quasidomizil gefunden haben? Sind sie Wohnsitzlose oder Fremde — Vagi oder Peregrini?

Die entscheidende Frage ist gem. dem o. zit. Canon 91: Haben diese Menschen noch ein (Quasi)domizil oder nicht?

Auf den ersten Anschein hin scheint die Frage verneint werden zu müssen; denn hätten sie ein (Quasi)domizil, so wären sie nicht Menschen auf der Flucht, Menschen auf den Straßen der Vertreibung, Menschen auf der Wohnungssuche; sie

²⁶ Nach manchen Autoren seien hier nur die habitualiter vagi (z. B. Artisten), nicht aber die vagi ad tempus tantum gemeint; denn die ratio legis, nämlich die Schwierigkeit der Aufdeckung eventueller Ehehindernisse, träfe nur für die Erstgenannten zu; — so De Smet, *De sponsalibus et matrimonio*, Brügge⁴ 1927, n. 129, Creusen, *Epitome Iuris Canonici*, Mecheln-Rom⁷ 1954, n. 293. Anders Mörsdorf, der (in: *Rechtssprache*, 119), für alle Wohnsitzlosen die Zulassungserlaubnis verlangt; ebenso Sipos, *Enchiridion Iuris Canonici*, Pécz² 1931, 505. Jedenfalls kann die angeführte Begründung angezweifelt werden und der Canon spricht unterschiedslos von vagi im Sinne des Canons 91. Vgl. auch Schönsteiner, *Grundriß des kirchlichen Eherechts*, Wien² 1937, 162.

²⁷ Creusen, a.a.O., II, nn. 399 ss; Cappello, *De matrimonio*, Turin—Rom⁶ 1950, nn. 679 ss.

hatten einmal einen Wohnort und haben ihn verlassen müssen, haben Heim und Heimat verloren — das ist die Sachlage. So bezeichnet denn auch Grentrup diese Menschen als vagi: „Die Flüchtlinge verlieren ihren früheren Wohnsitz und kommen zunächst als Personen ohne Wohnsitz (vagi) in die Pfarrei“²⁸.

Für die kirchenrechtliche Stellung dieser Personengruppen ist aber näherhin die Beantwortung der Frage entscheidend: „Wie geht nach dem Kirchenrecht das Domizil verloren?“ —!

Das Kirchenrecht unterscheidet 1^o das *domicilium voluntarium*, den freiwilligen Wohnsitz, der durch Niederlassung mit der Absicht, da zu bleiben, oder durch den tatsächlichen zehnjährigen Aufenthalt erworben wird, und 2^o das durch Gesetzesdisposition gegebene *domicilium necessarium*, den gesetzlichen Wohnsitz, der entweder *domicilium necessarium proprium* (wie bei Residenzpflicht) oder *mutuum* (bei gewaltunterworfenen Personen — Ehefrau, Minderjährige) sein kann; ein Nebenwohnsitz (*quasidomicilium*) wird begründet einmal durch den tatsächlichen Aufenthalt und die Absicht, wenigstens den Großteil des Jahres dort zu bleiben, und andererseits durch den bloßen mehr als halbjährigen tatsächlichen Aufenthalt²⁹.

Die Frage, wie ein Domizil — ebenso das Quasidomizil — verloren geht, beantwortet der Canon 95 für beide Arten (*voluntarium* und *necessarium*): «*Domicilium et quasidomicilium amittitur discessione a loco cum animo non revertendi, salvo praescripto can. 93*».

1. Der Verlust des freiwilligen Wohnsitzes.

Nach Can. 95 geht der freiwillige Wohnsitz verloren durch a) tatsächliches Verlassen (*discessio*) und b) die Absicht (*animus*), nicht mehr zurückzukehren. — Er geht also nicht durch Zeitablauf, z. B. nach 10 Jahren, verloren. Für den Domizilsverlust ist ein doppeltes juridisches Element notwendig: das Verlassen und der Wille, nicht zurückzukehren. Fehlt eines der beiden Elemente, dann geht das Domizil nicht verloren, es wird also behalten. So schreibt auch ganz eindeutig *Wernz-Vidal*: «*Domicilium et quasidomicilium voluntarium retinetur, quamdiu unum ex duobus elementis perseverat, nec proinde amittuntur nisi utrumque elementum esse desinat*»³⁰.

Ebenso *Creusen*: »*Per se, igitur, ut iam antea docebatur, alterutro elemento servato, manet domicilium et quasidomicilium, quod sine coniunctione animi et facti acquiri per se non poterat*»³¹.

²⁸ Grentrup, *Exsul Familia*, 161 f. Siehe dazu die Besprechung von Kindermann Ad., in: *Königsteiner Blätter*, 1956, I, 35—38. Darauf erschien Grentrup, Haben die Vertriebenen von 1945 ihren früheren Wohnsitz verloren?; in: *Christ Unterwegs*, 1956, VII/VIII, 1—6. Um die Domizilsfrage der Vertriebenen ist also eine Diskussion entbrannt; während Kindermann den Standpunkt vertritt, die Vertriebenen hätten nach dem Kirchenrecht ihren Wohnsitz in der alten Pfarrei oder Diözese nicht verloren, ein Standpunkt, der hier weitere Begründungen erfährt, tut Grentrup die Absicht der Rückkehr als unreal ab.

²⁹ CIC cc. 92, 93; dazu *Werns-Vidal*, *Ius Canonicum*, II, nn. 10 ss.

³⁰ *Wernz-Vidal*, a.a.O., n. 11.

³¹ *Creusen*, *Epitome*, I, n. 216. Vgl. auch die folgenden Anmerkungen 40, 41.

Zur Lösung unserer Frage sind also beide Elemente, *discessio* und *animus*, zu untersuchen.

a) Das Verlassen — *Discessio*. Führt vielleicht schon das 1. Element ‚*discessio*‘ zu einer Entscheidung, ob die Vertriebenen ihr Domizil kirchenrechtlich verloren oder behalten haben? Das Verlassen des Domizils liegt vor. Aber es war ein Verlassen in Furcht und Zwang, also durchaus unfreiwillig, ja gegen den Willen; so ist die Frage nicht unberechtigt: kann hier nicht Canon 103 zur Anwendung kommen, wonach Handlungen, die unter dem Einfluß einer unwiderstehlichen äußeren Gewalt vorgenommen werden, rechtlich als nicht geschehen angesehen werden? Diese Frage muß indes verneint werden; denn der besagte Canon spricht von *actus*, *discessio* aber ist ein Faktum. Bei der Codexinterpretation muß gem. Can. 18 zunächst die Wortbedeutung ins Auge gefaßt werden. Philologisch aber bedeutet *discessio* jedenfalls nicht nur ein aktives Weggehen, ein Wegziehen ‚von sich aus‘, sondern auch ein passives Weggedrängtwerden; so beispielsweise bei Horaz: «*Mare omne in austrum cessit*»³² — das ganze Meer fiel dem Südwind anheim, ward ihm zur Beute. Auch *Creusen* spricht in der oben zitierten Stelle von einem *Factum*.

Das 1. Element, *discessio*, führt demnach noch nicht zu einer Lösung unserer Frage.

b) *Animus*. Einer eingehenderen Beleuchtung muß jedoch das 2. Element, der *Animus*, unterzogen werden.

Die grundsätzliche Bedeutung des Willens (*Intention*, *Animus*) im kanonischen Recht hat *Bidagor* untersucht und dargestellt³³. Der Verfasser weist darauf hin, daß zwar im römischen Domizilsbegriff das Domizil als Produkt zweier gleichberechtigter Elemente, eines materiellen und eines intentionalen — wie eine Anzahl Romanisten, *Savigny* folgend, es umschrieben hatten — nicht klar nachweisbar sei, daß aber dem kanonischen Rechte, in welchem das Domizil breitere und genauere Funktionen als im römischen Rechte hat, die Willensfunktion sicher und in hohem Maße eigen ist, und daß die Glossatoren es waren, welche die Theorie des doppelten konstitutiven Elementes, *corpus* und *animus*, aufgrund der Paulustexte³⁴ klar formuliert haben. Seither betrachtet nicht nur die *doctrina catholica*, sondern auch die kanonische Gesetzgebung — so die *Constitutio Innocentius' XII. «Speculatores»* n.—6 — den *animus manendi* bzw. *revertendi* als spezifisches Element des Domizils. Auch der *Codex Iuris Canonici* hat sich diese Doktrin zu eigen gemacht (so in can. 92, 956).

So muß also an der wesentlichen Bedeutung, die der Wille im kirchenrechtlichen Domizilsbegriff grundsätzlich innehat, festgehalten werden.

³² Georges, Lat.-deutsches Handwörterbuch, Leipzig 7 1879, I, 986.

³³ Bidagor Raimund, S.J., *Animus en derecho canonico*, in: *Miscellanea Vermeersch*, Rom 1935, I, 377—392.

³⁴ D 50, 1, 20; D 41, 2, 3. (zitiert nach Bidagor, a. c., 392).

Auf die Bedeutung des Willens weist in anderem Zusammenhang, nämlich bei der Abhängigkeit der Inkardination vom *animus manendi*, auch *Cappello* hin³⁵.

Nun lassen sich die Vertriebenen und Flüchtlinge in 3 Gruppen einteilen:

- A) die mit Rückkehrwillen
- B) die mit bedingtem Rückkehrwillen
- C) die ohne Rückkehrwillen.

Zu A

Ein Großteil der Ostvertriebenen hatte und hat noch immer den Willen zur Rückkehr und hat diesen Willen wiederholt proklamiert³⁶. Sie haben also nicht den zum Verlust des Domizils erforderlichen *animus non revertendi*.

Nun könnte aber eingewendet werden: Hat denn bei aller grundsätzlichen Bedeutung, die der Wille im kirchenrechtlichen Domizilsbegriff innehat, und bei all den manifestierten Willensäußerungen zur Rückkehr diese Intention eine Bedeutung, wenn sie nicht realisierbar ist? Hat der Wille auch dann noch seine wesentliche Funktion? Für die Verneinung der Frage wird bisweilen das Beispiel eines Staudammbaues oder einer Kanalisierung oder sonstiger technisch-wirtschaftlicher Vorhaben angeführt, welche die dort wohnenden Menschen zum Übersiedeln gezwungen haben und für die ihr einstiges Land nicht mehr existiert. Dort muß von der normativen Bedeutung des Faktischen gesprochen werden; nicht aber in unserem Falle, wo der erstrebte Gegenstand noch existiert. Hier ist der Wohnsitz nicht durch seinen Untergang verloren gegangen wie im Gegenbeispiel, wo deshalb der «*animus non revertendi*» notgedrungen einsetzen muß.

Auch die im geschichtlichen Teil angeführten Fälle von Rückkehrbewegungen³⁷ sind Beispiele dafür, daß das Rückkehrrecht an sich von der zeitweiligen Durchführbarkeit nicht abhängig ist, daß diese Menschen trotz des entgegenstehenden Gesetzes ihr Domizil in Wahrheit und Recht behielten und wieder durchsetzten.

Indes fehlt es im kirchlichen Gesetzbuch selbst — mit dem klaren Wortlaut von can. 95 — und in der kirchlichen Rechtspraxis nicht an Anhaltspunkten, die zugunsten dieser Meinung sprechen und die beweisen, daß die tatsächliche Ortsabwesenheit allein den Wohnsitz kirchenrechtlich noch nicht nimmt.

So behalten Frauen und Kinder ihren gesetzlichen Wohnsitz, auch wenn der Gatte und Familienvater aus irgendwelchen Gründen abwesend ist oder auch zur Abwesenheit gezwungen ist (z. B. Kriegsgefangenschaft). Das «*domicilium necessarium mutuatum*» aber setzt das «*domicilium voluntarium*» voraus.

Auch Rotaentscheide für das Behalten bzw. Aufhören eines Domizils stützen unsere Sentenz³⁸:

³⁵ *Cappello*, de sacra ordinatione, Turin—Rom³ 1951, n. 332 II. Siehe auch die folgenden Anm. 40 und 41. Holböck, *Tractatus de iurisprudencia Sacrae Romanae Rotae*, Graz 1957, 19, bezeichnet das Willenselement als «*principalis*».

³⁶ Vgl. Braunstein, Die Vertreibung im Lichte des Naturrechts, in: *Königsteiner Blätter* V/59, 79 f.

³⁷ a.a.O., 43.

³⁸ Vgl. Regatillo, I, n. 195.

a) Die Rotaentscheidung vom 27. 1. 1912 betont die Wichtigkeit des sicheren Feststehens eines endgültigen Verzichts³⁹.

b) Die vom 17. 7. 1912 sagt, daß das Verlassen des Wohnsitzes, ja auch der Erwerb eines anderen Wohnsitzes, nicht notwendig den Verlust des ersten zur Folge hat, und auch langdauernde Abwesenheit nicht auch schon die Präsumption des Domizilverlustes mit sich bringt⁴⁰.

c) Rotasentenz vom 8. April 1913: Stärker als die Probation für den Verlust des Domizils, das sich nur auf den Wohnsitz gründet, muß die für den Verlust des Domizils sein, das einer aufgrund von Wohnsitz und Herkunft (origo) hat. Deshalb gilt: «Probationes amissionis huius fortiores esse debent, et donec contrarium constet, praesumitur utrumque cumulari»⁴¹; bekanntlich kann man nach dem

³⁹ AAS IV (1912), 277—288, bes. 281: «Iuridice vagus ille est qui nullibi habet domicilium aut quasi-domicilium... Quando enim aliquis filius minor acquisivit, de iure, domicilium (aut quasi-domicilium) parentum, illud postea non amittit, nisi quando omnino constat illum huic domicilio definitive renunciasset...».

⁴⁰ AAS IV (1912), 675—685, bes. 677: «...Quemadmodum autem domicilium non acquiritur, nisi animo et facto, ita illud non amittitur nisi per utrumque, per ipsum nempe discessum cum animo non redeundi... Igitur qui discessit cum animo redeundi illudque servandi, illud non amittit. Sed quoad hoc notant Doctores, quam Doctrinam et fori praxis observat, quod, quando quis domicilium per habitationem cum intentione ibi perpetuo manendi acquisivit, hoc non censetur amissum, etsi ille per menses et annos a loco abierit, nisi certe constat, eum de facto abiisse cum indubia intentione pro semper locum habitationis relinquendi. Quare animus non redeundi non est praesumendus, sed certis et claris argumentis probandus».

Vgl. auch AAS V (1913), 349: «Quamdiu in loco domicilii habitationem quis sibi vel familiae suae destinata retinet, absentia longior, licet per se sumpta non sufficit ad efficiendam domicilii veri translationem».

Vgl. weiter AAS VIII (1916), 369: «... absentia a loco habitationis etiam ad longum tempus... non nocet nisi animo eo amplius non redeundi contingat».

⁴¹ AAS V (1913), 340—354, bes. 345: «...sed hoc advertere oportebat, quod difficilius in iure et iurisprudentia praesumitur quis renunciasset domicilio habitationis, una simul domicilio originis, nisi concludentes omnino habeantur probationes. Quare cum non constat aperte per expressam animi declarationem quem voluisse relinquere suum domicilium et suae potissimum originis domicilium, potius admissa est cumulatio duorum vel plurium domiciliorum, uti declaratum est ab H.S.O. in dec. 429, n. 13, part. V, Tit. II; dec. 670, n. 24, part. IV, t. III; dec. 364, n. 7, part. XIII Recent.» Der Ponens verweist dann auf die Tatsache, daß schon das Römische Recht das Innehaben zweier Domizilien zuließ, so Ulpianus, 1.6, § 2, tit. I, lib. 50, dig. ‚Viris prudentibus placuit duobus locis posse aliquem habere domicilium, si utrobique se instruxerit, ut non ideo minus apud alteros se collocasse videatur‘, — ein Gesetz, welches das canonische Recht im cap. 2 De Sepult., in VI^o, bestätigte, wo es heißt: ‚qui duo habet domicilia, se collocans aequaliter in utroque‘. Schließlich wird auf 1. 27, § 2, tit. I, lib. 50, Dig. verwiesen. Und l. c. 346: «Ut probetur antiquum Pauli domicilium fuisse extinctum, hoc probari debet invicte, seu probationibus non aequivocis, Paulum ex destinatione sui animi hoc voluisse et intendisse, et ita voluisse et intendisse ad exclusionem pristini domicilii, quocum nullimode consistere seu cumulari posset novum, veluti duplex domicilium».

Im zitierten Rotaentscheid ist ferner die Bedeutung des Willens (animus) bei Domizilserwerb und -verlust klar herausgestellt (l. c. 346): «Equidem, quamvis domicilium resultet ex duplici elemento, nempe ex facto habitationis et ex animo seu voluntate perpetuo in aliquo loco manendi, tamen animus est elementum potius et formale, uti habet lex citata ‚ex destinatione animi domicilium esse accipiendum‘. Quare qui alio se transfert animo deliberato et

Kirchenrecht mehrere Domizilien haben, was auch aus can. 1216 § 2 klar hervorgeht. Über die besondere Festigkeit des Herkunftsdomizils schreibt *Cappello*: «Domicilium originis nemo praesumitur deseruisse, nisi id certo constet, licet forte aliud sibi acquisierit; peculiaris enim adest ratio ad huiusmodi domicilium ratione nativitatis, et conditio vagi in iure est valde odiosa et extraordinaria ideoque minime praesumenda»⁴².

d) Rotaentscheidung vom 27. Juli 1915: «Absentia accidentalis . . . non destruit domicilium, nec novum dat accidentalis residentia»⁴³.

e) Die vom 4. März 1916: «Domicilium necessarium in voluntarium vertitur, cessante vinculo canonico, aut legali matrimonii, patriae potestatis, tutelae. Ut hoc voluntarium cesset, requiritur positiva voluntatis mutatio, nec sufficit mera habitatio alibi»⁴⁴.

Auch Pius XII. verwendet in «Exsul Familia» den Begriff ‚Peregrinus‘, nicht ‚Vagus‘⁴⁵.

certo ibi perpetuo manendi, veteri sede animo non redeundi derelicta, a prima die ibi sortitur suum domicilium, et extinguit antèrius, quamvis nullimode bona, fortunas suas illuc transtulerit». Vgl. ferner: ebd., 347: «Proinde causa valetudinis, non secus ac ratio agendi aliquod munus publicum in certo loco ad nutum moderationis reipublicae, dicitur causa accidentalis seu causativa, quae non videtur secumferre propositum commorandi perpetuo in aliquo loco, saltem ad exclusionem prioris domicilii, uti argumentatur De Luca in pluribus locis . . .». L. c. 348: «Nam revera . . . absentia . . . dicenda est causativa, quippe eius voluntati et genio contraria, pendens ab adiunctis . . .». Ebd. 352: «... publica opinio sane non efficit neque destruit canonicum domicilium . . .».

Siehe weiter Rotaentscheid vom 4. 3. 1916, AAS VIII (1916) 367—375, hier 369: «Ad utrumque (domicilium scilicet et quasi-domicilium) assequendum duo copulative elementa concurrere debent, nempe animus seu intentio habitandi perpetuo vel per maiorem anni partem in eo loco, quasi elementum formale, et factum habitationis quasi elementum materiale, ita tamen ut elementum materiale sine formali nihil omnino operetur, formale e contra sine materiali aliquando domicilium vel quasi-domicilium recipiat: commoratio enim sine voluntate eam ad praescriptum tempus protrahendi inefficax est ad domicilium vel quasidomicilium acquirendum . . .».

Ebd. 369s: «Domicilium . . . semel rite acquisitum non amittitur nisi per contrariam voluntatem et discessum, quia uti expenditur in Ravennaten. H.S.T.d. 15. maii 1911, 'omnis res per quas causas nascitur, per easdem dissolvitur'. Ideo non sufficit discessisse, si animum revertendi habeas, nec animum discedendi in perpetuum quoad revera discesseris: Sanchez, De matr. lib. 3, dis. 23, a. 2.».

⁴² *Cappello*, De sacra ordinatione, n. 326, 11^o.

Ebenso der angeführte Rotaentscheid vom 8. 4. 1913, l. c., 354: Domicilium est quid favorabile pro fidelibus; «quare eius amissio est valde odiosa, et proinde stricte intelligenda et applicanda».

Ferner im Rotaurteil vom 4. 3. 1916, AAS VIII (1916), 370: «... difficilius amittitur, quam acquiritur, tum in dubio de relicto domicilio standum est pro eius conservatione, iuxta tritam regulam: In dubio melior est conditio possessoris . . ., tum quis . . . domicilium est quid favorabile . . . et eius amissio spectatur ut res odiosa».

⁴³ Vgl. AAS VIII (1916), 367—375, Textzitat nach Regatillo, ebd.

⁴⁴ Vgl. AAS VIII (1916), 75—81, Textzitat nach Regatillo, ebd.

⁴⁵ So *Exsul Familia*, 54, n. 32; 55, n. 40.

Schließlich ist zu diesem Fragenkomplex zu beachten, daß bereits im Römischen Recht der Stand ‚Vagus‘ verpönt ist; — L. 29, D. Ad Municipalem, 50,1: «Difficile est sine domicilio esse quemquam» und «Certum est statum -vagi' esse extraordinarium, odiosum, et minime praesumendum» — AAS VI (1914), 399, Rotaentscheid vom 5. 5. 1914.

Bei den Vertriebenen und Flüchtlingen ist also das Verlassen des Domizils gegeben; der Wille, nicht zurückzukehren, aber liegt bei der großen Gruppe der Rückkehrwilligen nicht vor. So fehlt für den Verlust des Domizils ein Wesensmerkmal, deshalb verlieren diese Vertriebenen *de iure* das Domizil nicht, auch wenn äußere Einwirkungen der Ausführung des Entschlusses, zurückzukehren, zeitweilig entgegenstehen; umso weniger als dieser tatsächliche Domizilsentzug eine Tat gegen das Naturrecht darstellt und die Potsdamer Maßnahmen selbst auf den Friedensvertrag und ihren provisorischen Charakter verweisen. Die rückkehrwilligen Heimatverwiesenen behalten also ihr Domizil und können deshalb nicht „Wohnsitzlose“ (*vagi*) sein, sondern sind rechtlich zunächst „Fremde“ (*peregrini*), mit Erwerb eines Quasidomizils werden sie *advenae*, mit dem eines neuen Domizils, der, wie ausgeführt, den *animus revertendi* nicht ausschließt, «*incolae*» (cc. 92, 91).

Zu B

Der Wille ist für den Erwerb wie für den Verlust des *domicilium voluntarium* wesentlich. Genügt dazu ein bedingter Wille oder muß er absolut sein? Die Frage ist von aktueller Bedeutung, weil die meisten der Vertriebenen eine Rückkehr zum Ihrigen mit Entschiedenheit wollen und fordern, aber nur dann, wenn ihr altes Domizil nicht mehr unter Gewaltherrschaft steht.

Der Codex gibt keine Legaldefinition der Bedingung. In Anlehnung an BGB § 158 läßt sich die rechtliche Bedingung definieren als „die rechtsgeschäftliche Bestimmung, daß der Eintritt oder die Wiederaufhebung einer Rechtswirkung von einem zukünftigen, noch ungewissen Ereignis abhängig sein soll“; doch sind rechtlich nur erklärte Bedingungen bedeutsam.

Während einige im CIC bestimmte Rechtsgeschäfte Bedingungen ausdrücklich ausschließen (z. B. die Wahlbestimmungen nach can. 169), schweigt das kirchliche Gesetzbuch diesbezüglich bei den Domizilsbestimmungen. Nach den meisten Autoren genügt aber für den Wohnsitzerwerb der bedingte Wille nicht⁴⁶. Demnach erwerben unsere Neusiedler vor der Zehnjahresfrist ein Domizil nur dann, wenn der Verbleibswille bedingungslos gesetzt wird. Bei der Mehrzahl der Ausgewiesenen aber, die doch nur die Gewalt hindert, und weil und solange sie eine Gewaltherrschaft hindert, zum alten, aber versperrten Wohnsitz zurückzukehren, und die nun „neusiedeln“, ist der für den Domizilserwerb ungenügende bedingte Wille vorhanden: «*Discedam, nisi quid permanere me cogat*»⁴⁷.

Wie nach der Doktrin zum Erwerb eines freiwilligen Wohnsitzes der bedingungslose Verbleibswille verlangt ist, so ist auch für den Verlust des *domicilium voluntarium* der bedingungslose Wille, nicht zurückzukehren, erforderlich. Solange aber eine Bedingung gesetzt ist, bleibt der Domizilsverlust naturgemäß in Schweben; der kirchenrechtliche Domizilsverlust tritt also nicht ein. Stützend läßt sich ein Beispiel anführen, das *Wernz-Vidal* in anderem Zusammenhange bringt: Selbst das Verlassen des Ortes seitens einer Frau zwecks Eheschließung,

⁴⁶ Vgl. Creusen, *Epitome*, I, n. 122.

⁴⁷ So Regatillo, *Institutiones*, I, n. 190.

das Verlassen also mit der Intention, dem Manne zu folgen, zieht noch nicht den Domizilsverlust nach sich, da der Weggang provisorisch, gleichsam bedingt («quasi conditionata»), geschieht⁴⁸.

Ein bedingungsloser Verzicht ist in unseren Fällen um so mehr erforderlich, als nur physische Gewalt das Domizil genommen hatte bzw. es versperrt.

Auch hier können die letztens angeführten Fälle aus der französischen Revolution und der nationalsozialistischen Epoche stützend beigezogen werden; war ja auch dort und damals der Rückkehrwille der Flüchtlinge und Ausgewiesenen an die „Bedingung“ der Freiheit ihres Landes geknüpft, ohne daß diese besondersartige Bedingung den rechtlichen Domizilsverlust hätte bewirken können.

Bedingter Wille genügt also für den Domizilsverlust nicht; bei einer echten Bedingung bleibt die Domizilsfrage in Schwebe, der Domizilsverlust tritt nicht ein, um so weniger, als in unserem Falle die Bedingung besonders geartet ist, da nichts anderes als die naturrechtlich zustehende Freiheit verlangt wird.

Für den rechtlichen Domizilsverlust wird gar nicht vorausgesetzt, daß die Vertriebenen und Flüchtlinge eigens erklären, zurückkehren zu wollen, vielmehr muß für den Domizilsverlust — zumal hier, wo der Weggang erzwungen war — der bedingungslose Wille, nicht zurückzukehren, geäußert und bewiesen sein.

Zu C

Bei der letzten Gruppe, bei denen, die ihr altes Domizil willentlich aufgegeben haben und aufgeben, tritt nach dem Wortlaut des Canon 95 Domizilsverlust ein, eben weil sie es so wollen, und weil zum Verlassen der Wille, nicht zurückzukehren, dazukommt. Wie aber schon angeführt, bedeutet der Neuerwerb eines Wohnsitzes noch nicht ohne weiteres Verzichtleistung auf den alten Wohnsitz, am wenigsten, wenn dieser gewaltsam genommen wurde. Der Wille, nicht zurückzukehren, muß gerade in diesen Fällen ausdrücklich vorliegen; er wird nicht präsumiert.

Nur bei dieser letztgenannten Gruppe kann bis zum Neuerwerb eines (Quasi-)domizils von Wohnsitzlosen — Vagi — die Rede sein, die anderen sind Fremde — Peregrini — mit den angeführten Rechtswirkungen.

2. Der Verlust des gesetzlichen Wohnsitzes.

a) Das *domicilium mutuatum* wird verloren, wenn die Person, von der man abhängt (Gatte, Vater), des eigenen freiwilligen Wohnsitzes aus den zwei besprochenen Gründen (tatsächlicher Wegzug mit der Absicht, nicht zurückzukehren) verlustig geht oder es wird durch Rechtstatsachen (Tod des Gatten, Erreichung der Volljährigkeit) zum freiwilligen Domizil, für dessen Verlust CIC can. 95 gilt.

b) Ebenso verliert eine Person ihr *domicilium necessarium proprium* durch Änderung des *status iuridicus*⁴⁹.

Wenn auch die Folgen vom Fundament abhängen und nicht umgekehrt, so

⁴⁸ Wernz-Vidal, a.a.O., II, n. 11, Anm. 5.

⁴⁹ Vgl. z. B. Holböck Carl, Handbuch des Kirchenrechts, Innsbruck—Wien 1951, I, 210; ders., *Tractatus de jurisprudentia*, 20.

müssen die Folgerungen, wenn sie ausdrücklich bestätigt werden, doch auch als Zeichen dafür angesehen werden, daß das Fundament noch vorhanden ist. So sprechen die folgenden Tatsachen, die im Verlaufe der Arbeit noch ausführlicher dargelegt werden, vom rechtlichen Fortbestand des Domizils: Die Ernennung eines Kapitularvikars für Ermland und Schneidemühl, die Bestätigung der Applikationspflicht der vertriebenen Pfarrer für ihre alte Gemeinde (da diese nur einen Sinn hat, wenn die Gemeinde noch eine Bindung an den Pfarrer hat, ist sie zugleich eine Beweisstütze für den rechtlichen allgemeinen Weiterbestand auch des freiwilligen Wohnsitzes der Gläubigen), die der weiterbestehenden Inkardination des ostvertriebenen Klerus, das Rückrufrecht der inzwischen im Aufnahmegebiet Ordinierten von seiten des Heimatbischofs.

2. Kapitel

DIE KIRCHENRECHTLICHE LAGE DER HEIMAT- VERWIESENEN LAIEN

I. Recht auf Seelsorge

Unabhängig von Erhalt oder Verlust des alten Domizils erhalten die Gläubigen mit Erwerb eines neuen (Quasi)domizils ihren neuen zuständigen Bischof und Pfarrer (can. 94); alle, die ihr altes Domizil weiter behalten, bleiben dem Heimatbischof und -pfarrer noch insofern verbunden, als sie ihn als zweiten zuständigen Seelenhirten haben; — ihm bleibt die Ausübung der nichtrichterlichen Gewalt gem. can. 201 § 3; can. 1245 § 1 bestätigt eigens die Dispensvollmacht; ferner bleibt ihm auch die Absolutionsvollmacht gem. can. 881 § 2; weiter kann der vertriebene kirchliche Richter seine Iurisdiction außerhalb des Territoriums ausüben gem. can. 1637; — die beiden letztgenannten Canones stellen eine Ausnahme vom Grundsatz des can. 201 § 2 dar.

In der Regel aber werden sich die Vertriebenen an den zuständigen Bischof und Pfarrer des Aufnahmeortes wenden, deren kirchenrechtlich festgelegte Rechte und Pflichten sich nun auch auf die Neuangekommenen erstrecken — can. 216, § 1, und 467, § 1.

Persönliche Gesetze (can. 8 § 2) und persönliche Privilegien (can. 74) aus der Heimatdiözese gelten in der Aufnahmediözese weiter, gleichgültig, ob es sich um Priester oder Laien handelt⁵⁰.

Das plötzliche Anwachsen der Pfarrgemeinden in den Aufnahmegebieten brachte den dortigen Seelsorgern vermehrte und schwere Aufgaben sowohl in den katholischen als auch besonders in den Diaspora-Gemeinden.

Um den Hinzugekommenen überhaupt einen Kirchenplatz zu ermöglichen, wären vielerorts Kirchenvergrößerungen und -neubauten notwendig gewesen, die aber nach dem totalen Zusammenbruch 1945 nicht sofort durchführbar waren.

⁵⁰ Creusen, Epitome, I, nn. 88 und 184.

Empfindlicher Mangel zeigte sich also nicht nur an Wohnraum, sondern auch an sakralem Raum, an geeignetem Raum für den Vollzug des Gottesdienstes, hatte sich doch — ein überzeugendes Beispiel — die Katholikenzahl in der Diözese Hildesheim von 300 000 Anfang 1946 auf 700 000 im Jahre 1948 erhöht⁵¹.

So haben Hunderttausende der in die Diaspora verschlagenen Katholiken mitunter jahrelang kein katholisches Gotteshaus mehr gesehen, sondern sich mit kurzen Gottesdiensten in Noträumen begnügen müssen, wenn auch der Kirchenbau so bald als tunlich in Angriff genommen wurde. In der Diözese Hildesheim beispielsweise konnten bis Anfang 1948 an die 70 Pfarrvikarien neu eingerichtet werden, eine gewaltige Leistung — nicht zuletzt des Bonifatiusvereins, die aber noch lange nicht allen Bedürfnissen genügte⁵². Infolge des ungeheuren Zustromes der aus dem Osten vertriebenen Katholiken ist in den deutschen Diasporagebieten die Zahl der Seelsorgestellen von 1945 bis 1951 von 1 513 auf 2 550 und die der Notgottesdienststationen von 1 108 auf 7 163 angestiegen⁵³. Bis Ende 1960 wurden seit der Währungsreform in der deutschen Diaspora 1805 Kirchen und Kapellen erbaut⁵⁴.

Zu den unermeßlichen räumlichen Schwierigkeiten kamen die psychologische Art und die plötzliche totale Verarmung der Ausgewiesenen.

II. Recht auf besondere Seelsorge

A) Caritas

Angesichts der anfänglich unbeschreiblichen Not hatte die Caritas eine schier unabsehbare Aufgabe zu bewältigen. Ist diese Aufgabe schon vom Evangelium her gegeben⁵⁵, so besteht sie auch von der Seelsorge selbst her; man konnte auch pastorell gesehen nur sehr schwer vorwärts kommen, wenn nicht die Vertriebenen in möglichst kurzer Zeit wenigstens ein Existenzminimum an Nahrung und Wohnung, an Kleidung, an Arbeit fänden. Caritas läßt sich von der Seelsorge nicht trennen. Errichtung, Leitung und Verwaltung der katholischen Liebestätigkeit finden in der kirchlichen Gesetzgebung ihre rechtliche Regelung (cc. 1489—1494, 1513—1517)⁵⁶. Überdies zählt der *Codex* in den canones 467 und 469 die Übung und Förderung der Caritas zu den Pflichten eines Pfarrers.

Der Caritas höchster Anwalt in dieser Notzeit war *der Heilige Vater* selbst. Schon am 1. November 1945 konnte Pius XII. an Kardinal Faulhaber schreiben, daß er in den vergangenen Monaten jede Gelegenheit benutzt habe, um Lebensmittel nach Deutschland zu schicken und daß er sich vor allem der bedauernswerten

⁵¹ Mitteilungen, 1948, III, 11.

⁵² Ebd.

⁵³ AFKKR, 125², 486.

⁵⁴ Bonifatiusblatt 1961, I, 16.

⁵⁵ Matth. 22, 36—39; 25, 31—46; Luk. 10, 25—37 u. v. a.

⁵⁶ Vgl. dazu auch Rösler Joh. B., *Der naturgerechte Aufbau der freien und staatlichen Hilfeleistung*. Diss.-Freiburg/Schw., Heidelberg 1954, bes. 59—65: Organisierte Liebestätigkeit der katholischen Kirche.

Heimatvertriebenen annahme⁵⁷; denn schon am 12. 6. 1945 hatte die erste päpstliche Hilfsmission begonnen, die zweite war am 9. Juli und die dritte, die sich länger und weiter ausdehnte, am 29. Oktober 1945 gefolgt⁵⁸. Insbesondere nahm sich die päpstliche Sondermission unter Bischof Aloysius Muench, Kronberg (ab 26. 10. 1949 Nuntius in Deutschland) der Vertriebenen, Flüchtlinge und DP's an. Wie sehr dem Vater der Christenheit die geistigen und leiblichen Werke der Barmherzigkeit ein Herzensanliegen sind, zeigen weiter die gehäuften Aufrufe zur Liebestätigkeit den Vertriebenen gegenüber: so das Handschreiben vom 18. 1. 1947⁵⁹, die Ansprache vom 2. 6. 1947⁶⁰, seine Briefe vom 1. 12. 1947⁶¹ und vom 20. 12. 1948⁶² an die Kardinäle und Bischöfe Deutschlands, die Weihnachtsansprache vom 24. 12. 1947⁶³, das Schreiben an den deutschen Episkopat vom 1. 3. 1948⁶⁴, die Ansprache am Heiligen Abend des Jahres 1948 an das Kardinalskollegium⁶⁵, der Brief an die deutschen Kardinäle, Bischöfe und Ordinarii Deutschlands vom 29. Dezember 1948⁶⁶, die Weihnachtsbotschaft vom 23. 12. 1950⁶⁷.

In «Exsul Familia» konnte denn Papst Pius XII. auf all seine Taten für die Heimatberaubten in und nach dem Kriege hinweisen — er hatte allein in diesem Anliegen 9 Radiobotschaften verkündet⁶⁸ — und zusammenfassen: „Den Vertriebenen und Flüchtlingen als den bedürftigeren Brüdern haben Wir mit größtem Eifer die Herzen aller zu gewinnen gesucht: mehrmals haben Wir auf ihre armselige Lebenslage hingewiesen, ihre Rechte haben Wir verteidigt und für sie haben Wir mehr als einmal die Freigebigkeit aller Menschen und besonders der Katholiken aufgerufen in Radiobotschaften, in Ansprachen und Reden, die Wir bei gegebener Gelegenheit hielten, in Briefen an Erzbischöfe und Bischöfe⁶⁹. (Mit Fug und Recht fügt A. Kindermann dieser seiner Übersetzung⁷⁰ die Frage an: „Wo hat sonst jemand sich so für uns Vertriebene eingesetzt?“). Pius XII. tat es getreu dem Vorbild seiner Vorgänger, deren Caritas schon in der Urzeit des Christentums belegt ist. — Heißt es doch schon in einem von Eusebius überlieferten Dankschreiben des Bischofs Dionys von Korinth an Papst Soter (166—174), in welchem Liebesgabensendungen dieses Papstes an Flüchtlinge und Deportierte in den Bergwerken des Orients erwähnt werden: „Vielen Gemeinden in den verschiedensten Städten habt Ihr Unterstützung geschickt und auf diese Weise die Armut der

⁵⁷ AAS XXXVII (1945), 278—284, bes. 283.

⁵⁸ Exsul Familia, 30, Anm. 96.

⁵⁹ Frings Paul, a.a.O., 96.

⁶⁰ AAS XXXIX (1947), 258—266, hier 265.

⁶¹ AAS XL (1948), 544—547, «Commoti valde».

⁶² AAS XXXXI (1949), 216—218, «Dissertae admodum litterae».

⁶³ AAS XL (1948), 8—16.

⁶⁴ Mitteilungen, 1952, I/II, 11 f.

⁶⁵ AAS XXXXI (1949), 5—15; deutsche Übersetzung in: AFKKR. 124¹, 210—219.

⁶⁶ Mitteilungen, ebd.

⁶⁷ AAS XXXXIII (1951), 40—59; deutsch in: Mitteilungen, ebd., 12. Zu all diesen Caritasaufrufen kommt die Enzyklika «Quemadmodum» vom 6. 1. 1949, AAS XXXVIII (1946), 5—10.

⁶⁸ Exsul Familia, 32, Fußnote 105*.

⁶⁹ Ebd.

⁷⁰ Ad. Kindermann, Die päpstliche Konstitution über die Auswandererseeleorge — ein bedeutendes Dokument auch für unsere Vertriebenenseelorge, in: Mitteilungen, 1953, I—III, hier I, 8.

Dürftigen erleichtert. Den in den Bergwerken schmachtenden Brüdern habt Ihr den nötigen Unterhalt besorgt. Durch diese Gaben, die Ihr schon von Anfang an zu schicken pflegtet, bleibt Ihr als Römer einem von Euren Vätern ererbten Brauche treu“⁷¹.

Neben der Vatikanischen Caritas leisteten Beispielhaftes besonders die Internationale Flüchtlingshilfe, NCWC (National Catholic Welfare Conference) New York, die Caritas Internationalis (CI) Luzern und der deutsche Caritasverband⁷². Auf die einzigartigen Leistungen der ‚Ostpriester-hulp‘ und des ‚Bauordens‘ wird noch näher einzugehen sein.

B) Sonderseelsorge für die Vertriebenen.

Stand am Anfang der Umsiedlung die Seelsorge primär im Dienste der Überwindung der Verzweiflung und in der karitativen Betreuung, so sah sie sich, nachdem der materielle Lastenausgleich begonnen hatte, vor die Pflicht gestellt, den seelischen Ausgleich herbeizuführen; denn die Vertriebenen bedurften nicht nur einer besonderen Anstrengung und Leistung von seiten der Caritas, sondern auch einer besonderen Seelsorge.

Grundsätzlich kennt der Codex eine solche: Neben den allgemeinen Pfarrerspflchten — (Gottesdienst und Sakramentspendung [can. 467], Predigt und Christenlehre [cc. 1344 § 1, 1346 § 1332], Abhaltung von Volksmissionen [can. 1349], Kennenlernen der Herde [can. 467 § 1], Wachsamkeit und Unterstützung bzw. Einrichtung von Werken, welche die Förderung des Glaubens, der Nächstenliebe und der Frömmigkeit zum Ziele haben [can. 469]) — nennt *der Codex* auch Pflichten gegen einzelne Klassen: Unterweisung der Kinder, Sorge für die Armen, die Kranken, die Sterbenden, um die auf Irr- und Abwege Geratenen (can. 467 § 1) und schließlich die Sorge für die Andersgläubigen (can. 1350 § 1). Unter die im can. 467 genannte Sorge für Arme und Elende («debet parochus . . . pauperes ac miseros paterna caritate complecti») fielen — und fallen teils noch — die Heimatverdrängten.

Die Notwendigkeit der besonderen Sorge, auch und gerade der besonderen Seelsorge, betonte wieder *der Heilige Vater* selbst. Hatte er bereits in seiner Ansprache vom 20. 2. 1946 die Notwendigkeit besonderer Seelsorge für die Heimatfernen unterstrichen⁷³, so betraute er in einem persönlichen Handschreiben vom 24. Juni 1946 den aus Ermland vertriebenen Bischof Maximilian Kaller mit einem Sonderamt, das neben der Sorge für den ostvertriebenen Klerus und den Priesternachwuchs ausdrücklich die Lösung neuer seelsorglicher Fragen in Angriff zu nehmen hatte: „... endlich wird — besonders in den Fällen, wo katholische Ostflüchtlinge an Orten Unterkunft finden, an denen bis dahin weder eine katholische Kirche noch ein Priester waren — eine Reihe von seelsorglichen und caritativen Fragen auftauchen, die eine besondere Vermittlung zwischen den Angekommenen und dem Ordinarius loci wünschenswert, wenn nicht notwendig, machen.

⁷¹ Vgl. Caritas (Luzern), 1950, III, Mai/Juni.

⁷² Vgl. dazu Frings Paul, ebd., 79–100.

⁷³ Vgl. Braunstein, Die Vertreibung im Lichte des Naturrechts, in: Königsteiner Blätter V/1959, S. 67 f.

Dieses Sonderamt wollten Wir Ihnen, ehrwürdiger Bruder, anvertrauen“. — Eine Sonderaufgabe, die dem Vater der Christenheit „augenblicklich noch wichtiger erscheint als die geplante Mission unter den deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich“ und die sehr dringend ist, die „schon auf der nächsten Zusammenkunft der deutschen Bischöfe in Fulda“ — das war schon im folgenden Monat — in die Wege geleitet werden sollte⁷⁴.

Auch in seinem Antwortbrief auf eine Adresse des deutschen Episkopats hatte der Heilige Vater am 1. 3. 1948 ausgeführt: „Besondere Berücksichtigung werden immer die Ostflüchtlinge verdienen, die aus ihrer Heimat im Osten zwangsweise und unter entschädigungsloser Enteignung ausgewiesen und in die deutschen Zonengebiete überführt wurden“⁷⁵.

Die Sicherung und Ordnung der Seelsorge wurde am 21. 2. 1948 in dem Reskript «Jura antistitum» verankert⁷⁶:

„§ 1. Ordinarii Archidioecesis Wratislaviensis, dioecesis Warmiensis et praeturae Schneidemühlensis facultatem habent, Sacerdotes dioecesis suis incardinatos, qui rebus sic stantibus infra fines harum dioecesium officio aut fungi nequeunt aut non funguntur, obligandi ad officium in alia dioecesi Germaniae suscipiendum iuxta mandatum suum.

§ 2. Idem Ordinarii eosdem Sacerdotes suos revocare possunt, si ad servitium dioecesis propriae sunt necessarii sed duobus mensibus ante revocationem Ordinarium loci certiores facient.

§ 3. Unusquisque Sacerdos dioecesium praedictarum qui per unum mensem intra fines aliarum dioecesium Germaniae commoratur quin certo officio ab Ordinario proprio sibi mandato fungatur, obligatur ut ab Ordinario loci officium petat atque ut officium ab Ordinario loci ei sive ultro collatum accipiat, si secundum arbitrium eiusdem Ordinarii ad id est aptus.

§ 4. Si Ordinarius loci Sacerdoti eiusmodi officium conferre non est paratus, Ferdinandus Dirichs, Episcopus Limburgensis, a Sancta Sede pro Germanis ex patria expulsis specialiter deputatus, intra mensem certior faciendus est et ab Ordinario loci et a Sacerdote. Idem Episcopus auctoritate Apostolica discernit, an Sacerdos obligetur, ut ab Ordinario alterius dioecesis officium suscipiat et cuius dioecesis.

§ 5. Sacerdotes dioecesium praedictarum officium, quod in alia dioecesi Germaniae susceperunt, nonnisi cum consensu Ordinarii loci dimittere possunt, salvo § 2 et § 7.

§ 6. Idem Ordinarius loci Sacerdotes eiusmodi ab officio suscepto ad aliud officium transferre potest si secundum conscientiam utile iudicaverit.

⁷⁴ Das beim Priesterreferat Königstein vorliegende Handschreiben ist im vollen Wortlaut im Anhang No. II angeführt.

⁷⁵ Mitteilungen, 1952, I/II, 11 f.

⁷⁶ Iura Antistitum circa Sacerdotes ex Germania Orientali expulsos, in: AFKKR, 123², 525 f. und 125², 276 f.

§ 7. Ferdinandus Dirichs Episcopus auctoritate Apostolica potest Sacerdotes praedictos, ut per dioeceses et regiones dispertiantur, sicuti necessitates animarum expulsum exigunt, ab officio in una dioecesi suscepto deobligare necnon obstringere, ut secundum suum mandatum officium in alia dioecesi petant atque suscipiant, sed debet Ordinarium prioris officii duobus mensibus ante deobligationem certiore facere.

§ 8. Quod de sacerdotibus Archidioecesis Wratislaviensis, dioecesis Warmiensis et praelaturae nullius Schneidemuehlensis dictum est, valet etiam de Sacerdotibus Bohemiae, Moraviae, Slovaciae, Ungariae, et ceterarum regionum Europae Orientalis.“

(Vom päpstlichen Staatssekretariat unter dem Datum 21. 2. 1948 an Kardinal Frings in Köln gesandt).

Mit Erlaß vom 12. 4. 1948 wurde der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz, der Kardinalerzbischof von Köln, Em. *Frings*, zum „Hohen Protektor für das gesamte Flüchtlingsproblem in Deutschland“ bestellt, um für das sittliche und materielle Wohl der Heimatvertriebenen Sorge zu tragen⁷⁷.

Schließlich ist die Constitutio Apostolica de spiritali emigrantium cura, «Exsul Familia Nazarethana», vom 1. 8. 1952 ein beredtes Dokument für die Notwendigkeit der besonderen Seelsorge der Heimatfernen. Ihr geschichtlicher Teil (Titulus primus) zeigt außerdem, daß die Kirche zu allen Zeiten den Entwurzelten, den Flüchtlingen, Heimatlosen und Auswanderern eine besondere Seelsorge geschenkt hat.

Gründe für eine zusätzliche Seelsorge.

a) Allgemeine Gründe

Diese Forderungen des allgemeinen Kirchenrechts und des Heiligen Vaters im besonderen sind wohl begründet; denn Vertriebene leben unter außergewöhnlichen Bedingungen. Die plötzliche Verjagung von allem, was lieb und teuer war, nicht zuletzt die Herausreißung aus dem Leben der vertrauten Pfarrgemeinde, die plötzliche totale Verarmung und Deklassierung, die Auseinanderreißung der Bekannten, oft auch der Familien, die Sorge um die in der Heimat Verbliebenen, Hilflosigkeit und Demütigungen, die Lebensangst, die Gefahren des Nihilismus, erzwungener Berufswechsel, jahrelanges Brachliegen von Kräften und Talenten, die Sehnsucht nach der alten Heimat, zumal bei den älteren Leuten, — die Loslösung war ja nur äußerlich —, die nagende Erinnerung an ein erlittenes Unrecht, der Zwiespalt zwischen dem Wunsch, eines Tages in die wieder freie Heimat zurückzukehren, und der drängenden Notwendigkeit, aus der zermürbenden Wohnungsnot herauszukommen und also ein neues Heim aufzubauen, Kompensation — all das und mehr bestimmten mehr oder minder stark die seelische Verfassung der Vertriebenen, die tiefer und nachhaltiger als andere von deprimierenden Gefühlen belastet wurden⁷⁸.

Zu diesen Schwierigkeiten psychologischer Art, die eine besondere Seelsorge

⁷⁷ Vgl. AFKKR, 125², 274.

⁷⁸ Vgl. Braunstein, Die Vertreibung im Lichte des Naturrechts, in: Königsteiner Blätter V/59.

erforderlich machten, kamen weitere Gründe: Die meisten Vertriebenen — zumal die aus den katholischen Gebieten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie — konnten keine Diasporaerfahrung mitbringen. Andererseits ließ sich sagen: „Das vertriebene gläubige katholische Volk verlangt nach einer außerordentlichen Seelsorge, da es aus Gebieten kommt, die eine hohe religiöse Kultur mit geprägtem Eigencharakter hatten“⁷⁹. Viele empfanden es als Untreue gegen die Vorfahren, würden sie ihr geistiges Erbgut wie ein altes Gewand ablegen. Das religiöse Brauchtum spielte gerade bei den mehr gemütsbetonten Menschen des Ostens eine starke und gewiß auch positive Rolle.

Schließlich nahmen und nehmen die Vertriebenen die Worte der Heimatseelsorger und der Priester, die ein gleiches Los durchgemacht, bereiteren Herzens auf; auch heute noch, 15 Jahre nach der Vertreibung, erfreuen sich denn auch die Flüchtlingswallfahrten und -gelöbnistage einer außerordentlich guten Beteiligung, obwohl inzwischen viele der bejahrten früheren Teilnehmer gestorben sind.

b) Die Diasporaseelsorge

Ein besonderes seelsorgliches Aufgabengebiet, ein Aufgabengebiet ersten Ranges, ist die deutsche Diaspora geworden⁸⁰. Die sich daraus ergebende Notwendigkeit, gerade der Diaspora zu Hilfe zu eilen, hat wieder der Heilige Vater selbst hervorgehoben. In seinem Weihnachtsbrief an den deutschen Episkopat vom Jahre 1947 heißt es: „Was jedoch als schwerste Hirtensorge auf Uns lastet, ist die religiöse Not der Ausgewiesenen, nicht der in überwiegend katholische Gebiete Verpflanzten, wo sie das Gotteshaus, den Priester, die katholische Schule und das ganze kirchliche Leben finden, wie es in der alten Heimat ihr eigen war, aber die Not jener anderen — und es sind Millionen — katholischer Flüchtlinge, jetzt zerstreut in weite Gebiete, in denen die katholische Kirche seit der Glaubensspaltung kaum wieder Fuß gefaßt hatte, wo das kirchliche Leben erst ganz von Grund aus aufzubauen ist. Was Wir vernehmen von den endlosen Schwierigkeiten, diese oft durch kaum übersteigbare Zonengrenzen von ihrer Diözese abgeschnittenen Gebiete zu verwalten, von ihrem Priestermangel, von der religiösen Verlassenheit und Gefährdung der dorthin verschlagenen katholischen Flüchtlinge, der Erwachsenen und besonders der Kinder, das alles wirkt erschütternd und läßt Uns an den deutschen Klerus, den Welt- wie den Ordensklerus, die Ordensschwestern und die kirchlichen Hilfskräfte aus dem Laientum die inständige Bitte und Mahnung richten, das letzte Verfügbare einzusetzen, um dieser an sie gestellten Aufgabe nach Möglichkeit Herr zu werden“⁸¹.

Auch die Diasporaarbeit bedeutete einen völlig neuen Anfang ohne die gewohnten Voraussetzungen: ohne eigenen Gottesdienstraum in erreichbarer Nähe, ohne Tabernakel; denn die Vertriebenen gehören zwar rechtlich einem Seelsorgsbezirk an, allein, einem so weiträumigen, daß Kirche und Pfarrerwohnung für viele

⁷⁹ Golombek O., Vortrag in Radio Vaticana, nach: Mitteilungen 1950, XI, 89.

⁸⁰ Vgl. dazu: Das Werk des Bonifatiusvereins für die Vertriebenen, in: Christ Unterwegs 1953, XI, 21.

⁸¹ Mitteilungen, 1949, III, 24.

10, 20 und mehr Kilometer entfernt liegen. Sind die Gläubigen auch kirchenrechtlich erfaßt, so bereitet die pastorelle Betreuung doch große Schwierigkeiten; zudem sind diese Diasporakatholiken öfters in eine Umwelt eingebettet, die der katholischen Kirche gegenüber ablehnend gestimmt ist; sie leben in einem fremden Klima.

Der Codex Iuris Canonici im allgemeinen und der Heilige Vater im besonderen sehen also eine besondere Flüchtlingsbetreuung, auch eine zusätzliche Seelsorge, die in dem Satz ‚salus animarum suprema lex‘ begründet ist, vor. Sie wäre selbst dann notwendig, wenn ein Friedensvertrag definitiv entschieden hätte, wenn die Vertriebenen oder wenn das deutsche Volk die Ostheimat aufgegeben hätten und die kirchliche Neubeheimatung und Eingliederung intensiv betrieben werden müßten, denn auch dann noch erfordert die gewaltsame Entwurzelung besondere Rücksicht. Die Vertriebenen, die eine nicht geringe Glaubensprobe zu bestehen hatten, benötigen eine ganz besonders intensive und warme religiöse Betreuung und die vertriebenen Menschen des Ostens und Südostens, die sich seit 1000 Jahren ihre religiösen Formen geschaffen, finden nicht schnell in die für sie neuen Formen religiösen Ausdrucks hinein, die sich im Westen geprägt haben.

Erst recht ist die Sonderseelsorge zuzuerkennen, solange der Schwebezustand anhält.

Außerordentliche Seelsorge als besondere Seelsorge ist also zu bejahen, sie ist notwendig und vom kodikarischen Recht wie eigens vom Heiligen Vater bestimmt, nicht aber wünschte der Papst eine Sonderseelsorge im eigentlichen Sinne, Seelsorge mit eigener Iurisdiktion (Personalpfarreien wie z. B. für Emigranten); der Grund hierfür ist aus den Dokumenten nicht ersichtlich; wahrscheinlich wurden die deutschen Vertriebenen, weil Angehörige derselben Nation bzw. Sprache, anders als die Flüchtlinge anderer Nationen behandelt⁸².

Möglichkeiten der besonderen Seelsorge.

Es wäre eine verhängnisvolle Unterlassung, wollte man diejenigen Übungen, an denen gerade die Ostvertriebenen hängen, nicht pflegen und seelsorglich auswerten. Dazu gehören die Wallfahrten und Maiandachten, die Verehrung der Heimat-Heiligen (Wenzel, Stefan, Adalbert, Hedwig, Johann von Nepomuk, Klemens-Maria-Hofbauer) und das Gedächtnis großer Gestalten des kirchlichen Lebens wie eines Bischofs Johann Nep. Neumann, CSSR, aus dem Böhmerwald, des verdienten kirchlichen Pioniers, Bischofs von Philadelphia († 1860).

Hierher gehört ferner die Weiterverehrung der vertrauten Kirchenschutzpatrone gem. CIC. cc. 1278 und 1168⁸³, und schließlich die Pflege des wertvollen heimatlichen Liedgutes; denn der Vertriebene will in seiner Weise singen und beten

⁸² Brief Pius XII. an Bischof Kaller v. 24. 6. 1946; Anhang No. II, u. «Iura antistitum» v. 21. 2. 1948, die dem Sonderbeauftragten Einsatzvollmacht über die vertriebenen Priester geben.

⁸³ Gewiß sind die Kirchenheiligen Schutzpatrone des jeweiligen Ortes als solchen, ihre Fürbitte aber gilt doch primär den dortigen Menschen mit ihrer unsterblichen Seele; sie sind deren Patron zumal in bedrängter Lage, also auch in der Not von Flucht, Vertreibung und Verbannung. Die gewohnte Verehrung der Schutzheiligen wird die Vertriebenen begleiten. Wie stark hier die Kirche den persönlichen Willen der Gläubigen berücksichtigt, geht schon aus

und sein religiöses Brauchtum pflegen. All das sind Faktoren, die mitunter auch eine Bereicherung für die einheimischen Gläubigen bedeuten können.

Eine große Aufgabe kommt den Pfarr- und Heimatbriefen zu, durch die sich die Vertriebenen erfahrungsgemäß leicht ansprechen lassen. Überhaupt fällt der katholischen Vertriebenenpresse⁸⁴ gerade in der Diaspora mit ihren Entfernungen, dem ungenügenden Religionsunterricht und all ihren Umwelteinflüssen, eine Rolle zu, die über die allgemeine Bedeutung der katholischen Presse für Erhaltung und Ausbreitung der christlichen Lehre (can. 1322) zweifelsfrei noch hinausgeht.

Am wenigsten praktische Schwierigkeiten wird die Pflege des religiösen Eigenlebens in solchen Diasporagemeinden bereiten, wo die Vertriebenen einen hohen Prozentsatz (mitunter über 90%) der Kirchengemeinde ausmachen.

Der von Bischof Dirichs geschaffene Katholische Flüchtlingsrat, eine beratende Gemeinschaft von Priestern und Laien aus den Reihen der Vertriebenen, soll dem Episkopat die Stimme des Vertriebenenvolkes vermitteln⁸⁵.

Eine Reihe katholischer landsmannschaftlich geprägter Gemeinschaften — wie die „Ackermann-Gemeinde“, das „Hedwigs-Werk“, das „Bertram-Werk“, die „Eichendorff-Gilde“, der „Ermlandbund“, die „Junge Aktion der heimatvertriebenen Jugend“ — ist in den von der Fuldaer Bischofskonferenz anerkannten Arbeitsstellen „Nord“ und „Süd“ zusammengefaßt und wirkt über den eigenen Bereich segensreich für die Kirche in Deutschland.

Möglichkeiten zeigt ferner der folgende Abschnitt III:

III. Königstein — Mittelpunkt der Vertriebenenseelsorge

Mittelpunkt der besonderen seelsorglichen Betreuung der Ausgewiesenen wurde „das Vaterhaus der Heimatvertriebenen“ in Königstein/Ts., Diözese Limburg. Der päpstliche Sonderauftrag an Bischof Kaller⁸⁶ hatte in Anbetracht der Notlage und zur Vermeidung einer Zersplitterung der wenigen Kräfte eine zentrale Stelle notwendig gemacht; zu dieser überdiözesanen Stelle bildete sich das im Oktober

dem von Urban VIII. approbierten Dekret der Ritenkongregation (decr. auth. a. 526 vom 23. 3. 1630) hervor, das die Wahl des Ortspatrones von Seiten der Bevölkerung bzw. des Diözesanpatrons durch die Gläubigen des betreffenden Gebietes vorschreibt.

Auch Regatillo, Institutiones II, n. 126, der im Falle der Gebietsteilung den Patron für den abgetrennten Teil weichen läßt, betont die Gültigkeit der gegenteiligen Praxis.

⁸⁴ So der „Volksbote“ (kath. Wochenzeitung), „Heimat und Glaube“ (Verbandsblatt des St. Hedwigswerkes, vgl. dazu AFKKR, 1232, 563—566), „Der schlesische Katholik“ (Mitteilungsblatt der Eichendorffgilden), die Monatszeitschriften: „Christ Unterwegs“, „Der neue Ackermann“ (für die kath. Sudetendeutschen) und die „Ermlandbriefe“. „Mitteilungen für die heimatvertriebenen Priester aus dem Osten“ (hgg. v. Priesterreferat Königstein), seit 1955 mit eigener wissenschaftlicher Beilage „Königsteiner Blätter“ (für die geistige Auseinandersetzung in Ostfragen), „Expulsus“, Katholischer Informationsdienst für Vertriebenen- und Ostfragen (seit 1952) und die volkstümliche Monatsschrift „Königsteiner Rufe“.

⁸⁵ Mitteilungen, 1949, I, 3.

⁸⁶ Siehe Anhang No. 2.

1946 von Bischof Kaller begründete „Priesterreferat Königstein“ aus⁸⁷, das Seelsorgsamt des Flüchtlingsbischofs, das nach seinem Tode dessen Mitarbeiter Prof. Kindermann auf Anordnung der Fuldaer Bischofskonferenz weiterführt⁸⁸.

A) Die Diözesanseelsorger

Über den intensivierten systematischen Ausbau der Vertriebenenseelsorge zu planen, berief noch Exz. Kaller im März 1947 aus jeder Diözese Vertrauensleute, die ersten Diözesanflüchtlingsseelsorger, zu einer Arbeitstagung nach Königstein, an der auch Exz. Muench, der nachmalige Nuntius, teilnahm. In seinem nicht veröffentlichten Referat⁸⁹ umriß Kirchenrechts-Professor A. Kindermann Stellung und Aufgabenbereich des Diözesanflüchtlingsseelsorgers, dessen Rechtslage vom CIC nicht umschrieben, dessen Amt vielmehr aus der außergewöhnlichen Not heraus entstanden ist. Er schlug vor

A) Bestellung:

- a) Der Diözesanflüchtlingsseelsorger wird durch den Ortsordinarius der Aufnahmediözese auf Vorschlag oder mit Zustimmung des Vertriebenenbischofs bestellt.
- b) Er ist hauptamtlich in der Diözese tätig.
- c) Er wird in der Regel aus den Reihen des ostvertriebenen Klerus stammen.
- d) Weil seine Stellung dem Vertriebenenklerus gegenüber eine Vertrauensstellung ist — als primus inter pares — soll er auch der landmannschaftlichen Zusammensetzung des Vertriebenenklerus angepaßt sein.

B) Seine Aufgaben sind vorzüglich folgende⁹⁰:

- a) Er ist in der Aufnahmediözese der Vertrauensmann des Vertriebenenbischofs, den er bei Erfassung, Verteilung und Betreuung des (ihm ja bekannten) Klerus zu unterstützten hat. Dazu nimmt er die Weisungen des Vertriebenenbischofs entgegen und berichtet ihm.
- b) Er ist der Beauftragte des Ortsordinarius für die Vertriebenenseelsorge in der Diözese, den er in den einschlägigen Fragen zu beraten hat — z. B. betr. Dienstesatz und -befähigung der Ostpriester.
- c) Er ist der Vertreter des Vertriebenenklerus und seiner Gläubigen dem Ortsordinarius gegenüber und wird ihm die berechtigten seelsorglichen Anliegen — zumal in ausgesprochenen Notgebieten wie z. B. in Flüchtlingslagern — vorbringen.
- d) Er hat mit dem einheimischen Klerus engen Kontakt zu halten und das gegenseitige Verstehen zu fördern.

⁸⁷ Vgl. AFKKR, 123², 596 f.; Mitteilungen, 1948, II, 8—10.

⁸⁸ Ebd.

⁸⁹ Manuskript wurde mir zur Einsichtnahme überlassen.

⁹⁰ Ebd.

Zu diesem letzten Punkte lag bereits eine vorbildliche Dienstanweisung des Würzburger Ordinariates an seinen Diözesanflüchtlingsseelsorger vor⁹¹.

Die Vorschläge konnten verwirklicht werden. Die Diözesanseelsorger beraten sich alljährlich in Königstein. Schon der Nachfolger des Bischofs Kaller, Exz. Dirichs, hat sie in seiner kurzen Amtszeit zweimal um sich versammelt.

Dem Diözesanseelsorger kam also in seiner Diözese — wie dem Sonderbeauftragten im Gesamtaufnahmegebiet — eine wichtige Mittlerstelle zu. Das zeigte sich nicht zuletzt auf den gem. can. 131 durchgeführten Dekanatskonferenzen, auf denen die Behandlung der neuen pastorellen Situation ein vordringliches Beratungsthema wurde und wo die Diözesanseelsorger kirchenrechtliche, -geschichtliche und volkskundliche Vorträge über die bisherigen Verhältnisse der neuangesiedelten Gläubigen hielten, während auf den von ihm einberufenen Treffen des vertriebenen Klerus auch einheimische Priester über den neuen Siedlungsraum und seine kirchliche Lage sprachen; auf diesem Wege konnte manches Mißverstehen, meist auf Unkenntnis beruhend, beseitigt werden. Andererseits wurde durch die Diözesanseelsorger die Sonderbetreuung der Vertriebenen und Flüchtlinge gelenkt und durchgeführt.

B) Zentrale der „Kapellenwagenmission“.

Eines der schwierigsten Hindernisse in der Vertriebenenpastoration, die großen Entfernungen in den Weiten der Diaspora, mußte überwunden werden. Die Pfarrvikarie Buchholz (Diözese Hildesheim) beispielsweise hatte 160 Ortschaften zu betreuen; der Seelsorger der Pfarrgemeinde Noerten-Land mußte wöchentlich 240 km im bergigen Gelände zurücklegen⁹²; in Tausenden Orten müssen die Gläubigen bis zum nächsten katholischen Gotteshaus weite Wege, nicht selten bis 20 km, gehen. Es konnte und durfte nicht gewartet werden, bis Kirchen gebaut und genügend Priester eingesetzt oder auch — wie neuerdings in vielen Diasporapfarrgemeinden — die Katholiken der Filialstationen durch eingesetzte Autobusse zum Sonntagsgottesdienst der Zentralstation gefahren würden. Soforthilfe, religiöse Soforthilfe, war in diesen religiösen Notstandsgebieten notwendig. In den weiten Diasporaraum mußten Priester und Gotteshäuser gebracht werden, besonders in die entlegenen Dörfer, in die — ob der Bombardierungen der Städte — ein Großteil der Vertriebenen gekommen ist und wo — nach langem Warten — ein religiöses Absterben nur zu leicht einsetzen konnte. „Fahrende Kirchen“ überwinden, wenigstens für einige Wochen, die Kirchen- und Priesternot; so kommt der Priester ins letzte Dorf und bringt die Kirche mit; — nachgehende, nachfahrende Seelsorge!

Die Autos mit Ausstattung, ein großherziges zeitgemäßes Geschenk der belgischen und niederländischen Katholiken, sind der Tatbereitschaft der „Ostpriester-

⁹¹ Abschrift der Dienstanweisung wurde mir vom Würzburger Diözesanflüchtlingsseelsorger überlassen. Das Würzburger Ordinariat beauftragt darin den Diözesanflüchtlingsseelsorger u. a., die Lager zu besuchen, religiös zu betreuen, Mißstände und Lücken zu melden, die Seelsorger der Aufnahmegebiete über die kirchlichen Heimatverhältnisse zu informieren.

⁹² Mitteilungen, 1948, III, 11.

hulp“ (Ostpriesterhilfe) zu verdanken. Entstanden ist die Ostpriesterhulp auf die Initiative von Msgr. Noots, dem Generalabt des Prämonstratenserordens. Sie steht unter der Leitung des P. Werenfried van Straaten, O.Präm., Abtei Tongerlo. Ihr Ziel ist, die mannigfache Not der Vertriebenen und der Opfer des Bolschewismus zu lindern⁹³. Der Primas von Belgien, Joseph Ernst Kardinal van Roey, Erzbischof von Mecheln, erteilte seine Anerkennung⁹⁴.

Die „Kirchen auf Rädern“, 14 m lang und 2 m breit, verfügen über einen Altar-, einen Caritas- und einen Wohnraum.

Führen im Jahre 1950 zunächst 2 Kapellenwagen durch die deutsche Diaspora, so waren es 1951 bereits 11 und 1952 — 14⁹⁵. Der Wagen wird von zwei Missionaren begleitet, von einem ausländischen Ordensmann (meist aus den Beneluxländern) als Vertreter der Weltkirche, und einem deutschen Pater.

Die Verhandlungen, die Priesterreferat und Ostpriesterhilfe mit den einzelnen Ordenshäusern führten, erreichten, daß jedesmal ein Wagen in die Obhut des Ordens genommen wurde; der Ordensobere sorgt für Einsätze und Ablösungen.

So kamen z. B. im Jahre 1952 — außer den deutschen Missionaren — die Kapellenwagenmissionare: aus den Niederlanden 35, aus Belgien 18, aus Österreich 6, aus der Schweiz 4, und aus Frankreich 1. Sie gehörten folgenden Orden bzw. Kongregationen an: Gesellschaft Jesu, Prämonstratenser, Franziskaner, Passionisten, Dominikaner, Redemptoristen, Kapuziner, Benediktiner, Karmeliten, Josephiten, Weiße Väter, Patres von dem Heiligsten Herzen, vom Heiligen Herz, Scheutisten; dazu einige Diözesanpriester.

Im genannten Jahr wurden bereits 839 Orte missioniert und 5606 Predigten vom Kapellenwagen aus gehalten⁹⁶, wobei die Dauer der Mission jeweils von der Größe des Ortes und der Seelenzahl abhängt; grundsätzlich wird jeder Katholik aufgesucht.

Im Jahre 1953 waren 15 Kapellenwagen — mit Einverständnis des jeweiligen Ortsordinarius — in 12 westdeutschen Diözesen (vornehmlich Diözesen mit Diasporagebieten) unterwegs: in Augsburg, Bamberg, Eichstätt, Freiburg, Fulda, Hil-

⁹³ Vgl. Eöry Stefan, S.J., Der Bauorden — ein neuer Weg, in: Stimmen der Zeit, 1956, VIII, 360—365, bes. 361: Von 1948 bis 1955 wurden 8000 Tonnen Lebensmittel und Kleider aufgebracht.

⁹⁴ Mitteilungen, 1954, V, 35: Wortlaut des Schreibens an P. Werenfried:
„Erzbistum Mecheln

20. Januar 1954.

Hochwürdiger Herr Pater!

Mit großem Interesse haben wir Kenntnis genommen von dem Bericht, den Sie über die Organisation und die Aktivität der Ostpriesterhilfe am 23. 12. 1953 auf der Versammlung des interdiözesanen Aufsichtsrates für die Ostpriesterhilfe gegeben haben.

Aus den gegebenen Informationen ist ersichtlich, daß das Werk auf fester Basis aufgebaut und seine Arbeitsweise gesund und fruchtbar ist und daß es sich mannigfaltigen und lobenswerten Formen caritativer Tätigkeit in stets breiteren Kreisen widmet.

Wir erneuern somit gerne unsere Gutheißung der Ostpriesterhilfe und hoffen und beten, daß Gott ein so verdienstvolles Liebeswerk reich segnen möge.

† Joseph Ernst Kard. van Roey
Erzbischof von Mecheln.“

⁹⁵ Mitteilungen, 1953, IV, 30 f. und 1954, III, 22.

⁹⁶ Mitteilungen, 1953, IV, 30 ff.

desheim, Limburg, Mainz, Münster, Osnabrück, Paderborn und Rottenburg. Die Erwartungen wurden übertroffen. Viele haben auf diese Weise eine Volksmission (CIC can. 1349) erhalten, die sonst unmöglich gewesen wäre, und die Kapellenwagen haben außerdem dazu beigetragen, daß die katholische Kirche in entlegensten Teilen der Diaspora so anziehend in Erscheinung getreten ist, daß nicht selten jahrhundertealte Vorurteile der Nichtkatholiken gegen die katholische Kirche beseitigt wurden. An nicht wenigen Orten wurde so zum ersten Male seit der Glaubensspaltung des 16. Jahrhunderts wieder das hl. Meßopfer gefeiert.

Doch ergibt ein Vergleich der Berichte von 1950 mit denen von 1953 ein Absinken in bezug auf den Sakramentenempfang von 70 auf 50 Prozent der Beteiligten; als Grund muß wohl die Gewöhnung an ihren Zustand und ein Aufgehen in der ansteigenden wirtschaftlichen Prosperität angesehen werden⁹⁷.

1954 konnte Kardinal *Frings* bei der Sendungsfeier in Königstein nicht nur 30 Volkswagen an Diasporaseelsorger übergeben, sondern es wurden auch außer den 15 großen Kapellenwagen 15 kleinere Opel-Kapellenwagen für die wünschenswerte Nachmission durch je einen Priester entsendet. Die 15 zusätzlichen Autos für die Nachmission sind ein hochherziges Geschenk des Bistums Gent⁹⁸.

Die 30 Kapellenwagen wurden und werden weiter eingesetzt; 1955 wurden von den Kapellenwagen aus 8289 Predigten gehalten, davon 1988 in der Diaspora-Diözese Hildesheim, 1165 in Rottenburg und 1083 in Fulda⁹⁹. Bis einschl. 1960 — da 85 Priester aus 17 Orden und 5 Weltkleriker die Kapellenwagenmission bestritten —, wurden, nach Mitteilung ihres Leiters, 6390 Diasporagemeinden (Standorte) mit 938 130 Katholiken in 64 260 Vorträgen missioniert; etwa 400 000 kamen zur Beichte.

Diese moderne Art der Volksmission fand nicht nur bei Audienzen der Missionare in Rom¹⁰⁰, sondern auch **in einem päpstlichen Schreiben** an den deutschen Episkopat vom 11. Oktober 1954 höchste **Anerkennung**:

„Aus dem gleichen Grunde ist mit noch größerem Eifer dahin zu wirken, daß die Heimatvertriebenen, vor allem in den Diasporagebieten, weder den Gottesdienst noch die Seelsorge entbehren müssen. Mit Freuden haben Wir vernommen, daß Ihr bei Eurer Bischofskonferenz an die dortigen katholischen Gemeinden ernste und dringende Mahnungen gerichtet habt, dafür Sorge zu tragen, daß in jenen Gemeinden Gotteshäuser errichtet werden. Uns ist auch sehr wohl bekannt, was in dieser Sache alles schon von Euch und wirklich lobenswerten Priestern in vielfacher und verschiedenartiger Weise unternommen worden ist. Darunter ist besonders rühmlich zu erwähnen die Kapellenwagenmission, die den Schäflein der Herde Christi auch in entferntesten und abgelegenen Gegenden Hoffnung, Trost und Hilfe bringt. Dennoch bleibt, wenn auch schon sehr vieles und Hervorragendes geleistet worden ist, gemessen an der fast unermesslichen Fülle der Bedürfnisse, noch manches zu tun übrig. Es muß ja noch vielen Millionen Menschen

⁹⁷ Vgl. Mitteilungen, 1954, III, 22 f.

⁹⁸ Ebd.; ferner Mitteilungen, 1954, VI, 44 f.

⁹⁹ Mitteilungen, 1956, II, 24 ff. Nach Mitteilungen, 1957, IV, 43 wurden bis dahin insgesamt annähernd 41 300 Predigten gehalten.

¹⁰⁰ So beispielsweise im Oktober 1955.

geholfen werden, die unter Zurücklassung von Haus und Hof vertrieben und unter Euch zerstreut wurden. Wie sehr möchten Wir, daß auch nicht ein Kind der Kirche, das ein entfesselter Sturm unter Klagen und Weinen aus seinem Heim vertrieben hat, der verdienten eifrigen Fürsorge entbehre und ohne den Trost der Religion bleibe! Diesen schätzt man ja um so mehr, je mehr die Seele von bitterer Traurigkeit bedrängt wird . . .“¹⁰¹.

* * *

Diesem Anliegen dienen ferner die folgenden Einrichtungen der internationalen Ostpriesterhilfe:

a) Kirchliche Stützpunkte¹⁰²

Die „Soforthilfe der Kapellenwagen“ kann indessen nur die dringendsten Notfälle lindern, es fehlt den Gläubigen weiterhin das katholische Milieu, es fehlen in der Diaspora religiöse Zentren¹⁰³. Die deshalb von der Ostpriesterhilfe geplanten „Stützpunkte“ sollen eine Klostergründung mit einer Kirche und evtl. auch ein Exerzitienhaus umfassen. Von hier aus steht eine aktive Gruppe von Ordensleuten in außerordentlicher Seelsorge den besonderen religiösen Bedürfnissen in der weiteren Umgebung zur Verfügung.

Bei dem Priestermangel in Deutschland ist die Hilfe des priester- und klosterreicheren Auslandes erforderlich — das sind die Niederlande, Belgien und Spanien; (bei letzterem stehen allerdings größere sprachliche Schwierigkeiten und die primäre Seelsorgehilfe für Südamerika entgegen).

Das Internationale soziologische Institut für Flüchtlingsfragen in Den Haag mit seiner deutschen Zweigstelle in Königstein (KISIF)¹⁰⁴ hat die veränderte soziologische Struktur in der deutschen Diaspora und die Frage, wo in der Diaspora derartige „Stützpunkte“ am zweckmäßigsten zu gründen wären, untersucht. Denn die Veränderung in der kirchlichen Lage Deutschlands dürfte — wenigstens streckenweise — bleiben, auch wenn, wie die Vertriebenen hoffen, eines Tages eine Rückkehr möglich und wirklich würde; nicht alle würden davon Gebrauch machen, während andererseits auch Nichtvertriebene in die Aussiedlungsgebiete gingen.

Als erster hat sich Exz. Kerkhofs, Bischof von Lüttich, entschlossen, mit seinem Klerus und seinen Gläubigen einen derartigen Stützpunkt zu errichten und zu erhalten und zwar ein Kapuzinerkloster im Gebiet von Bebra in der Diözese Fulda. In einem beispielhaften Hirtenbrief vom 24. 2. 1952 hat er seine Diözese dazu aufgerufen¹⁰⁵.

Weiter wurden in Braunschweig ein Dominikaner-, in Hannover ein Franziskaner- und in Salzgitter ein Redemptoristen-Diasporakloster gegründet.

¹⁰¹ Vgl. Expulsus, 1955, I, 1.

¹⁰² Vgl. Mitteilungen, 1952, XI, 85 f.; 1954, II, 14 f.

¹⁰³ Vgl. Arnold Franz, Das Schicksal der Heimatvertriebenen und seine Bedeutung für die katholische Seelsorge, in: Christ Unterwegs, 1948, VI, 1—8.

¹⁰⁴ Vgl. Anm. 227; ferner Expulsus, 1954, II, 5—10: Die Arbeit des KISIF.

¹⁰⁵ Mitteilungen, 1952, XI, 86.

b) Der „Bauorden“ („Bouw-Orde“)

Für das natürliche Wachstum und das sittliche Gedeihen der Familien bildet eine richtige Wohnung eine wichtige Voraussetzung. Ohne gesunde Wohnungen gibt es keine gesunden Familien. Die Familien aber sind der Grundstock der Kirche. Also muß man trachten, Wohnungen für Familien zu bauen. Die Ostpriesterhilfe ging deshalb 1953 an eine entsprechende Sonderaktion — moderne Katholische Aktion — heran, den „Bauorden“, wie sich der gemeinnützige Verein nennt; Sitz des deutschen Zweiges ist Königstein.

Katholische junge Menschen, zuvorderst Studenten der westeuropäischen Länder, opfern einen Teil ihrer Ferien, um Häuser für Gott und für die Menschen zu bauen. Darüber hinaus wird durch diese internationale Jugendgemeinschaft die übernationale Gemeinschaft der Kirche und der Gedanke des Vereinten Europa gepflegt. Jeder Baueinheit (20–30 Baugesellen) steht bei jedem Einsatz ein Pater („Kaplan“) zur Seite, der die Baugesellen religiös formt¹⁰⁶.

Im Jahre 1955 haben in Deutschland 1952 „Baugesellen“ wenigstens 3 Wochen ihrer Ferienzeit für diesen Aufbau geopfert: 1274 Belgier, 348 Deutsche, 309 Holländer, 13 Franzosen, 4 Spanier, 2 Schweizer, 1 Österreicher und 1 Ägypter. Durch ihren Ferieneinsatz auf Bauplätzen von 9 Siedlungen, 5 Diasporakirchen und 1 Caritasheim erbrachten sie einen Arbeitswert von DM 264 768.—¹⁰⁷. In den 4 Ländern Belgien, Deutschland, Frankreich und Österreich dienten im gleichen Jahre insgesamt 3036 Baugesellen¹⁰⁸.

In Deutschland arbeiteten bis einschl. 1959 2758 Baugesellen in 487 Einsätzen; die Gesamtzahl der internationalen Baugesellen erreichte 1960 nahezu 15 000¹⁰⁹.

Mehr noch als die praktische Leistung ist der moralische Erfolg dieser Aktion zu werten.

Außer der Heranbildung des heimatvertriebenen Priesternachwuchses, der Pressetätigkeit, den Exerzitien- und Schulungskursen wurde Königstein auch und besonders bekannt durch die „Kongresse Kirche in Not“, auf denen die Anliegen des christlichen Ostens beraten und verbreitet wurden.

IV. Die Eheschließung der Heimatvertriebenen

Einer besonderen Beachtung bedarf die Eheschließung der Heimatvertriebenen. So und solange es sich um Fremde oder Wohnsitzlose handelt, gelten die o. a. Bestimmungen¹¹⁰. Doch auch bei den anderen Vertriebenen, ob Ankömmling (*advena*) oder Einwohner (*incola*), ist die kirchenrechtlich vorgeschriebene Feststellung

¹⁰⁶ Expulsus, 1954, III, 11–16.

¹⁰⁷ Mitteilungen, 1955, XII, 177.

¹⁰⁸ Vgl. auch Eöry Stefan, S.J.: Der Bauorden — ein neuer Weg, in: Stimmen der Zeit, 1956, VIII, 360–365. Die Broschüre „Bauorden“ berichtet über die Einsätze des Bauordens im Sommer 1954 (Sonderdruck, Frankfurt/M.).

¹⁰⁹ Vgl. Bauorden, Sonderdruck des Bauordens, Limburg 1960, Fischer-Barnicol, Handlanger Gottes, Ffm.

¹¹⁰ Siehe S. 72–74.

des status liber erschwert, wenn nicht undurchführbar. Die gem. CIC cc. 1019 und 1021 § 1 für den Nachweis der Taufe und des Ledigenstandes erforderliche Taufurkunde ist bei ihnen in den meisten Fällen nicht beibringbar, weil bei der Austreibung vielfach auch die persönlichen Dokumente abgenommen wurden und außerdem für die Status-liber-Feststellung eine Taufurkunde neueren Datums verlangt ist. Hier bedürfen die Vertriebenen in den meisten Fällen der Hilfe ihres zuständigen Pfarrers, wenn nicht ihres Bischofs.

Darum erließen die deutschen Ordinariate, so Berlin¹¹¹, Eichstätt¹¹², Hildesheim¹¹³, Limburg¹¹⁴, Meißen¹¹⁵, München-Freising¹¹⁶, Paderborn¹¹⁷, Passau¹¹⁸, Regensburg¹¹⁹, Rottenburg¹²⁰, Speyer¹²¹ und Würzburg¹²² gem. can. 1020 § 3 Sonderbestimmungen.

Die ersten diesbezüglichen Verfügungen ergingen schon im Jahre 1946 und zwar von den Ordinariaten in Berlin, Eichstätt, Passau und Speyer.

Inhaltlich kommen die Sonderbestimmungen betreffend Eheschließung ohne die vorgeschriebenen Nachweise in den angeführten Diözesen — und die Praxis der übrigen Diözesen ist ähnlich — im folgenden überein: Zunächst muß die Dokumentenbeschaffung angestrebt werden; bleibt diese aber ohne Erfolg, so müssen vertrauenswürdige Zeugen, denen die Nupturienten bekannt sind, gehört und von den Nupturienten selbst das iuramentum de statu libero abgelegt werden.

Die Bestimmungen der Diözese Passau machen darauf aufmerksam, „daß eidesstattliche Erklärungen vor dem kirchlichen Gericht und nach den Grundsätzen der kirchlichen Moraltheologie keine größere Bedeutung haben als jede andere schriftliche Erklärung, daher wollen nur wirkliche eidliche Aussagen abgenommen werden, d. h. ein wirklicher Eid abverlangt werden“. Hinter dieser Verordnung steht einmal die grundsätzlich Unterscheidung zwischen dem religiösen Eid und dem aufklärerischen „bürgerlichen Eid“, der nurmehr ein Versprechen unter der Gefahr verschärfter Strafe darstellt, zum anderen die Erfahrung, daß gegenwärtig wegen der im Zivilbereich überhandgenommenen Praxis der Ausstellung eidesstattlicher Erklärungen das Ansehen und moralische Gewicht solcher Erklärungen verloren geht. Weiter macht die Passauer Verordnung mit Recht aufmerksam: „Ein von einem evangelischen Pfarramte ausgestelltes Taufzeugnis kann nicht als Nachweis des Ledigenstandes angesehen werden, da in die Taufbücher dieser Pfarrämter die

¹¹¹ Amtsblatt der Diözese Berlin, 1946, 33 f.

¹¹² Pastoralblatt des Bistums Eichstätt, 1946, 69 f.

¹¹³ Kirchlicher Anzeiger für das Bistum Hildesheim, 1949, 181.

¹¹⁴ Amtsblatt des Bistums Limburg, 1948, 17 (No. 26).

¹¹⁵ Ordinariat des Bistums Meißen in Bautzen, Verordnungen, 11. 1. 1949, S. 5.

¹¹⁶ Amtsblatt für die Erzdiözese München und Freising, 1953, 197 f.

¹¹⁷ Kirchliches Amtsblatt für die Erzdiözese Paderborn, 1949, 119.

¹¹⁸ Amtsblatt für das Bistum Passau, 1946, 17 und 1947, 16.

¹¹⁹ Amtsblatt für die Diözese Regensburg, 1947, 4 f.

¹²⁰ Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Rottenburg, 1949, 166 f.

¹²¹ Oberhirtliches Verordnungsblatt für das Bistum Speyer, 1946, Beilage zu XI, B, I; und 1947, 68 ff.; 1948, 223.

¹²² Würzburger Diözesanblatt (Amtliches Verordnungsblatt der Diözese Würzburg), 1947, 58 f.

Trauung nicht eingetragen wird, da ja nach protestantischer Lehre die Trauung nicht als unauflöslich gilt“.

In den Diözesen Berlin, Eichstätt, Hildesheim haben sich die Ordinariate selbst bereit erklärt, die Beschaffung von Taufzeugnissen neuen Datums zu besorgen; eine begrüßenswerte Regelung, weil unter den gegebenen Verhältnissen dieser amtlichen Einholung von Dokumenten im allgemeinen größere Erfolgsmöglichkeit als der nur privaten oder auch nur pfarramtlichen gegeben ist.

Das Ordinariat Limburg übernimmt in besonders gelagerten und begründeten Fällen die Besorgung der Taufscheine selbst, überläßt ansonsten dem zuständigen Pfarrer die — notfalls auch wiederholte — Dokumentaranforderung, die an ein polnisches Pfarramt tunlichst in lateinischer Sprache abgefaßt sein soll. Das Limburger Amtsblatt hatte bereits 1947 ein erweitertes Eheaufgebot der Heimatvertriebenen verordnet¹²³.

Nicht selten konnten auch durch die früheren Seelsorger hinlängliche Aufschlüsse über die Taufe und — wenigstens in der ersten Zeit nach der Aussiedlung — auch über den Ledigenstand erlangt werden; ein Umstand, der in den diesbezüglichen Verordnungen der Diözesen Berlin, Eichstätt und Würzburg gebührend berücksichtigt wurde.

Die ausführlichste und gründlichste Anweisung betr. Trauung ohne Vorlage eines Taufscheines gem. CIC. can. 1021 § 1 erging vom Erzbischöflichen Generalvikariat München-Freising 1953¹²⁴, die hier wiedergegeben sei:

„... II) Kann ein solcher Taufschein nicht oder nicht rechtzeitig beschafft werden, so ist wie folgt zu verfahren:

1. Anfertigung eines Protokolls, wonach der Nupturient
 - a) den Ledigeneid abgelegt hat;
 - b) versichert, daß er seines Wissens von einem römisch-katholischen Priester getauft wurde (wo?), zur ersten hl. Beichte und Kommunion zugelassen wurde (wo?), daß er gefirmt worden ist (wo?) und der römisch-katholischen Kirche heute noch angehört.
2. Anfertigung eines Begleitschreibens, welches enthält:
 - a) Auskunft über die Glaubwürdigkeit des Bittstellers;
 - b) Anschriften weiterer Zeugen, die entweder für die Tatsache eintreten können, daß der Bittsteller nicht bereits durch eine Ehe gebunden ist, oder wenigstens seine Glaubwürdigkeit bezeugen können.
3. Das Protokoll mit Begleitschreiben ist dem Erzbischöflichen Ordinariat zur Information einzusenden. — Eine eigene Trauerlaubnis braucht nicht eingeholt zu werden.
4. Die Beschaffung eines neuen Taufscheines ist, falls erfolgversprechend, in die Wege zu leiten. Taufscheine aus den Gebieten unter polnischer Herrschaft sind beim Polnischen Generalvikariat in Frankfurt am Main, Altkönigstraße 19, (Telefon 7 69 33) anzufordern.

¹²³ Amtsblatt des Bistums Limburg, 1947, 27.

¹²⁴ Amtsblatt für die Erzdiözese München und Freising, 1953, 197 f.

Taufscheine aus allen übrigen Ostgebieten einschließlich Tschechoslowakei gelten z. Zt. als uneinbringbar.

III) Bei Heimatvertriebenen, welche nach dem 1. Januar 1929 geboren sind, kann von der Aufnahme des Protokolls und Begleitberichtes abgesehen werden, falls:

1. das Leben des betreffenden Nupturienten seit 1945 überschaubar und nachprüfbar ist, so daß der Ledigenstand des Nupturienten sicher feststeht.
2. Auf Grund eigener Kenntnis des Seelsorgers oder auch glaubwürdiger Aussagen der Eltern, sonstiger Angehöriger oder nahestehender Bekannter als sicher anzunehmen ist, daß der Nupturient katholisch getauft wurde und nicht aus der Kirche ausgetreten ist“¹²⁵.

V. Vertreibung und Kirchenpatronat

Auch die Frage um die vertriebenen Patronatsherren bedarf einer Erwähnung und Erwägung.

Das Patronatsrecht (can. 1448) — es kann nach can. 1449 ein reales oder personales (physische oder moralische Person)¹²⁶ sein — erlischt durch die Vertreibung an sich nicht (cc. 1469, § 3, 1470)¹²⁷. Aus dem Verhältnis von Recht und Pflicht und der Tatsache, daß die vertriebenen Patronatsherren ihre Pflichten gem. can. 1469 nicht ausüben und die Lasten nicht tragen, kann kein Verlust der Patronatsprivilegien gefolgert werden; denn diese Patronatsherren sind an der Ausübung ihrer Pflichten unverschuldet verhindert. Aus diesem Grunde kann auch die rechtmäßige Verjährung (can. 1470,3⁰) nicht eintreten; das Patronatsrecht lebt weiter, nur das höchstpersönliche Patronatsrecht (*ius patronatus personalissimum*) geht mit der bestimmten Person unter. Beim realen Patronat aber erlischt das Recht gem. can. 1470 nur durch vollen Untergang der Sache. Widerrechtliche Enteignung aber kann nicht ohne weiteres darunter fallen, auch deshalb nicht, weil sonst die Kirche das Unrecht der Enteignung bejahen, ja vergrößern würde, würde auch sie ihre Privilegien (1455) entziehen.

In der Praxis ruht heute das Recht der vertriebenen Patrone *de facto*, nicht aber *de iure*, und der Ordinarius wird, gem. CIC. can. 18, parallel zu can. 1458 § 2 für eine *de iure* vakante Patronatskirche bzw. ein derartiges Benefizium einen Ökonom aufstellen müssen.

¹²⁵ Es übersteigt den Rahmen dieser Arbeit, auch auf die eherechtlichen Bestimmungen für die nichtdeutschen Flüchtlinge einzugehen, doch sei hingewiesen auf die Fakultäten des Heiligen Stuhles v. 1946, abgedruckt in AFKKR, 1231, 158—161.

Über die Mischehen der Vertriebenen siehe Menges-Braunstein, Interview mit einem Kapellenwagenmissionar, in: *Expulsus*; 1957, IV, 19—24.

Menges W., Die Mischehenfrage statistisch und soziologisch gesehen unter besonderer Berücksichtigung der hessischen Verhältnisse, in: *Königsteiner Blätter* V/1959, 13—21.

¹²⁶ Wernz-Vidal, a.a.O., II, n. 281.

¹²⁷ Wernz-Vidal, a.a.O., n. 309; vgl. auch CIC can. 79.

Zur Wahrung der Patronatsprivilegien verpflichtet über das *ius quaesitum* hinaus die Dankbarkeit; denn nicht wenige Patronatsherren haben sich um die Erhaltung der Kirchen und Pfarreien und um die Unterstützung der Seelsorger große Verdienste erworben, was — wenigstens von den Patronatsherren Böhmens — *Schlenz* als Ergebnis seiner Arbeit hervorhebt¹²⁸: „Nach den Stürmen der Hussitenkriege und des Dreißigjährigen Krieges waren es besonders die Lobkowitz, Czernin, Clam, Gallas, Schwarzenberge, Thun-Hohenstein, Waldstein-Wartenberg, Clary u. a., die für die Errichtung und Erhaltung der Pfarreien Sorge trugen“¹²⁹.

Durch die Vertreibung als solche (die meisten der Genannten leben nach 1945 in Österreich) erlischt also das Patronatsrecht nicht, doch wäre andererseits eine günstige Gelegenheit gegeben, nach dem kirchlichen Wunsch des CIC can. 1451 zu Verzicht oder bedingtem Verzicht zu raten, wozu freilich die östlichen Ortsordinarien augenblicklich schwerlich in der Lage sind.

3. Kapitel

DIE KIRCHENRECHTLICHE LAGE DES VERTRIEBENEN KLERUS

Mit den deutschen Ostvertriebenen kamen 3740 katholische Priester westwärts¹³⁰. Am 1. 1. 1960 zählte man

A) Vertriebene Weltpriester

in der Diözese

Aachen	37	Mainz	65
Augsburg	122	Meißen	117
Bamberg	80	München	141
Berlin	36 u. 45 Ost	Münster	102
Breslau	76	Osnabrück	128 46
Eichstätt	71	Paderborn	151 96
Essen	30	Passau	97
Freiburg	81	Regensburg	129
Fulda	114 84	Rottenburg	179
Hildesheim	198 3	Speyer	7
Köln	72	Trier	41
Limburg	103	Würzburg	75 7
zus.: 2059 474 = 2533			

¹²⁸ Schlenz Johann, Das Kirchenpatronat in Böhmen, Prag 1928.

¹²⁹ Schlenz, a.a.O., 452.

¹³⁰ 5. Priesterverzeichnis, Königstein 1960, 15* f.

Wie weit bei den Zwangsaussiedlungen der Geistlichen der Tatbestand des Strafcans CIC can. 2343 (Realiniurie) gegeben ist, bleibt im Einzelfall zu überprüfen. Vgl. hierzu z. B. Creusen, Epitome, III, 1946, n. 542.

B) Der folgenden Tabelle sind die Herkunftsdiozesen zu entnehmen:

Diözese	Aachen	Augsburg	Bamberg	Berlin	Breslau	Eichstätt	Essen	Freiburg	Fulda	Hildesheim	Köln	Limburg	Mainz	Meißen	München	Münster	Osnabrück	Paderborn	Passau	Regensburg	Rottenburg	Speyer	Trier	Würzburg	Zusammen:
frühere																									
Ermland	13	5	3	10	—	3	3	5	6	20	14	5	4	6	8	9	44	26	1	2	6	—	9	7	209
Danzig	1	—	1	6	—	—	1	2	9	3	8	7	1	—	1	4	7	8	—	1	2	—	—	—	62
Schneidemühl	—	4	2	10	—	—	1	—	11	6	3	—	—	1	2	6	13	12	—	1	3	—	1	—	76
Kulm	—	—	—	1	—	—	—	—	—	3	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	—	—	1	—	7
Berlin	—	—	—	16	—	—	1	1	—	1	—	—	—	—	—	—	1	2	—	—	3	1	—	—	26
Meißen	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	1	—	—	—	—	1	2	—	1	—	9
Breslau	17	27	24	27	74	9	18	22	86	141	38	37	13	68	31	59	65	142	23	26	54	—	20	23	1044
Glatz-(Prag)	—	—	2	3	2	—	3	—	3	5	1	3	—	11	3	7	21	13	—	—	3	—	3	2	85
Kattowitz	1	—	1	—	—	—	1	—	—	1	2	1	—	1	1	3	1	4	—	—	3	—	—	—	22
Branitz-Olmütz	2	1	2	1	—	—	—	2	3	15	1	1	—	—	2	3	1	6	1	1	3	—	—	1	46
Olmütz	—	22	8	1	—	5	—	14	19	1	1	7	18	2	17	1	3	3	5	7	22	—	2	8	166
Bresl./Sud.-Anteil	—	7	2	—	—	—	1	3	3	—	—	—	—	—	7	—	1	1	2	2	10	—	—	—	39
Königgrätz	—	2	4	2	—	5	—	4	13	—	—	7	4	1	6	—	5	10	6	3	10	—	—	5	87
Leitmeritz	1	31	22	3	—	27	1	7	27	4	2	20	7	18	21	4	11	12	8	22	13	4	—	13	278
Prag	1	15	5	1	—	12	—	—	11	—	1	9	9	4	20	3	—	5	11	32	8	—	—	15	162
Brünn	—	2	—	—	—	1	—	4	2	—	—	1	2	1	3	—	—	—	—	1	4	—	—	1	22
Budweis	—	3	2	—	—	1	—	5	1	—	—	1	2	—	2	—	—	—	34	20	8	—	—	1	80
Südostdeutsche	—	3	2	—	—	7	—	12	4	1	1	4	5	1	14	2	1	3	6	9	25	2	4	4	110
Gnesen-Posen	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Warschau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Wilna (Litauen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1

Insgesamt: 37 122 80 81 76 71 30 81 198 201 72 103 65 117 141 102 174 247 97 129 179 7 14 822533

C) Ordenspriester aus den deutschen Vertreibungsgebieten:
in der Bundesrepublik 570 in der SBZ 111.

D) Zu den genannten 3214 heimatvertriebenen Priestern in Deutschland
kommen 357 in Österreich 169 im übrigen Ausland.

Kann auch ein Kleriker aufgrund seiner Domizilien (Quasidomizilien) mehrere Heimatoberhirten, Ordinarii proprii, haben, so hat er doch infolge seiner Inkardination einen einzigen Ordinarius proprius¹³¹, von dem aber der vertriebene Klerus getrennt bzw. der selbst «extra territorium» zu weilen gezwungen ist.

Näherhin ist die kirchenrechtliche Stellung des vertriebenen Klerus zum Heimatbischof, zum Aufnahmebischof und zum Sonderbeauftragten zu untersuchen.

I. Die rechtliche Stellung des vertriebenen Priesters zu seinem Heimatbischof.

A) Die Inkardinationsfrage.

Gem. CIC can. 111 ist jeder Weltpriester durch die Inkardination an eine bestimmte Diözese gebunden, so daß es de iure einen heimatlosen Kleriker, einen clericus vagus, d. h. einen Kleriker ohne Inkardinationsverband und ohne zuständigen Oberhirten, nicht geben soll¹³². Die Inkardination selbst erfolgt durch die erste Tonsur. Der Inkardinierte ist durch den kanonischen Gehorsam seinem Bischof, suo ordinario, in ganz besonderer Weise verpflichtet und dieser Ordinarius ist für ihn dauernd zuständig. In Zweifelsfällen muß eine Zuständigkeitsvermutung zugunsten des Heimatbischofs angenommen werden¹³³.

¹³¹ Cappello, De sacra ordinatione, n. 334 IV: «naviter attendendum, vinculum dependentiae et subiectionis erga Episcopum et Dioecesim duplex esse: Aliud quo quis detinetur qua fidelis, ratione domicilii vel quasidomicilii aut, utroque deficiente, actualis commorationis, ad normam can. 94; aliud quo quis detinetur qua clericus ratione peculiaris adscriptionis seu incardinationis dioecesi. Quare duplici sensu Episcopus dicitur proprius vel alienus itemque dioecesis propria vel aliena nuncupatur, ubi agitur de clericis... Porro clericus qua fidelis potest habere plures Ordinarios et parochos proprios ratione domicilii et quasidomicilii, qua clericus autem, scil. qua peculiari dioecesi incardinatus, non potest habere nisi unicum Ordinarium sive Episcopum proprium. Peculiare atque distinctum est vinculum quo tenetur clericus erga proprium Ordinarium, ab eo quo tenetur fidelis erga eundem Ordinarium aliud alis longe strictior est».

¹³² Mörsdorf, Die Rechtssprache des CIC, 119 f.; dagegen weist Regatillo auf vorkommende Fälle hin, z. B. can. 641, vgl. Regatillo, Institutiones, I, n. 223.

¹³³ Hofmann, Karl, Die Rechtsverhältnisse eines außerhalb seines Heimatbistums wohnenden Geistlichen, in: Festschrift „Eduard Eichmann zum 70. Geburtstag“, Paderborn 1940, 419—434, hier 426 f.: „Schon aus dem Wortlaut des can. 111 § 1 geht hervor, daß es der Sinn der Zugehörigkeit zu einem Bistumsverband ist, zu verhindern, daß ein Geistlicher jemals ohne einen zuständigen Oberhirten ist, mag ihn sein Schicksal auch noch so weit von seiner geistlichen Heimat entfernen. Wenn also irgendeinmal bei einem vielleicht durch mehrere Bistümer wandernden Geistlichen die Zuständigkeit des Bischofs seines Aufenthaltes zweifelhaft würde oder überhaupt nicht mehr vorhanden wäre, dann ist immer noch der Heimatbischof als sein Oberhirte gegeben. Infolgedessen kann man geradezu von einer Zuständigkeitsvermutung zugunsten des Heimatbischofs sprechen. Es ist also die Zuständigkeit des Heimatbischofs so lange anzunehmen, als nicht ein anderer Oberhirte einen begründeten Anspruch auf Ausübung von Hoheitsrechten erworben hat.“

Die **Vertreibung ändert an sich nichts an der rechtlichen Inkardination**. Diese Auffassung ist einmal durch den **Codex** selbst gegeben; denn keiner der Exkardinationscanones (cc. 112—117) trifft ohne weiteres auf die Vertriebenen zu.

Eine Bestätigung der weitergeltenden Inkardination der vertriebenen Priester findet sich im **Reskript** des Päpstlichen Staatssekretariates vom 21. 2. 1948 an Kardinal Frings¹³⁴.

In den §§ 1 und 8 dieses Reskriptes heißt es ausdrücklich: «sacerdotes dioecesis suis incardinatos» — nämlich den Diözesen Breslau, Ermland und der Freien Prälatur Schneidemühl sowie den Diözesen in Böhmen-Mähren, Slowakei, Ungarn und den übrigen osteuropäischen Ordinarien; — diese Herkunftsordinarii haben die Vollmacht, die „ihrer Diözese inkardinierten Priester“, die ihr Amt in der Heimatdiözese nicht verwalten können, zu einer Amtsübernahme in einer anderen Diözese Deutschlands zu verpflichten.

Die Weiterdauer der Inkardination kommt noch stärker zum Ausdruck in § 2, in welchem den Ostordinarien das Rückrufsrecht eigens bestätigt wird und zwar auch denen gegenüber, die sie zur Amtsübernahme in einer anderen Diözese verpflichtet haben; es wird also nicht nur nicht auf can. 114 verwiesen, der die «*licentia discedendi*» einräumt, sondern es wird ausdrücklich der Interimscharakter hervorgehoben: «*rebus sic stantibus . . . sacerdotes suos (!) revocare possunt*».

Schon nach dem allgemeinen Recht setzt eine Inkardination in eine neue Diözese die schriftliche Exkardination (can. 112) oder den schriftlichen Consens des Heimatordinarius voraus, ein Residentialbenefizium in einer anderen Diözese zu übernehmen bzw. «*in perpetuum*» aus der Diözese zu scheiden (can. 114). In vielen unserer Fälle aber ist der Heimatordinarius gar nicht erreichbar; ohne dessen schriftliche Exkardination bzw. seinen schriftlichen Consens ist jedoch die Inkardination in die Aufnahmediözesen ungültig¹³⁵. Die Übergehung des Heimatbischofs, zumal in den Fällen, da dieser impeditus ist, würde überdies einen besonderen Eingriff in seine Rechte darstellen, umso empfindlicher, als es sich um priester- und nachwuchsarme Diözesen handelt¹³⁶. Auch hier läge — wie es Wernz-Vidal bei der Tonsurierung eines Nichtuntergebenen kennzeichnet¹³⁷ — „eine restitutionspflichtige Usurpation“ vor.

Im Festhalten an der Inkardination kann auch ein stiller Protest gegen das Unrecht der Austreibung liegen, während das Anstreben der Inkardination in der Aufnahmediözese eine stillschweigende Anerkennung des Unrechts der Vertrei-

¹³⁴ AFKKR, 123², 525 f.; vgl. Anm. 285.

¹³⁵ Vgl. Cappello, *De sacra ordinatione*, n. 334, IV; Creusen, *Epitome*, I, n. 239; Ders., *De excardinatione et incardinatione implicita* (c. 114), in: *Ius Pontif.*, 1935, XV, 37—40; Ojetti B., S.J., *De Personis*, Rom, 37. Sipos, *Enchiridion iuris canonici*, Pécs² 1931, 104.

¹³⁶ So waren beispielsweise in der Diözese Leitmeritz bereits i. J. 1943 von 448 Pfarreien 32 unbesetzt und mußten ex currendo administriert werden, von 336 Kaplanstellen waren nicht weniger als 284 unbesetzt, von 105 Katechetenstellen 71 nicht besetzt, von 23 Professorenstellen 17 unbesetzt, von 5 Domvikaristenstellen 3 unbesetzt; lt. persönlicher Mitteilung v. 29. 11. 1956 des Ap. Protonotars Frz. Wagner, seinerzeit Generalvikar von Leitmeritz. Vgl. auch *Handbuch der Diözese Leitmeritz* 1941, hgg. Bisch. Konsistorium Leitmeritz, Warnsdorf 1941, mit vielen statist. u. historischen Angaben.

¹³⁷ Wernz-Vidal, a.a.O., II, n. 67.

bung wäre und zwar noch bevor der Friedensvertrag eine endgültige völkerrechtliche Regelung getroffen hätte, womit aber keineswegs behauptet ist, daß die politische Grenzziehung und das Heimat- bzw. Rückkehrrecht zusammenfallen. Die heimatvertriebenen Priester bleiben also grundsätzlich ihrer Heimatdiözese inkardiniert und von seiten der einzelnen sollte aus den genannten Gründen vorerst eine Ex- und Inkardination weder angestrebt noch ihnen angeraten werden. Während *Braun*¹³⁸ von den vertriebenen Priestern schreibt: „...in sinngemäßer Berücksichtigung des can. 111 CIC können sie aus der Dienstdiözese normalerweise nicht entlassen werden, ehe ihnen in einer anderen Diözese ein Unterkommen gesichert ist“, scheint uns das Haupthindernis für eine Inkardination im Westen — wenigstens für eine große Zahl der vertriebenen Kleriker — darin zu liegen, daß sie ihren Ordinarius nicht erreichen können, der ihre durch die Inkardination entstandene Bindung an die alte Diözese, von der sie nur durch staatliche Zwangsmaßnahme getrennt wurden, lösen könnte.

Das Festhalten an der Inkardination kann unter den gegebenen Umständen eine Last bedeuten, die aber im Interesse des Rechts getragen wird. Dem Ausharren in diesem Schwebezustand spricht Kardinal Frings in seinem Weihnachtsgruß an die heimatvertriebenen Priester im Jahre 1955 seine Anerkennung aus¹³⁹.

B) Folgen der weiterbestehenden Inkardination.

1. Aus der weiterbestehenden Inkardination folgt als bedeutendstes und klarstes Recht, das dem **Heimatbischof** nach dem Weggange seiner Priester aus der Heimatdiözese verbleibt, das „**Rückrufsrecht**“. Gem. CIC can. 144 und dem Reskript vom 21. 2. 1948 sowie den Reskripten über die Weihen der ostvertriebenen Priesterkandidaten kann der Heimatbischof seine Priester — und sie sind seine, solange sie seiner Diözese inkardiniert bleiben — jederzeit zurückrufen. Das Rückrufsrecht erfährt eine Einschränkung in den Fällen, in denen der Heimatbischof den ausgewiesenen Priestern die nachweisliche Genehmigung erteilt hat, sich in einer anderen Diözese um ein Amt im Dienste der Kirche zu bewerben. In diesem Falle wären bei der Anwendung des Rückrufes dann nicht nur die Lösung des Dienstverhältnisses — das übrigens im Laufe der Jahre praktisch bei allen zustandeg gekommen ist —, sondern auch die Fragen des sich daraus ergebenden Lebensunterhaltes und das Hoheitsrecht des Aufnahmebischofs im Auge zu halten. Das stärkere Recht liegt aber infolge der Inkardination bzw. des eigens bestätigten Rückrufsrechts grundsätzlich auf seiten des Heimatbischofs.

Eine weitere Einschränkung erfährt das Rückrufsrecht durch die Bestimmung des Canon 144 «revocari potest iusta de causa et naturali aequitate servata». Als

¹³⁸ Braun Gustav, Zur kirchenrechtlichen Lage des heimatvertriebenen Klerus in Deutschland, in AFKKR, 1252, 270.

¹³⁹ Kard. Frings, in: Mitteilungen, 1956, I, 5: „Während viele andere Vertriebene endgültig in Stellungen eingerückt sind, die denen gleich sind, die sie in der Heimat bekleideten . . ., haben die älteren Geistlichen zum weitaus größten Teil immer noch provisorische und minder besoldete Stellungen inne, die jüngeren sind entweder nirgendwo fest inkardiniert oder stehen auf Abruf ihrer heimatlichen Ordinarien bereit. Daß die Priester in diesem Schwebezustand ausharren, verdient die höchste Anerkennung.“

iusta causa gilt zweifelsfrei der Priestermangel in den Ausweisungsgebieten, der heute schon vielerorts so drückend ist, daß die subjektive „natürliche Billigkeit“ eng zu interpretieren sein wird, daß also dem zurückgerufenen Priester infolge der außergewöhnlichen Umstände auch größere Opfer zugemutet werden müssen und überdies ein zusätzlicher „Priesterausgleich“ unumgänglich sein dürfte. Schon für normale Verhältnisse gilt, daß sich die Geistlichen dem Verlangen des Heimatbischofs, ein kirchliches Amt in seinem Bistum zu übernehmen, auch nicht mit dem Hinweis auf wirtschaftliche oder Beförderungsrücksichten entziehen kann¹⁴⁰.

2. Die einem Priester gegebene Erlaubnis des Heimatbischofs, aus der Heimatdiözese wegzugehen, beinhaltet einen **Verzicht des Heimatbischofs auf die volle Ausübung seiner Hoheitsrechte über den wegziehenden Geistlichen**¹⁴¹. Dieser Verzicht scheint umso größer zu sein, je mehr der betreffende Priester in einer anderen Diözese noch tätig sein will, wie es ja bei den vertriebenen Priestern der Regelfall ist. Die Erlaubnis, außerhalb der Diözese tätig zu sein, ist auch vom gemeinen Recht her vorgesehen, z. B. can. 1574 § 1; doch sind in den «lura antistitum» § 1¹⁴² die Ostordinarien — in Abweichung vom allgemeinen Recht — gehalten, ihre Priester zur Annahme eines Amtes in einer anderen Diözese zu verpflichten.

3. Der Heimatbischof behält ein wenn auch nur **entferntes Aufsichtsrecht** über die persönliche Lebensführung des vertriebenen Priesters, denn dessen Verhalten fördert oder schmälert auch in der Fremde die Ehre des Heimatbistums. Sollte z. B. gegen einen heimatvertriebenen Priester eine Strafe verhängt worden sein, so hat der Heimatbischof das Recht, dies zu erfahren. Das in unseren Sonderfragen Anhaltspunkte gebende Dekret der SCC vom 22. 2. 1927¹⁴³ hebt das entfernte Aufsichtsrecht eigens hervor; danach muß der Wohnsitzbischof dem Heimatbischof über die Lebensführung des Geistlichen sogar alljährlich Bericht erstatten.

4. Dem Heimatbischof bleibt in Weiheangelegenheiten **die Verwaltungs- und Gerichtshoheit** gem. cc. 1993, §§ 2, 3, 1994, § 1, und 1997.

5. **Persönliche Gesetze** der Heimatdiözese gelten auch in der Aufnahmediözese weiter¹⁴⁴.

6. Dem Heimatbischof bleibt das Recht, für die Weihelikandidaten **Weihedimissorien** gem. can. 955, § 1 auszustellen.

C) Welches Rechtsverhältnis besteht in dem Falle, daß sowohl der Heimatsordinarius wie auch seine Priester und Gläubigen sich als Vertriebene außerhalb der Heimatdiözese befinden?

¹⁴⁰ Zirkulärnote des Kardinalstaatssekretärs vom 18. 12. 1927, 5^o. Vgl. AFKKR, 107, 672; Hofmann Karl, a.a.O., 423.

¹⁴¹ Hofmann Karl, a.a.O., 427.

¹⁴² AFKKR, 123², 525 f.

¹⁴³ CC, De sacerdotibus magisterii munus gerentibus in publicis scholis, Decr. v. 22. 2. 1927, in: AAS XIX (1927), 99 f. X^o: «Ordinarius loci, cuiusque anni scholastici expleto cursu, Ordinarium sacerdotis certiorum faciat de eiusdem vita et moribus».

¹⁴⁴ Van Hove, De legibus ecclesiasticis, Mecheln—Rom, 1930, Tit. I, 132 s.

Der Rechtsgeschichte ist diese Situation nicht ganz fremd; so hat in der französischen Revolutionszeit der Apostolische Vikar Douglas, London, den nach England emigrierten Bischöfen die unbeschränkte Ausübung ihrer Vollmachten gegenüber ihrem Klerus, soweit er sich in England aufhielt, gestattet¹⁴⁵.

Unser Fall ist im kodikarischen Recht nicht berücksichtigt. Das kirchliche Gesetzbuch spricht zwar von Gefangenschaft, Internierung, Exil des Bischofs (can. 429), nicht aber von dieser Situation.

Diesen Ordinarien ist wie den anderen im Heimatterritorium verbliebenen in den «lura Antistitum»¹⁴⁶ ausdrücklich die Vollmacht gegeben, ihre Priester zur Amtsübernahme in einer anderen Diözese zu verpflichten und — § 2 — sie, wenn für die eigene Diözese notwendig, zurückzurufen. Bis zum Reskript (21. 2. 1948) mußte ihnen auch ein beschränktes Versetzungsrecht zugestanden werden, insofern sie wohl ihre Priester aus dem Dienste der Aufnahmediözese — freilich mit Einverständnis des Aufnahmebischofs und servata aequitate canonica — abberufen und zur Dienstübernahme in einer anderen Diözese bereitstellen konnten. Seit dem Reskript § 4 ist jedoch die Verteilung der vertriebenen Priester einem eigens deputierten Ordinarius anvertraut worden.

Von den oben aufgezählten grundsätzlich verbleibenden Rechten des Heimatbischofs werden das genannte entfernte Aufsichtsrecht und die eventuelle Erteilung der Dimissorien praktisch nur von den mitvertriebenen Ordinarien wahrgenommen werden können.

Der Fall, daß auch der Heimatordinarius mit Klerus und Volk vertrieben wurde, ist heute beim Ordinarius loci, dem Kapitelsvikar von Ermland und dem der Freien Prälatur Schneidemühl sowie dem Generalvikar von Glatz gegeben; sie sind ordinarii extra territorium, sed non sine territorio, während dem Kapitelsvikar von Breslau ein Restteil der Erzdiözese auch de facto geblieben ist¹⁴⁷.

Exz. Splett, Bischof von Danzig, hat — nach langen Haftjahren — in Düsseldorf einen Aufenthaltsort gefunden.

1. Der Kapitelsvikar von Ermland.

Über die „Wahl“ des Kapitularvikars von Ermland hat *Hilling* einen Beitrag unter der bezeichnenden Überschrift „Eine eigenartige Wahl des Kapitelsvikars für die Diözese Ermland“ veröffentlicht¹⁴⁸, dessen Inhalt zunächst etwas ausführlicher wiedergegeben sei:

Beim Tode des vertriebenen ermländischen Bischofs Kaller, am 7. Juli 1947, war vom ermländischen Domkapitel ein einziges Mitglied, der Domkapitular Dr. theol. Bruno Schwark, übriggeblieben. Auf ihn ging gem. CIC can. 431 § 1 und can. 102 § 2 die alleinige Leitung der Diözese über, die 1945 unter polnische Zivilverwaltung gefallen war. Laut can. 432 § 1 hat das Domkapitel zeitgerecht

¹⁴⁵ Blötzer Josef, Die Katholikenemanzipation in Großbritannien und Irland, Freiburg 1905, 58 f.

¹⁴⁶ AFFKKR, 123², 525 f.; vgl. Anm. 76.

¹⁴⁷ Vgl. Annuario Pontificio 1960, 150.

¹⁴⁸ Hilling Nik., Eine eigenartige Wahl des Kapitelsvikars für die Diözese Ermland, in: AFFKKR, 1231, 80—83.

¹⁴⁹ Annuario Pontificio 1954, p. 460 ‚Warmia‘, ebenso Annuario Pontificio 1956, p. 497.

einen Kapitelsvikar zu wählen, wofür — so führt Hilling aus — can. 433 § 2 eine Wahl im strengen Sinne nach der Norm der Canones 160—182 vorschreibe, für deren Gültigkeit die absolute Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen erforderlich sei — eine Bestimmung, die notwendig wenigstens drei Personen voraussetze. Da also eine „Wahl“ nicht möglich war, wäre nach CIC can. 432 § 2 das Devolutionsrecht eingetreten. Der Metropolit für Ermland ist der Erzbischof von Breslau¹⁴⁹. Breslau aber war damals durch den Tod des Kardinals Bertram seit 12. Juli 1945 verwaist, womit das Devolutionsrecht auf den dienstältesten Suffraganbischof, in diesem Falle auf den Bischof von Berlin, übergegangen wäre.

Domkapitular Schwark ernannte aber den Dekan von Elbing, Arthur Kather. Eine „Ernennung“ zum Kapitelsvikar sei eben seit dem Codexrecht nicht möglich und müsse durch die irritierenden Klauseln der Canones 433 § 2 (absolute Stimmenmehrheit) und 169 § 1, 2⁰ (geheime Abstimmung) als ungültig betrachtet werden. Für eine etwaige Berufung auf can. 15 aber, wonach in dubio iuris auch die irritierenden und inhabilitierenden Gesetze nicht verpflichten, wäre eine objektive Ungewißheit des Gesetztextes erforderlich¹⁵⁰, weshalb Hilling can. 16 § 1 zur Anwendung bringt, wonach Unkenntnis der irritierenden und inhabilitierenden Gesetze nicht entschuldigt. Nach dem Bekanntwerden der Ernennung des Kapitelsvikars nimmt Hilling «error communis» an, womit aufgrund des can. 209 die erfolgten Iurisdiction- und Verwaltungsakte des neuen Kapitelsvikars als gültig anzusehen seien. Da aber der Kapitelsvikar gem. CIC can. 432 § 4 seine Wahl dem Apostolischen Stuhle mitgeteilt habe und die Bestätigung vom Heiligen Stuhl ausgesprochen wurde¹⁵¹, müsse die Wahl selbst zwar als ungültig, aber durch die Bestätigung vom Heiligen Stuhl als saniert angesehen werden.

Wir müssen indes auf der rechtsgültigen Handlungsweise des Domkapitulars Schwark bestehen; denn C C 12/3/1672/Coll. Ed. 1a n. 171 sieht vor, daß — wenn auch nur ein Kanonikus nicht «impeditus» ist — das Recht, einen Kapitelsvikar zu bestellen, bei diesem einzigen Domkapitular liegt.

Kathers Nachfolger wurde Kapitularvikar Paul Hoppe, Osnabrück¹⁵².

2. Auch der vertriebene Praelatus nullius der Freien Praelatur Schneidemühl, Dr. Hartz, † 1953, erhielt durch die Ernennung des G. R. Ludwig Polzin, Berlin, zum Kapitularvikar einen Rechtsnachfolger. Die Ernennung erfolgte durch die Konsistorialkongregation¹⁵³. Prälat Polzin (can. 110) hat seinen Amtssitz in Berlin.

3. Die Grafschaft Glatz, ein bis ins 13. Jahrhundert zurückreichendes fürsterzbischöfliches Vikariat der Erzdiözese Prag, wurde 1920 zum Generalvikariat erhoben und der Generalvikar mit einer reichen Fülle von Vollmachten ausgestattet. Er besitzt nicht nur alle dem Generalvikar nach dem Codex übertragenen

¹⁵⁰ Van Hove, a.a.O., 234 ss.

¹⁵¹ So Hilling, a.a.O., 83.

¹⁵² Vgl. Annuario Pontificio 1960, 150, 522.

¹⁵³ Kaps Joh., Die katholische Kirchenverwaltung in den deutschen Diözesen östlich der Oder-Neiße 1945—1955, in: Christ Unterwegs, 1956, I, 8;

Vollmachten als Ordinarius, sondern auch die Quinquennalfakultäten und ein «mandatum speciale ad universitatem causarum» u. a. für die Rekonziliation gem. can. 2314 und 2318 § 1, Errichtung kirchlicher Bruderschaften, Anstellung und Versetzung von Kuraten, Kreisvikaren, Kaplänen. Praktisch besetzte er auch die Pfarreien, jedoch war jedesmal ein Spezialmandat einzuholen. Der Generalvikar nimmt an den Fuldaer Bischofskonferenzen teil und führt den Vorsitz bei den Pfarrkonkursprüfungen. — Er ist apostolischer Pronotar a. i. p.¹⁵⁴.

Zum Generalvikar der Grafschaft Glatz wurde am 23. Juli 1940 Prälat Franz Monse ernannt¹⁵⁵. Mit Rücksicht auf die Eigenstellung von Glatz hatte nach dem Tode des Prager Erzbischofs Kardinal Kaspar der Kapitularvikar Opatrny das Amt bestätigt und am 30. 9. 1948 hat ihm der inzwischen zum Erzbischof von Prag ernannte Mons. Beran die facultas «advigilandi et inspiciendi vitam et mores cleri vicariatus Glacensis hoc tempore expulsi» erteilt¹⁵⁶.

Zum „Sprecher der sudetendeutschen Priester und zum Beauftragten der Fuldaer Bischofskonferenz für den sudetendeutschen Priesternachwuchs und die sudetendeutschen kirchlichen Fragen“ ernannte der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz durch Schreiben vom 6. 10. 1959 Prälat Prof. Ad. Kindermann, Königstein. Damit erhielten die 850 sudetendeutschen Weltpriester und die zahlenmäßig stärkste katholische Vertriebenengruppe einen Repräsentanten.

D) Die Ämter der vertriebenen Geistlichen.

1. Nach kanonischem Recht geht ein Offizium verloren¹⁵⁷:

- A) durch den Tod des Stelleninhabers
- B) durch freie Abtretung (libera cessio), sei es
 - a) durch Verzicht (renuntiatio)
 - b) durch Tausch (permutatio)
 - c) durch Versetzung (translatio)

¹⁵⁴ Vgl. Anm. 4.

¹⁵⁵ Annuario Pontificio 1954, p. 1062.

¹⁵⁶ Persönliche Mitteilung des Präl. Monse v. 18. 2. 1956; vgl. auch Kaps, a.a.O., 9, Anm. 11.

¹⁵⁷ Wernz-Vidal, a.a.O., II, n. 322.

In engem Zusammenhang damit steht die Frage der Neubesetzung der de facto vakanten Offizien, eine Frage, die primär den Heimatordinarius angeht. Vgl. hierzu und zu den folgenden Ausführungen ergänzend auch Flatten Heinrich, Die Neubesetzung nach Versetzung des bisherigen Inhabers eines Kirchenamtes, in: AFKKR, 1261, 85—113. F. kommentiert mit Gründlichkeit den Leitsatz des can. 150: Eine rechtsgültige Verleihung des alten Amtes kann erst erfolgen von dem Augenblick an, da es vakant ist. Eine vorzeitige Wiederbesetzung ist daher ungültig und es ist nicht möglich, ein und dasselbe Amt, das noch rechtlich besetzt ist, zugleich an einen anderen zu vergeben, so numerische Identität des Amtes gegeben ist. Wegen der irritierenden Klausel unseres Kanons ist der Verleihungsakt aufgrund von can. 16 § 1 nichtig, auch wenn die Verleihung in gutem Glauben sowohl des Verleihers als auch des Empfängers geschah; es kommt dabei einzig auf den objektiven Tatbestand an (Michiels Gommarus, Normae generales iuris canonici, Paris-Tournay-Rom 2 1949, I, 458 f.). Die Nichtigkeit der Ernennung hat ihren Grund in der Untauglichkeit des Objektes (Hilling Nik., Die fehlerhaften Rechtshandlungen und ihre Heilung, in: AFKKR, 107, 23). Heilung der Ernennung ist weder durch Suppletion der Kirche gem. can. 209, noch durch nachträglichen Eintritt der Vakanz möglich. Eine

- C) durch notwendige Freiwerdung (*coacta vacatio*):
 - a) durch Gesetzesdisposition, sei sie ohne, sei sie mit Strafcharakter
 - b) durch Spezialmandat des zuständigen kirchlichen Oberen (durch «*sententia condemnatoria*» oder «*remotio canonica*»)
 - D) durch Zeitablauf bei Benefizien *ad tempus*
 - E) durch Laisierung gem. can. 213 § 1.
2. Wie ein Kirchenamt nur durch den zuständigen kirchlichen Oberen verliehen werden kann (can. 147), so kann es auch nur durch diesen entzogen werden, nicht also durch staatlichen Beschluß, erst recht nicht durch eine staatliche Zwangsmaßnahme.
 3. Soweit die heimatvertriebenen Priester zur Zeit ihrer Vertreibung bepfündet waren, sind sie, wenn sie nicht gem. CIC cc. 1484 und 1485 resigniert haben, *de iure* auch heute noch Inhaber ihrer Heimatbenefizien, auch wenn sie *de facto* an der Ausübung ihres Heimatamtes verhindert sind; denn Benefizien können nur aus kanonischen Gründen und *beneficia perpetua* nach can. 1411, 4^o überdies nur unter Einhaltung bestimmter Rechtsnormen entzogen werden (cc. 2147ss, 2168ss, 2177ss, 2182ss) ¹⁵⁸.
 4. In ein und dem anderen Fall mag Amtsverzicht vorgekommen sein, wobei aber im Einzelfall die Gültigkeit dieses Aktes zu überprüfen ist. Oft nämlich wird can. 1484 entgegenstehen, wonach der Ortsordinarius einen Benefiziumsverzicht nur dann erlauben darf, wenn der Kleriker anderweitig sicher genügend Mittel für seinen standesmäßigen Lebensunterhalt hat, ja ohne Weihetiteleratz wäre kraft can. 1485 die Verzichtleistung ungültig. Weiter ist zur Gültigkeit nach can. 185 Freiheit gefordert und ein Amtsverzicht ist gem. can. 103 § 1 nichtig, der unter Anwendung unwiderstehlicher Gewalt, wie sie Ausweisung und Vertreibung darstellen, geschah. Schließlich muß nach c. 186 der Amtsverzicht beweisbar sein (schriftlich oder vor 2 Zeugen).
 5. Auch der letzte der 8 Fälle der stillschweigenden Renuntiation (can. 188), die Vernachlässigung der Residenzpflicht, kann hier nicht in Frage kommen.

andere Frage ist, ob u. U. für die Rechtshandlungen des Putativpfarrers can. 209 herangezogen werden kann. Auch eine Heilung durch dreijährige Ersitzung der Benefizien und *a fortiori* der bloßen Offizien kommt hier wegen Fehlens der vom Recht aufgestellten Bedingungen nicht in Frage. Ist ein Amt inzwischen rechtlich vakant geworden, könnte und müßte der Verleihungsakt neu vollzogen werden. Schließlich bestünde die Möglichkeit einer generellen Sanation durch den Apost. Stuhl, der Rechtsakte konvalidieren kann, deren Nichtigkeit nur im positiven Rechte gründet.

Vgl. zu unserer Frage außerdem AAS XXXIX (1957), 38—39: CC, decr. v. 21. Jan. 1957, Stellenbesetzung in Ungarn; der Apost. Stuhl verlangt Niederlegung unrechtmäßig angeeigneter geistlicher Ämter und verhängt über die Hartnäckigen die *Ipso-facto*-Exkommunikation, deren Lossprechung dem Heiligen Stuhl *speciali modo* vorbehalten ist.

¹⁵⁸ CIC unterscheidet die *vacatio de iure* und die *de facto*, so cc. 150, 2395. Vgl. auch Wernz-Vidal, a.a.O., n. 210: «*Si quis titulum quidem proprietatis (i.e. ius in re, non tantum ius ad rem) in officium habet, sed possessionem nondum obtinuit aut obtentam denuo, v.g. per violentiam usurpatoris, amisit, officium vacat de facto tantum, non de iure*».

weil diese Vernachlässigung weder unrechtmäßigerweise geschieht (illegitime), noch die erforderlichen Ermahnungen durch den Ordinarius vorliegen.

6. Stillschweigender Verzicht aber scheint in manchen Fällen gegeben zu sein durch can. 188, 3^o: „Hat jemand ein Amt erlangt, das mit dem bisherigen unvereinbar ist, so ist das bisherige Amt infolge stillschweigenden Verzichtes erledigt, sobald der Betreffende im unangefochtenen Besitz des neuen Amtes ist“.

Die vertriebenen Priester haben in der Regel in der Aufnahmediözese ein solches Amt (can. 156 § 2) erhalten und angenommen, ja sie sind gem. dem angeführten Reskript des Päpstl. Staatssekretariates vom 21. Februar 1948 §§ 3–7 dazu verpflichtet.

Nun spricht aber das nämliche Reskript im § 1 die weiterbestehende Inkardination aus. Ferner besteht für die vertriebenen Pfarrer und Quasipfarrer aus dem Osten die Applikationspflicht für ihre Heimatpfarreien — wenn auch reduziert — ausdrücklich weiter und zwar durch Reskript der S. Congr. Concilii vom 25. 3. 1946¹⁵⁹ für die vertriebenen Geistlichen aus den ostdeutschen Diözesen, welches mit 18. 1. 1947 auch auf die Pfarrer aus den anderen osteuropäischen Diözesen ausgedehnt wurde¹⁶⁰. Durch Dekret derselben Congregation v. 30. 4. 1951¹⁶¹ und vom 27. 2. 1956¹⁶² ist das päpstliche Indult für je weitere fünf Jahre verlängert worden.

In diesen Fällen ist demnach durch die neue Amtsübernahme der stillschweigende Verzicht gem. 188, 3^o nicht eingetreten. Die alten Offizien sind also rechtlich noch im Besitze der vertriebenen Inhaber, soweit diese nicht ausdrücklich und rechtmäßig resigniert haben; die Applikationspflicht, durch Indult erleichtert, kann nur als Folge dieser Tatsache verstanden werden.

Daß in unseren Fällen die Bestimmung des can. 188, 3^o nicht zur Anwendung kommen kann, geht auch aus dem hier offenbar nicht eintretenden Strafcanon 2396 hervor.

Aber nicht nur die Seelsorgsbenefiziaten, auch die Kathedralkanoniker

¹⁵⁹ AFKKR, 123², 558 f.

¹⁶⁰ Ebd.

¹⁶¹ Mitteilungen, 1956, V, 61; vgl. auch die folgende Anm.

¹⁶² Ebd. Das Dekret der CCN. 12365, D, hat folgenden Wortlaut: «Beatissime Pater, Cardinalis Archiepiscopus Colonien.. nomine quoque ceterorum Germaniae Ordinariorum, perdurantibus iisdem causis, a Sanctitate Vestra humiliter postulat, ut sibi prorogetur indultum iampridem concessum per rescriptum Sacrae Congregationis Concilii diei 30. Aprilis 1951, n. 1926/51, de facultate reducendi ad quinque vel sex Missas annuas obligationem Sacrum pro populo litandi favore animarum curatorum, qui ex Europae Orientalis Dioecibus expulsi, in Germania commorantur. Sacra Congregatio Concilii, attentis expositis, petitam prorogationem, in terminis et forma praecedentis rescripti, benigne impertita est ad aliud quinquennium.

Datum Romae, die 27 Febr. 1956.

sig.: P. Card. Ciriaci, Praef.».

Kindermann Ad. schreibt dazu (ebd.): „So hält also Rom noch immer am Rechtszustande, wie er vor der Vertreibung war, unermüdlich fest. Auch die an sich lange Zeit von zehn Jahren hat an der Rechtslage nichts geändert.“

und die übrigen Priester, «qui beneficium retinent», müssen und die übrigen heimkehrwilligen vertriebenen Kleriker können bei ihrem Breviergebet das Direktorium der Heimatdiözese benützen¹⁶³.

Diese Bestimmungen sprechen gegen den „stillschweigenden Verzicht“ in der Heimatdiözese.

In unseren Fällen ist die Annahme eines neuen Amtes nur die einstweilige Dienstleistung, solange das versperrte Amt de facto nicht ausgeübt werden kann.

7. In unserem Zusammenhang kann auch die Bestimmung des can. 1446 von Bedeutung sein, wonach ein Benefizium ersetzungsfähig ist, wenn der Inhaber — in unserem Falle der de facto-Nachfolger — es aufgrund eines ungültigen Rechtstitels erworben und bona fide durch drei Jahre in unangefochtenem Besitz innegehabt hat; doch wären im Einzelfall die im can. 1446 angeführten Bedingungen zu überprüfen; hier: unangefochtener Besitz und die bona fides gem. can. 1512. In nicht wenigen Fällen — zumal in der CSR wurde bald nach 1948 die rechtmäßige Kirchenleitung in der Amtsausübung nach und nach behindert und die Stellenbesetzungen erfolgen durch den ‚církevní tajemník‘, einen Laien, Mitglied der kommunistischen Partei — kommt Ersitzung schon deshalb nicht in Frage, weil sie sich nicht auf eine, wenn auch ungültige, kanonische (!) Verleihung stützt, sondern das Benefizium durch staatliche Übertragung, also ohne Rechtstitel „erworben“ wurde. Hier gilt dann can. 1509,6⁰, wonach kirchliche Benefizien ohne Rechtstitel der Praescription nicht unterliegen.
8. Soweit die Ortsordinarien der Aussiedlungsgebiete rechtmäßig ihr Amt innehaben, können sie jedoch auch einen inamoviblen Pfarrer gem. 2147,2⁰

³¹⁶ S. R. C., decr. auth. nr. 2682 ad 46 et nr. 1445; nach: Mitteilungen, 1952, III, 23 f.: Breviergebet und Meßfeier außerhalb der alten Heimatdiözesen:

I a) Alle Benefiziaten, die noch immer ihre Benefizien in ihrer Heimatdiözese de iure innehaben, sind verpflichtet, immer, auch außerhalb ihrer Heimatdiözese, das Offizium ihrer Kirche zu beten.

b) Sie richten sich nach ihrem Diözesandirektorium und fügen als Duplex-Feste 1. Klasse mit gewöhnlicher Oktav hinzu: den Kirchenpatron (Titular), evtl. den Ortspatron und, falls ihre Kirche konsekriert ist, das Kirchweihfest (Anniversarium Dedicationis Ecclesiae propriae).

c) Die übrigen Priester, die vom Bischof an einer Kirche angestellt worden sind, um dort zu predigen, die Sakramente zu spenden und andere Funktionen vorzunehmen, können bei einem Aufenthalt in einer fremden Diözese ebenso handeln.

d) Priester, die an keiner Kirche angestellt sind, können sich bei einem Aufenthalt in einer fremden Diözese nach dem Direktorium ihrer Heimatdiözese richten.

e) Die unter c) und d) genannten Priester können jedoch auch das Offizium ihres Aufenthaltsortes wählen. Dazu sind sie aber nicht verpflichtet, es sei denn, daß sie dort solange zu bleiben beabsichtigen, daß sie daselbst ein Quasidomizil erwerben . . .“

Weißkopf Joseph, *Kalendarium Ecclesiae et Capituli Cathedralis Litomericensis ad S. Stephanum Protomartyrem pro anno Domini Bissextili 1956 mandante eodem Capitulo editum* . . . «Ecclesiae Cathedralis Canonici et Beneficarii alique presbyteri, qui sua in Dioecesi Litomeric, beneficia de iure tenentur, quo uti quoque possunt ceteri eiusdem Dioecesis presbyteri et clerici in maioribus constituti, si animum suo tempore Deo favente in propriam Dioecesim revertendi adhuc retinent . . .» (Vorwort zum Direktorium des Bistums Leitmeritz für das Jahr 1956).

amovieren; doch — diese Selbstverständlichkeit muß vielleicht unterstrichen werden — müßten diese Ausnahmefälle wirklich vorliegen, „der Haß der Bevölkerung, der eine gedeihliche Amtstätigkeit des Pfarrers verhindert“ müßte also tatsächlich gegeben sein.

Nur selten nämlich wurde der Pfarrer von Gemeindemitgliedern vertrieben, auch nicht von den andersnationalen, sondern von fremden, von der Sowjetdiktatur beauftragten oder verhetzten Menschen, die ja im allgemeinen die Ausweisungen durchführten.

9. Da jedoch can. 2147 die Amotions-Gründe nicht taxativ, sondern demonstrativ aufzählt («praesertim»!), könnte sich der Ordinarius, seine Rechtmäßigkeit wieder vorausgesetzt, auch auf die tatsächliche Abwesenheit, wenngleich erzwungen, berufen; allein er kann die Amotion aufgrund der cc. 2147—2156 — auch in den besonders gelagerten Fällen der Aussiedlung — nicht ohne Prozeß, noch weniger ohne Wissen des bisherigen Stelleninhabers durchführen, da diese Canones irritierende Klauseln beinhalten.
10. Wenngleich für die Amtsenthebung amovibler Pfarrer (cc. 2157—2161) der Grund für die Amotion nicht so schwerwiegend wie bei der eines inamoviblen Pfarrers zu sein braucht, so wird doch für das Gemeinwohl, hier das Seelenheil, durch die Einsetzung von vicarii substituti, gegebenenfalls mit besonderen Vollmachten, ausreichend Sorge getragen werden können.
11. Endlich erhält der Geistliche seine Rechte aus dem Weihetitel (can 981).

Aufgrund der einschlägigen Canones und der angeführten römischen Entscheidungen muß denn grundsätzlich daran festgehalten werden, daß die heimatvertriebenen Geistlichen rechtens noch Inhaber ihrer Offizien und Benefizien sind, obwohl diese Tatsache für die Einzelnen augenblicklich eher eine Härte als einen Vorteil bedeutet.

Diejenigen Priester, welche erst nach dem Weihedekret des Staatssekretariates v. 5. 2. 1955 geweiht und „auf Zeit inkardiniert“ wurden, sind — unbeschadet der Rückkehr — den in der Westdiözese Inkardinierten rechtlich gleichgestellt, so daß es auch bei einer Verwendung für die kirchlichen Ämter in der Aufnahmediözese keine Schwierigkeiten gibt ¹⁶⁴.

¹⁶⁴ Staatssekretariat
Sr. Heiligkeit
Nr. 544/55

Vatikan, den 5. 2. 1955

Euere Exzellenz,

zusammen mit der betreffenden Beilage ist bei mir ordnungsgemäß eingetroffen der geschätzte Bericht Eurer Exzellenz Nr. 8325/XII vom 23. Dezember v. J., der zum Gegenstand hatte: „Das Königsteiner Seminar“.

In diesem Bericht teilte Euere Exzellenz nach erstatteter Meldung der gefaßten Beschlüsse des Deutschen Episkopates bezüglich des genannten Seminars mit, daß Eminenz Kard. Frings, dessen Brief Sie in Abschrift beilegten, um eine authentische Erklärung der Nr. 4 des Reskriptes dieses Staatssekretariates vom 14. April 1946 betreffend die Weihen von Flüchtlings-Theologen ersuchte. Zu diesem Ersuchen fügten Euere Exzellenz hinzu:

„Seine Eminenz spricht den Wunsch aus, es möchten zu den Weihen nicht zugelassen werden ohne Inkardination in einer bestimmten Diözese jene Flüchtlings-Studenten, die

Der Abschnitt „das Rechtsverhältnis des heimatvertriebenen Geistlichen zum Heimatordinarius“ läßt sich füglich mit den Worten zusammenfassen, mit denen *Regatillo* den Begriff der Inkardination umschreibt: «Incardinatio est specialis adscriptio clerici determinatae dioecesi . . . qua clericus peculiarem aggregationem habere debet, per quam Ordinarium primum habeat cui pareat ubicumque reperiatur, independenter a domicilio vel quasidomicilo»¹⁶⁵.

II. Das Rechtsverhältnis des heimatvertriebenen Priesters zum Aufnahmebischof.

Schon die Kirche des Altertums rang um derartige Probleme. War sie der kanonischen Versetzung grundsätzlich abhold¹⁶⁶ — sie spricht von einem geistigen «coniugium» bzw. «connubium» zwischen episcopus und seiner Kirche¹⁶⁷ —, und belegt die Synode von Sardica¹⁶⁸ diese «mala consuetudo» mit der Strafe des Kommunionverbotes, so mußte sich, durch die Zeitverhältnisse gezwungen, das

Priester werden wollen und in der Herkunftsdiözese nicht einmal die erste Tonsur erhalten haben.“

Inwieweit die Hochwürdigsten Bischöfe über das Seminar von Königstein beschlossen haben, ist hier geziemend vermerkt worden.

Was das Ansuchen Seiner Eminenz Kard. Frings betrifft, von dem ich nicht unterlassen habe, Seiner Heiligkeit zu berichten, beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Bischöfe jene Flüchtlings-Studenten, die Priester werden wollen, von denen oben die Rede ist, in ihre Diözese inkardinieren können unter folgenden Bedingungen:

1. daß der Bischof, der sie inkardiniert, ihrer Rückkehr zustimmen wird, sobald die Rückkehr dieser Kleriker in ihre Herkunftsdiözese möglich ist und der Ordinarius der Herkunftsdiözese sie anfordert;

2. daß die Kleriker selber sich bereit erklären zu solcher Rückkehr; deshalb sind sie von dem unter can. 956 vorgeschriebenen Eide dispensiert.

Ich benütze die Gelegenheit, die Gefühle meiner besonderen Hochschätzung zum Ausdruck zu bringen

Euerer Exzellenz
ergebenster
gez. Tardini.

An Seine Exzellenz
Mons. Alois G. Muench,
Apostolischer Nuntius
Bad-Godesberg.

(Übersetzung des Originals, Archiv des Priesterreferates)

¹⁶⁵ Regatillo, a.a.O., I, n. 222.

¹⁶⁶ So can. Apost. 14, 15; Conc. Nic., can. 16, 16; — das Konzil erklärt die Versetzungen für ungültig; Syn. Antioch. (341), can. 21. Zit. nach Hefele, Conciliengeschichte, Freiburg/Br. 2 1873, 419 ff., franz. Ausgabe, Histoire des Conciles, Paris 1907, I, 597—604.

Die nicänische Verordnung ging ins Corpus Iuris Canonici, c. 19, C. VII, qu. 1, über. Aus can. 16 hat Gratian zwei gemacht: c. 3, D. LXXI und c. 23, C. VII, qu. 1.

¹⁶⁷ Vgl. Hefele, Conciliengeschichte, 419, Histoire des Conciles, 597. Vgl. ferner Hieronymus, ep. 69, 5.

Siehe auch c. 11 und 39, C. VII, qu. 1; c. 2—4, X, I, 7, de translatione Episcopi.

¹⁶⁸ Syn. Sard. (347), can. 1; Hefele, Histoire des Conciles, I², 760 s.

Konzil von Chalzedon mit der Versetzung und Eingliederung des vertriebenen Klerus abfinden¹⁶⁹.

Aber auch bezüglich der Wahrung des Anspruches auf den Bischofssitz für vertriebene Bischöfe fehlt es nicht an ältesten Quellen: so die Synode von Antiochien can. 18 (der sich auch im c. 5, D. 92 findet), can. 35 (37) der Canones Apostolorum und Trullanum c. 37¹⁷⁰.

Das aus der französischen Revolutionszeit erhaltene Grußwort des Bischofs Quevedo von Orense: — „Französische Priester, die ihr Gott treu geblieben seid, ... ihr seid heute die Zierde Spaniens; ... seine Bischöfe nehmen euch auf und behandeln euch nicht als Gäste oder Fremdlinge, sondern als Mitbrüder der Heiligen, als Diener und Kinder im Hause Gottes, als treue Helfer, als Brüder und heißgeliebte Söhne“¹⁷¹ — läßt sich aber wohl nur als Beleg spanischer Caritas, nicht aber rechtlicher Vollmachtenübertragung deuten¹⁷².

Der heimatvertriebene Priester ist gezwungen, außerhalb seines Heimatbistums Domizil oder Quasidomizil zu erwerben. Scheidet er dadurch auch nicht aus seiner Heimatdiözese aus — wie dargelegt wurde —, so wird er doch durch den neuen Wohnsitz (Quasiwohnsitz) **Untergebener des Aufnahmebischofs**. Also tritt eine konkurrierende Zuständigkeit des Heimatbischofs und des Wohnsitzordinarius ein.

1. Der Geistliche untersteht der Hoheit des Ortsbischofs zunächst wie jeder andere Ortsbewohner; CIC can. 94 macht keinen Unterscheid zwischen Geistlichen und Laien. Er untersteht ihm der Verwaltungs- und Strafgewalt nach (can. 201, 1572).

2. Sobald der vertriebene Geistliche rechtlich Einwohner (incola) oder auch nur Ankömmling (advena) wird, ist auch er an die partikularen Gesetze des Wohnsitzes gebunden, jene ausgenommen, die ausschließlich für die der Wohnsitzdiözese eingegliederten Geistlichen gelten — als Beispiel hierfür nennt Mörsdorf die Beitragszahlung für die Ruhegehaltsklasse¹⁷³.

3. Auch wenn der vertriebene Kleriker der Aufenthaltsdiözese nicht inkardiniert ist, so steht er doch unter der Aufsicht des betreffenden Ortsordinarius;

¹⁶⁹ Chalz., can. 5, 20; Hefele, Conciliengeschichte, II, Freiburg/Br. ²1875, 510, 523 f. Im Corpus Iuris Canonici findet sich can. 20 als c. 4, D. LXXI. Siehe dazu auch Sägmüller Joh., Lehrbuch des kath. Kirchenrechts, Freiburg/Br. ³1914, I, 241; Plöchl W., a.a.O., I, 169.

¹⁷⁰ Trullanum (692), can. 37: Hefele, Konziliengeschichte, III, ²1877, 335: „Es ist vorgekommen, daß Bischöfe die Stühle, für welche sie ordiniert wurden, wegen der Einfälle der Barbaren nicht einnehmen konnten. Dies soll ihnen nicht zum Nachteil gereichen, vielmehr bleibt ihnen das Recht, Ordinationen zu erteilen, sowie ihr Rang“. Vgl. auch Hefele, I, 518, 811 f. Gratian behandelt in C. XIX das Verlassen der ‚propria ecclesia‘, um in ein Monasterium einzutreten, und in C. XXI, qu. 2 das Verbot des Stellenwechsels. Siehe ferner X, I, 22, de clericis peregrinis. Alexander III. verhängte über Schottland wegen Vertreibung des rechtmäßigen Bischofs von St. Andrews i. J. 1180 das Interdikt; vgl. LThK, V, 435 und Plöchl, a.a.O., II, 350.

¹⁷¹ Pastor, a.a.O., XVI, 550 f.

¹⁷² Für die Neuzeit wäre die Frage der Eingliederung des aus Europa vertriebenen oder geflohenen Klerus im partikulären Kirchenrecht Amerikas noch zu untersuchen.

¹⁷³ Eichmann-Mörsdorf, Lehrbuch des Kirchenrechts auf Grund des Codex Iuris Canonici, Paderborn ⁹1959, I, 262.

dieser hat in seinem Iurisdiktionsbereich über alle Priester ein direktes Aufsichtsrecht.

Das Dekret von 1927¹⁷⁴ führt die Befugnisse auf, deren sich der Wohnsitzbischof bedienen kann; sie stellen eine Anwendung des can. 128 dar (Amtszwang).

4. Der Aufnahmebischof hat nach can. 144 das Recht, einem vertriebenen Priester den Aufenthalt in seiner Diözese zu versagen; für ein Aufenthaltsverbot müßten hier freilich schwerwiegende Gründe sprechen, weil auch der vertriebene Priester in einer sehr schweren Lage ist. Schon *Vidal* hatte in seinem Gutachten¹⁷⁵ Beachtung der kanonischen Billigkeit verlangt, das heißt hier, daß der Aufnahmebischof unter Umständen auch Unannehmlichkeiten in Kauf nehmen muß, zumal wenn der Geistliche ihm treue Dienste geleistet hat — und sicher wird auch die Rücksicht auf die Mitbischöfe genannt werden müssen.

Das Reskript «Iura Antistitum»¹⁷⁶ enthält in § 4 eine zusätzliche Bestimmung für den Fall, daß der Aufnahmebischof dem heimatvertriebenen Priester ein Amt zu geben nicht bereit ist: Innerhalb eines Monats muß sowohl der Ortsbischof als auch der heimatvertriebene Priester den Sonderbeauftragten davon in Kenntnis setzen, der das Recht hat, den Priester für die Amtsübernahme in einer weiteren Diözese zu verpflichten.

Da aus dem grundsätzlichen Aufenthaltsverbot des Aufnahmebischofs folgt, daß ihm ein Genehmigungsrecht für den ankommenden Vertriebenenpriester zu-

¹⁷⁴ AAS XIX (1927), 99 s. Im einzelnen wird bestimmt: «VI. Ordinarius permittere poterit ut sacerdos dioecesanus in aliam dioecesim magisterii exercendi causa se conferat, ea tamen lege ut susceptum munus ad nutum tum Ordinarii proprii tum Ordinarii loci retineatur. Itaque Ordinario in dioecesis servitium illum revocanti et Ordinario loci illum dimittenti, quocumque praetextu remoto, sacerdos parere tenetur». VIII: «Sacerdos in aliena dioecesi magisterium initurus sine mora loci Ordinarius adest, quem, iuxta can. 94 Codicis iuris canonici, ut Ordinarius suum, usquedum eo in loco commorabitur, habere, eiusque vigilantiae Auctoritati et correctioni se submittere debet».

Nr. IX gibt dem Ortsordinarius die Vollmacht, u. a. über die Wohnung des bei ihm diensttuenden Geistlichen zu befinden, ihn der Aufsicht des Dekans zu unterstellen, zur Teilnahme an den Pastoral Konferenzen, überhaupt zur Einhaltung der allgemeinen Klerikerverpflichtungen, anzuhalten, wie auch zur Glaubensunterweisung bei Gottesdienst und Unterricht zu verpflichten. Schließlich sichert IX f) die Strafvollmacht: Ordinarius vero loci poterit «monere, corripere et, si casus ferat, congruis poenis, ad normam sacrorum canonum, sacerdotem afficere, si a recto tramite deflexerit».

¹⁷⁵ AAS V (1913), 39, n. 14. Hier heißt es u. a.: «Sane de stricto iure remittendi ad suam dioecesim sacerdotem non rite incardinatum non potest esse dubium. At summum ius non raro est summa iniuria, et aequitas naturalis et canonica postulat ut qui sentiat commodum sentiat etiam incommodum, nec beneficia grato animo accipiuntur si pro bonis acceptis retribuuntur mala». Der Consultor der CC fährt dann fort: «Porro vidimus esse actum caritatis et zeli a S. Sede commendatum, si episcopus qui sacerdotibus abundat, alteri episcopo indigenti aliquem sacerdotem seu operarium concedit; . . . evidenter violaretur naturalis et canonica aequitas ab illo episcopo qui ab alio in auxilium curae animarum postulasset sacerdotem, atque sacerdotem ita obtentum vellet solum retinere quamdiu ipsi inservit, et ad proprium episcopum remittere quando non inserviat et quod peius esset, si post plurimos annos laudabilis servitii, tum demum remitteret ad proprium episcopum, cum sacerdos, aut lapsus est in delicta, aut saltem difficilis conditionis factus fuerit».

¹⁷⁶ AFKKR, 123 2, 525.

steht, so hat sich dieser beim Aufnahmebischof oder seinem Stellvertreter vorzustellen; diese Pflicht ist auch im erwähnten Dekret vom Jahre 1927 eigens hervorgehoben.

5. Wird dem Vertriebenenpriester in der Aufnahmediözese ein Amt oder ein kirchlicher Dienst übertragen, dann ist der Aufnahmebischof diesem Priester nicht bloß Oberhirte, sondern auch Dienstherr. Diesen Fall sieht auch das allgemeine Kirchenrecht vor — CIC can. 367 § 3 und 1574 § 1. Damit wird der Aufnahmebischof in allen mit dem Dienst zusammenhängenden Fragen, auch den persönlichen, soweit sie sich aus dem Dienst ergeben, zuständig, wie z. B. in Fragen der Dienstsitzanweisung, Ausstellung eines Zelebrets, Vollmachtenverleihung, des Urlaubs, der Besoldung, Pensionierung und eventueller Auszeichnungen¹⁷⁷.

Der kanonische Gehorsam gilt nun in weitgehendem Maße dem Aufnahmebischof gegenüber. Ausdrücklich wird in «Iura antistitum» § 5 das eigenmächtige Verlassen der Aufnahmediözese ohne Consens des Ortsordinarius untersagt. Nur zwei Ausnahmen sind vorgesehen: a) der Rückruf des Heimatbischofs (§ 2), wobei der Ortsordinarius 2 Monate vorher in Kenntnis zu setzen ist, und b) die noch zu beschreibende Vollmacht des Sonderbeauftragten, der für eine gerechte und zweckmäßige Verteilung des Vertriebenenklerus verantwortliche Sorge zu tragen hat.

6. Der Aufnahmebischof kann den Vertriebenenpriester versetzen — aber wohl nur mit — wenigstens stillschweigendem — Einverständnis des Sonderbeauftragten; außerdem muß er für den nötigen Unterhalt auf dem neuen Posten sorgen und die kanonische Billigkeit im Auge behalten¹⁷⁸.

¹⁷⁷ Vgl. Hofmann Karl, a.a.O., 434.

¹⁷⁸ Bereits Bischof Kaller hatte in Zusammenarbeit mit dem Diaspora-Kommissariat der deutschen Bischöfe eine Besoldungsordnung für Geistliche in der Flüchtlingsseelsorge aufgestellt und die Ordinate ersucht, diese Besoldungsordnung in ihren Diözesen zur Durchführung zu bringen. Vgl. AFKKR, 1232, 531.

Schon mit Wirkung v. 1. 4. 1947 wurde daraufhin in der Diözese Osnabrück die erste Besoldungsordnung für Flüchtlingsseelsorger erlassen, die sich mit einigen Variationen bald auch in anderen Diözesen durchsetzte.

In der genannten Besoldungsordnung für Flüchtlingsseelsorger heißt es:

1. Geistliche aus dem Osten, welche eine schon bestehende Seelsorgestelle inne haben, werden aus Mitteln der betreffenden Seelsorgestelle und Diözese (in Diasporagemeinden ggf. unter Hilfeleistung der Priesterhilfe bzw. Ausgleichskasse) gemäß der Besoldungsordnung des Bistums besoldet.

2. Für Geistliche in Seelsorgegebieten, die lediglich zu Betreuung der Heimatvertriebenen neu eingerichtet worden sind, wird auf Antrag der Diözesanverwaltung das Gehalt aus den Mitteln geleistet, die vom Diaspora-Kommissariat der deutschen Bischöfe verwaltet werden.

3. Die Besoldung der Flüchtlingsseelsorger wird tunlichst einheitlich geregelt. Es darf keinen Unterschied ausmachen, ob der einzelne Geistliche den Titel Pfarrer, Kurat, Rektor, Pfarrvikar, Kaplan, Kooperator, Lokalist usw. führt. Maßgebend ist allein die Altersstufe. Auch gilt kein Unterschied nach Ortsklassen. Kürzungen auf Grund der Notverordnungen finden nicht statt. Die Gehaltsätze der Besoldungsordnung stellen also einen Nettobetrag dar. Auf diese sind eventuelle Erträge des örtlichen Stelleneinkommens, der Wert einer etwaigen Dienstwohnung und dergleichen, jedoch nicht Manual-Meßstipendien und Stolgebühren anzurechnen.

4. Geistliche ohne eigenen Haushalt, die in einem kath. Pfarrhause oder in einer Anstalt Wohnung und dergleichen, jedoch nicht Manual-Meßstipendien und Stolgebühren, anzurechnen... Es folgen weitere Bestimmungen, so für die Flüchtlingsgeistlichen im Ruhestand, je nach Dienst-

7. Jedenfalls ist das Wandern von einer Diözese zur anderen, der Wechsel der Diözesen ohne ausdrückliches Einverständnis der Ortsordinarien wie auch des Heimatordinarius bzw. des Flüchtlingsbischofs unzulässig und schließlich durch § 3 der «Iura antistitum» untersagt.

8. Schlußendlich kommt dem Ortsordinarius aufgrund des Konkordates¹⁷⁹ folgendes Recht zu: Nach Artikel 7 wird für Geistliche zur Übernahme eines staatlichen Amtes oder auchstaatlichen Amtes das Nihil obstat sowohl des Diözesanordinarius als auch des Oberhirten des in Frage kommenden Amtssitzes verlangt; eine Regelung, die über can. 139 § 3, wo nur die Erlaubnis des eigenen Oberhirten vorgesehen ist, hinausgeht. Auch ist nach den deutschen Konkordaten¹⁸⁰ bei der erstmaligen Aufnahme eines Geistlichen in eine staatliche katholisch-theologische Fakultät oder Hochschule der zuständige Diözesanbischof, nämlich der Bischof des Schulortes, zu hören.

Dieselbe Regelung ist für die Anstellung als staatlicher Religionslehrer und an Anstalten der öffentlichen Hand getroffen¹⁸¹.

jahr von 160–280, anzurechnende Remunerationen für Anstaltsseelsorge, für Erteilung von Religionsunterricht, Mietsentschädigung usf. Vgl. dazu: Kirchl. Amtsblatt für die Diözese Osnabrück, 1947, 175 f.

Siehe auch Adhortatio Pius XII. an den Klerus über Heiligung des priesterlichen Lebens vom 23. 9. 1950, in: AAS XXXII (1950), 657–702, hier 697–699 über den Priester in wirtschaftlicher Notlage; deutsche Übersetzung auch in AFKKR, 1242, 484–516, hier 513 f.

Über die Altersversorgung der Vertriebenenpriester erließ die Fuldaer Bischofskonferenz 1955 eine entsprechende Empfehlung: Die heimatvertriebenen Priester, die hauptamtlich im überdiözesanen Dienst stehen, werden grundsätzlich in die Ruhestandsregelung derjenigen Diözesen eingegliedert, in welcher sie ihren Wohn- und Amtssitz haben. Die am Albertus-Magnus-Kolleg in Königstein angestellten Geistlichen gelten als von ihrer letzten westdeutschen Dienstdiözese für den Dienst in Königstein beurlaubt und werden in die Ruhestandsversorgung bei dieser Diözese aufgenommen. Nur soweit eine vorhergegangene westdeutsche Dienstdiözese nicht nachweisbar ist, werden sie in die Ruhestandsversorgung bei der Diözese Limburg eingegliedert.

¹⁷⁹ Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reiche vom 20. Juli 1933, in: AAS XXV (1933), 389–413. Artikel 7 (ebd. 393): „Zur Annahme einer Anstellung oder eines Amtes im Staat oder bei einer von ihm abhängigen Körperschaft des öffentlichen Rechtes bedürfen Geistliche des Nihil obstat ihres Diözesanordinarius sowie des Ordinarius des Sitzes der öffentlich-rechtlichen Körperschaft. Das Nihil obstat ist jederzeit aus wichtigen Gründen kirchlichen Interesses widerrufbar“.

¹⁸⁰ Bayerisches Konkordat, Art. 3 § 1, in: AAS XVII (1925), 41–55, hier 43; Preußisches Konkordat, Art. 12, Abs. 1, in: AAS XXI (1929), 521–535, hier 530; Badisches Konkordat, Art. X, in: AAS XXV (1933), 177–194, hier 186 s.; Reichskonkordat, ebd., Art. 19: „Die katholisch-theologischen Fakultäten an den staatlichen Hochschulen bleiben erhalten. Ihr Verhältnis zur kirchlichen Behörde richtet sich nach den in den einschlägigen Konkordaten und dazugehörigen Schlußprotokollen festgelegten Bestimmungen unter Beachtung der einschlägigen kirchlichen Vorschriften. Die Reichsregierung wird sich angelegen sein lassen, für sämtliche in Frage kommenden katholischen Fakultäten Deutschlands eine der Gesamtheit der einschlägigen Bestimmungen entsprechende einheitliche Praxis zu sichern.“ Schlußprotokoll . . . Zu Artikel 19, Satz 2 (ebd., 410): „Die Grundlage bietet zur Zeit des Konkordatsabschlusses besonders die Apostolische Konstitution ‚Deus scientiarum Dominus‘ vom 24. Mai 1931 und die Instruktion vom 7. Juli 1932.“

¹⁸¹ Reichskonkordat, ebd., Art. 22: „Katholische Religionslehrer. Bei der Anstellung von katholischen Religionslehrern findet Verständigung zwischen dem Bischof und der Landesregierung statt. Lehrer, welche wegen ihrer Lehre oder sittlichen Führung vom Bischof zur weiteren Er-

In diesen durch Konkordat geregelten Fällen tritt der rechtliche Einfluß des Heimatbischofs zugunsten des Ordinarius des Amtssitzes fast ganz zurück¹⁸².

III. Das Rechtsverhältnis des heimatvertriebenen Priesters zum Sonderbeauftragten

Pius XII. hat in seinem Handschreiben vom 24. Juni 1946 den aus seinem Bistum Ermland vertriebenen Bischof Maximilian Kaller mit einem Sonderamt betraut¹⁸³, dem eine dreifache Obsorge zugewiesen wird: die Sorge für den ostvertriebenen Klerus, die Sorge für den Priesternachwuchs und die schon dargelegte Vermittlung zwischen den eingewiesenen Ostvertriebenen und den Aufnahmebischöfen.

Hier muß uns die erstgenannte Aufgabe beschäftigen, von der es im besagten Schreiben heißt: „Der Gegenstand der Obsorge dieses Sonderamtes wäre vor allem der aus den verlassenen Ostgebieten nach dem Westen und Süden kommende Klerus, seine Erfassung und seine Verteilung in die Auffangdiözesen“¹⁸⁴.

Dieser päpstliche Auftrag verleiht keine besondere Iurisdiktion, weil, wie dort gesagt ist, „keine quer über die deutschen Diözesen sich erstreckende Sonderseelsorge mit eigener Iurisdiction“ geschaffen werden sollte — anders als unter Benedikt XV., der 1918 einen eigenen Bischof mit eigener Iurisdiktion für die Flüchtlinge in Italien erhoben hatte¹⁸⁵.

Iurisdiktionsmäßig unterstehen die vertriebenen Priester dem Heimatbischof, weil sie der Diözese noch inkardiniert sind, und — wie dargestellt — dem Aufnahmebischof, vor allem, wenn sie bei ihm dienstlich tätig sind. Iurisdiktion über die heimatvertriebenen Priester besitzt der Päpstliche Sonderbeauftragte nur insoweit, als sie ihm von den Bischöfen übertragen wird. Notwendig erschien eine derartige Iurisdiktionsübertragung vor allem bei jenen Heimatordinarien, die nicht leicht erreicht werden konnten, also besonders den 6 Ordinarien in Böhmen und Mähren, von Kattowitz und dem Südosten, während mit den in Deutschland weilenden Ortsordinarien von Breslau, Ermland und Schneidemühl eine direkte Verhandlung auch im Einzelfall möglich ist.

teilung des Religionsunterrichtes für ungeeignet erklärt worden sind, dürfen, solange dies Hindernis besteht, nicht verwendet werden.“

Ebd., Art. 28: „Anstaltsseelsorge. In Krankenhäusern, Strafanstalten und sonstigen Häusern der öffentlichen Hand wird die Kirche im Rahmen der allgemeinen Hausordnung zur Vornahme seelsorgerlicher Besuche und gottesdienstlicher Handlungen zugelassen. Wird in solchen Anstalten eine regelmäßige Seelsorge eingerichtet und müssen hierfür Geistliche als Staats- oder sonstige öffentliche Beamte eingestellt werden, so geschieht dies im Einvernehmen mit der kirchlichen Oberbehörde.“

¹⁸² Über die von den Ortsordinarien auszuübende Seelsorge an anderssprachigen Ausländern vgl. *Exsul Familia*, 32–40; siehe hierzu auch Kirchliches Verordnungsblatt für die Diözese Seckau 1953, IV, 31 f.

¹⁸³ Vgl. Anhang No. II.

¹⁸⁴ Ebd. Über die geleistete Erfassung und Verteilung der etwa 3000 Priester vgl. S. 100.

¹⁸⁵ AAS X (1918), 415 s.

Abgesehen von den iurisdiktionellen Fragen hat der Sonderbeauftragte einen aus der Not der Lage erwachsenen pastorellen Sonderauftrag. Nach der Erfassung des vertriebenen Klerus brachte Bischof Kallers Amtsstelle, das Priesterreferat Königstein, die ersten Verzeichnisse heraus. Außerdem hebt der erste Jahresbericht des Priesterreferates hervor: die Unterbringung und Versorgung der alten und kranken Priester, wobei die einheimischen Ordensgemeinschaften, zumal die Schwesternhäuser, viel Entgegenkommen gezeigt haben¹⁸⁶.

Wie groß die Aufgabe des Priesterreferates war, geht schon aus seinem regen Briefverkehr hervor¹⁸⁷.

Eine weitere Aufgabe sah und erfüllte das Priesterreferat in der Vermittlung von Büchern für die völlig verarmten ausgesiedelten Priester und in der Vermittlung von zunächst 700 Patenschaften für die Priester in der Sowjetzone Deutschlands¹⁸⁸.

Der Jahresbericht 1949¹⁸⁹ konnte außer der Weiterführung der bisherigen Arbeiten die Betreuung der aus russischer Gefangenschaft heimkehrenden Priester, den Ausbau des Priesternachwuchswerkes, besonders in Königstein, und die Durchführung von Priesterexerzitien daselbst melden.

Diese vielfache Aufgabe wurde und wird durch die nächsten Jahre weitergeführt.

* *
*

Schon am 7. 7. 1947 hatte der Tod den überarbeiteten Flüchtlingsbischof Kaller aus seinen Aufgaben herausgerissen¹⁹⁰. Damit wurde am 21. 2. 1948 der Bischof von Limburg, Ferdinand *Dirichs*, in dessen Diözese Königstein liegt, betraut und mit dem Reskript «Iura antistitum circa sacerdotes ex Germania orientali expulsos»¹⁹¹ übertrug ihm der Heilige Vater die Iurisdiktion über die Flüchtlingspriester. So wurde eine „vorläufige Rechtsordnung zur dienstlichen Unterbringung des heimatvertriebenen Klerus statuiert“¹⁹². Durch § 4 erhält der Limburger Bischof Ferdinand Dirichs als Päpstlicher Sonderbeauftragter die Vollmacht, die dienstliche Aufnahme des Vertriebenenklerus zu sichern und durch § 7 die Verteilung desselben im ganzen Aufnahmegebiet zweckdienlich durchzuführen.

¹⁸⁶ Mitteilungen, 1948, II, 9 f.

¹⁸⁸ Mitteilungen, 1950, II, 13—15.

¹⁸⁷ Ebd.

¹⁸⁹ Ebd.

¹⁹⁰ Im Antwortschreiben Pius XII. auf das gemeinsame Huldigungsschreiben der deutschen Bischöfe gelegentlich der deutschen Bischofskonferenz 1947 führt der Heilige Vater in Hinblick auf die Priesterverteilung aus:

„Diese Aufgabe war es vor allem, zu deren Durchführung Wir im vergangenen Jahr Maximilian Kaller, den vor kurzem zum Lohn des ewigen Friedens heimgerufenen Bischof von Ermland, bestimmt hatten, ein Werk, dem er sich mit weiser Einsicht und wachsamer Rührigkeit hingab, das er aber infolge seines allzu frühen Todes ganz unvollendet hinterlassen mußte. Wir brauchen Euch nicht eigens zu versichern, daß Wir im Interesse einer zweckmäßigen und wirksamen Fortführung dieses wichtigen Werkes die Vorschläge, die Ihr Uns nahezu legen und zu unterbreiten für gut gehalten habt und weiterhin für gut haltet, in reiflicher Erwägung ziehen werden.“ — Mitteilungen, 1948, III, 19.

¹⁹¹ Siehe S. 86 f.

¹⁹² Braun Gustav, a. c., 270.

Verfügte Bischof Kaller wenigstens für seine Diözese über eine persönliche Iurisdiktionsgewalt, so hatte Bischof Dirichs zwar keine direkte Iurisdiktion mehr über die Laien, wohl aber besondere Vollmachten für alle vertriebenen Priester und damit Möglichkeiten seelsorglicher Betreuung der Vertriebenen¹⁹³.

Am 27. Dezember 1948 verunglückte Bischof Dirichs tödlich. Die Vollmachten gem. § 4 und 7 der «Iura Antistitum» wurden während der Sedisvakanz dem Limburger Kapitelsvikar Dr. Jakob *Rauch* übertragen¹⁹⁴. Durch Reskript des Päpstlichen Staatssekretariates vom 28. 10. 1949 wurde der Ordinarius der freien Prälatur Schneidemühl, Dr. Franz *Hartz*, Fulda, mit den «Iura Antistitum» betraut, jedoch mit Änderung seines Titels in „Beauftragten der Fuldaer Bischofskonferenz für die Vertriebenenseelsorge“¹⁹⁵. Zum Leiter seiner Dienststelle wurde Mons. Dr. Gustav *Braun* bestimmt. Nach Dirichs Tode (15. 2. 1953) hat die Fuldaer Bischofskonferenz den Würzburger Bischof Dr. Julius *Döpfner* zum „Beauftragten für die Seelsorge der Heimatvertriebenen“ bestellt; durch päpstliches Schreiben vom 12. Oktober 1953 erhielt Bischof Döpfner auch die Vollmachten hinsichtlich des heimatvertriebenen Klerus¹⁹⁶. Nach der Versetzung des Würzburger Bischofs nach Berlin beauftragte damit die Fuldaer Bischofskonferenz 1957 den Hildesheimer Bischof, Exz. Heinrich Janssen.

In kurzer Zeitspanne war also eine mehrmalige Neubesetzung dieser Sonderstelle notwendig. Die Notwendigkeit ist geblieben, denn die völlig geänderte soziologische Struktur Deutschlands mit ihrer neuen Diaspora, mit Kirchen- und Priestermangel, erforderte und erfordert weiterhin eine besondere Berücksichtigung.

Der heimatvertriebene Priester findet seit den «Iura Antistitum» im Sonderbeauftragten den Ordinarius, der ihm ein Amt vermittelt; an ihn hat sich der vertriebene Priester zu wenden, wenn ihm der Ordinarius der aufgesuchten Diözese

¹⁹³ Vgl. AFKKR, 1252, 276 f.

Dirichs Ferdinand, Hirtenwort an die vertriebenen Priester, in: Mitteilungen 1948, VI. 35 f.: „Wie Sie aus den untenstehenden Verfügungen ersehen, hat mir der Heilige Vater besondere Iurisdiktion über die Flüchtlingspriester in den deutschen Diözesen übertragen. Damit soll auch vom kirchlichen Recht her eine Hilfe gegeben werden zum Besten der Heimatvertriebenen und ihrer seelsorgerlichen Betreuung. Ich fasse meine Beauftragung so auf, daß ich in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem deutschen Episkopat, mit dem Priesterreferat in Königstein und den Diözesanflüchtlingsseelsorgern auszugleichen und zu helfen versuchen werde, wo immer es im Interesse der Seelsorge, besonders der Seelsorge unter den Heimatvertriebenen in der Diaspora notwendig sein wird. Wir wollen diese gewaltige Seelsorgeaufgabe gemeinsam so zu lösen versuchen, daß wir zu allen persönlichen Opfern bereit sind, wenn es das Heil der Seelen erfordert. Wir wollen mit Mut und Gottvertrauen im Geiste des unvergeßlichen Bischofs Maximilian Kaller und so mancher anderer Priester, die ihr Leben in dieser Katastrophe geopfert haben, weiter arbeiten und dahin wirken, daß alle dem Glauben erhalten bleiben und freudig dem Herrn dienen auch im harten Flüchtlingsschicksal. So grüße ich Sie alle in der Liebe Christi und empfehle mich und meine Arbeit Ihrem Gebete. —

z. Zt. Hofheim/Ts., 9. Mai 1948.

Ihr † Ferdinand Dirichs,
Bischof von Limburg.“

Es folgt der Wortlaut der «Iura Antistitum».

¹⁹⁴ AFKKR, 1252, 271; vgl. auch CIC can. 58.

¹⁹⁵ AFKKR, I, c.

¹⁹⁶ Mitteilungen, 1953, X, 73.

ein Amt zu geben nicht bereit ist. Darüber hinaus kann der vertriebene Priester vom Sonderbeauftragten gem. § 1 der «Iura Antistitum» auch in eine andere Diözese versetzt werden. Dabei ist für den Sonderbeauftragten das seelsorgliche Bedürfnis der Maßstab.

Freilich wird auch bei diesen Versetzungen die *aequitas canonica* tunlichst berücksichtigt werden müssen¹⁹⁷; die gerechte und selbstlose Verteilung der vertriebenen Priester brachte für die einzelnen u. U. nicht geringe Härten mit sich: nochmaliges Aufbrechen, nochmaliger Neubeginn, nochmalige Trennungen; Härten, die bei einer Versetzung in das sowjetisch besetzte Gebiet besonders groß waren. So waren und sind zunächst alle Mittel anzuwenden, um ohne Zwanganwendung das Ziel möglichst zu erreichen.

Auch die wiederholten diesbezüglichen Stellungnahmen des Heiligen Vaters sind mehr Bitten, Aufmunterungen und Mahnungen als Befehle¹⁹⁸. Er ruft schließlich zum Diasporaeinsatz großen Stils, zu einem überdiözesanen Priesterausgleich und zur Diasporaarbeit durch die Klöster¹⁹⁹, auf.

¹⁹⁷ Siehe auch S. 104 f.

¹⁹⁸ So Epistula Pius XII. vom 1. Dez. 1947, AAS XI. (1948), 544—547, hier 544 f., deutsch nach: Mitteilungen, 1948, IV, 19. Der Heilige Vater schreibt an die deutschen Bischöfe: „Euer Schreiben ist für Uns immer eine nicht zu unterschätzende Quelle tröstlicher Zuversicht, wenn Wir beobachten, daß nach Eurem Vorbild Priester und Ordensleute sich mit bewährtem Eifer und großem Einsatz ganz der Betreuung der Christgläubigen widmen, vor allem derjenigen, die von einem besonders harten Los betroffen wurden und nun als Flüchtlinge in den Gebieten der Diaspora wohnen. Die Tüchtigkeit solcher Arbeiter im Dienste des Evangeliums wäre an sich dieser Aufgabe gewachsen, aber ihre Zahl ist viel zu gering. Aus diesem Grunde fordere ich noch junge, leistungsfähige und unternehmungsfreudige Kleriker dringend auf, zu den besonders bedrängten Brüdern zu eilen in der Überzeugung, daß der Diener Gottes dort seinen geeignetsten Wirkungskreis findet, wo die Not am größten ist; da werden sie sich herrliche Verdienste schaffen und die Entlohnung Gottes, die gerechteste, wird nicht ausbleiben.“

Dringlicher noch das päpstliche Weihnachtsschreiben 1947, nach: Mitteilungen, 1949, III, 24: „Was jedoch als schwerste Hirtensorge auf Uns und euch lastet, ist die religiöse Not der Ausgewiesenen, . . . jetzt zerstreut in weite Gebiete, in denen die katholische Kirche seit der Glaubensspaltung kaum wieder Fuß gefaßt hatte, wo das kirchliche Leben erst ganz von Grund aus aufzubauen ist. Was Wir vernehmen von den endlosen Schwierigkeiten, diese oft durch kaum übersteigbare Zonengrenzen von ihrer Diözese abgeschnittenen Gebiete zu verwalten, von ihrem Priestermangel, von der religiösen Verlassenheit und Gefährdung der dorthin verschlagenen katholischen Flüchtlinge, der Erwachsenen und besonders der Kinder, das alles wirkt erschütternd und läßt Uns an den deutschen Klerus, den Welt- und Ordensklerus, die Ordensschwwestern und die kirchlichen Hilfskräfte aus dem Laientum die inständige Bitte und Mahnung richten, das letzte Verfügbare einzusetzen, um dieser an sie gestellten Aufgabe nach Möglichkeit Herr zu werden.“

¹⁹⁹ Brief Pius XII. an den deutschen Episkopat vom 11. X. 1954, nach: Expulsus, 1955, I, 1: Nach dem Lob der Kapellenwagenmission heißt es weiter: „Wer sähe nicht, daß in solcher Lage der Glaube allmählich nachlassen, ja noch schlimmer: ganz verschwinden kann, wenn sie und ihre Kinder nicht mehr am heiligen Opfer teilnehmen können, wenn sie nicht mehr durch die heiligen Sakramente gestärkt werden, nicht mehr in den Glaubenswahrheiten unterrichtet werden und sich nicht mehr der priesterlichen Hilfe und Führung erfreuen dürfen? Darum mögen mit geradezu missionarischem Eifer sowohl Priester aus den Diözesen, wo die Zahl der Diener des Heiligtums das Bedürfnis übersteigt, als auch Ordensgeistliche sich dorthin begeben, damit dort eine ständige und dauernde seelsorgliche Betreuung eingerichtet werden kann. Welch eine Saat an Verdiensten wird denen aufgehen, die mit entschlossenem Willen zur Tat und aus Mitleid zu den Brüdern in ihrer Not helfen!“

Noch sind nicht alle Wege erschlossen: so fehlt z.B. die Einführung eines vorbereiteten Diasporajahres aller jüngeren und gesunden Priester Deutschlands und der Ausbau der Diasporapastoral — das Diasporaanliegen ist ja doch ein überdiözesanes gemeinsames Anliegen und von Bedeutung für die Kirche in ganz Deutschland und darüber hinaus; die heutige Diasporasituation bedeutet (noch einmal) eine Chance, Zeugnis für die Kirche Christi zu geben und zu empfangen.

Betreffs des Einsatzes der vertriebenen Priester konnte bereits 1950 das Priesterreferat melden: 75% der unter 40 Jahre alten Vertriebenenpriester befinden sich in der Arbeit der Diaspora oder auf sonst unabkömmlichen Posten²⁰⁰.

Nach der Darlegung dieses dreifachen Rechtsverhältnisses des vertriebenen Priesters, bleibt noch sein Verhältnis zum Ortspfarrer zu überprüfen.

IV. Rechtsstellung des heimatvertriebenen Priesters zum Ortspfarrer.

Die Aussiedlung der Priester hat deren Einsatz und Stellung von Grund auf geändert. Alter, Verdienste, Titel und Würden galten de facto nicht mehr; der Weihbischof wurde als Frühmesser, der Domkapitular als Hilfskaplan verwendet, Prälaten und Universitätsprofessoren wurden Hausgeistliche, und mancher junge Pfarrer bekam einen Kaplan zugewiesen, der ihn an Alter und Erfahrung überragte.

Das brachte für viele empfindliche Härten mit sich, die freilich, wenigstens anfangs, nicht immer zu verhindern waren. Der heimatvertriebene Priester kann, ohne ausdrückliche Erlaubnis des Heimatbischofs — in der Aufnahmendiözese kein Residentialbenefizium übernehmen; denn damit würde er gem. can. 114 inkardiniert; dem aber steht vom allgemeinen Recht her can. 144 entgegen, das Rückrufsrecht, das die «Iura Antistitum» eigens hervorheben. Dazu kommt bei denen, die die iure ein Heimatbenefizium noch besitzen²⁰¹, die Bestimmung des can. 1439, die einen gleichzeitigen Besitz von mehr als einem inkompatiblen Benefizium ausschließt, und nach can. 1438 werden die Weltpriesterbenefizien auf Lebenszeit verliehen.

So sprechen denn auch die «Iura Antistitum» nirgends von Benefizien-, sondern stets nur von Offizienübernahme.

Welche Offizien kommen im Regelfall in Frage?

A) Hat der ausgewiesene Priester einen Kaplansposten erhalten, so ist sein Verhältnis zum Pfarrer gemeinrechtlich (can. 476 § 1, 5, 7) und diözesanrechtlich geregelt und hat kaum Besonderheiten. Doch ist mit Rücksicht auf die Notlage der Ausgewiesenen in den weiten Diasporagebieten, wo — um nur ein Beispiel anzubringen — die katholischen Kinder zufolge des Priestermangels jahrelang keinen ausreichenden Religionsunterricht haben können, die Verwendung der jüngeren ausgewiesenen Priester in weniger priesterarmen katholischen Gegenden schwerlich zu verantworten, vielleicht von der zeitweiligen Ausnahme abgesehen, daß ein Aufnahmebischof durch die gewährte Ausbildung ein gewisses Recht auf sie

²⁰⁰ Mitteilungen, 1950, I, 79.

²⁰¹ Siehe S. 112.

hat. Die grundsätzliche Verwendung in Diasporagebieten geht auch aus den oben zitierten Verfügungen und Mahnungen des Heiligen Vaters hervor²⁰². Der päpstliche Sonderbeauftragte hatte gerade hier eine Dringlichkeitsprüfung vorzunehmen und möglichst viele als Vikar eines Diasporapfarrers, dessen Gemeinde durch Zustrom der Vertriebenen um ein vielfaches gewachsen ist, freizustellen.

B) Handelt es sich aber um noch leistungsfähige und dienstereifere Priester, die in der Herkunftsdiözese schon längere Zeit eine selbständige Stellung versahen, wird für sie eine Stellung als vicarius cooperator gem. can. 476 § 2 in Frage kommen: Seelsorger für ein bestimmtes Gebiet der Pfarrei (Expositur). Ist also die Expositur die entsprechende Stellung des ausgewiesenen Pfarrers, so ist sie doch, von Sonderfällen abgesehen, bei noch leistungsfähigen Priestern aus obigen Gründen nur in Diasporagebieten vertretbar.

Kirchenrechtlich gesehen sind die Priester auf diesen Stellen, ob sie nun Expositur, Lokalkaplanei, Vikarie, Seelsorgestelle oder -bezirk heißen mögen, vicarii cooperatores nach can. 476 § 2 — «constituti pro determinata paroeciae parte», also Cooperatoren, denen ein bestimmter Teil der Pfarrei zugeteilt ist, wobei ihnen freilich ein früher erworbener Titel bleibt, denn entweder ist dieser persönlicher Art oder aber in Folge eines Amtes verliehen, das er de iure noch innehat. In dem ihm zugewiesenen Gebiet hat der vertriebene Priester mehr oder weniger volle Pfarrechte, die im konkreten Falle gem. can. 476 § 6 von der Regelung des Ordinariates abhängen, das auch festsetzt, wie groß die Abhängigkeit des vertriebenen Priesters vom eigentlichen Ortspfarrer ist und worin sie besteht. Eine die Seelsorge behindernde Abhängigkeit wird als schädlich abzustellen sein.

Hat der Vertriebenenpriester die vollen Pfarrechte, die «cura primaria», auf die sofort die Rede kommt, dann besitzt er auch die Stolarechte (Taufe, Begräbnis) nach can. 463; das Traurecht kann ihm gerade als vicarius cooperator generaliter vom Bischof oder Pfarrer übertragen werden (can. 1095 § 2). Er hat eigene Matriken zu führen, aber auch Meldung an die Mutterpfarre zu erstatten, so das Ordinariat nicht anders verfügt.

Schon bald fand der ganze Fragenkomplex in der Diasporadiözese Osnabrück eine Klärung²⁰³. Dieser Erlaß des Bischofs von Osnabrück vom 30. Dezember 1946 bezüglich der Rechte und Pflichten der leitenden Geistlichen in den infolge des Zustromes der Ostflüchtlinge neuerrichteten Seelsorgebezirken verordnet im wesentlichen:

Die Zeitaufgaben machen neue Seelsorgestellen außerhalb der Pfarrorte notwendig.

Alle mit der Seelsorge in solchen neuen Seelsorgsbezirken beauftragten Priester besitzen folgende Vollmachten:

a) Beichtjurisdiktion. Die Genannten besitzen die Beichtjurisdiktion im gesamten Bistum Osnabrück (can. 879 § 1).

Sie gilt bis auf ausdrücklichen Widerruf. Es folgen besondere Vollmachten²⁰⁴.

²⁰² Siehe Anm. 198.

²⁰³ Kirchl. Amtsblatt für die Diözese Osnabrück, 1946, 145 ff.

²⁰⁴ Die Kriegsvollmachten für die Absolution von reservierten Zensuren wurden zunächst verlängert.

b) Trauungsbefugnis. Alle Geistlichen, die an einem Orte außerhalb des Pfarrortes angestellt sind oder werden, sind bis auf ausdrücklichen Widerruf kraft can. 1095 § 2 und 1096 § 1 innerhalb ihres Seelsorgegebietes zur Vornahme kirchlicher Trauungen delegiert, sie haben die Vollmacht, erforderlichenfalls von Eheproklamationen zu dispensieren.

c) Cura primaria. Die Geistlichen auf den Außenstationen außerhalb des Pfarrortes besitzen all die Rechte und Vollmachten, die im can. 462 den Pfarrern reserviert sind. Der diözesanrechtliche Begriff «cura primaria», der die Gesamtheit der Vollmachten, „der Rechte und Pflichten“, die dem Pfarrer zukommen, bezeichnet, ist hier also auf die vicarii cooperatores gem. can. 476 § 2 ausgedehnt.

d) Amtliche Bescheinigungen. Die Geistlichen auf den Außenstationen haben das Recht, Bescheinigungen auszustellen und das Siegel zu führen, das aber kleiner als das der Muttergemeinde sein soll.

Sie sind verpflichtet, die Aufzeichnungen über alle Pfarrakte vorzunehmen und aufzubewahren, um die gewünschten Bescheinigungen ausstellen zu können. Die Trauungen sind außerdem dem Pfarrer bzw. Pastor der Muttergemeinde zu übermitteln.

e) Abgrenzung des Seelsorgebezirkes. Die endgültige Festsetzung der Grenzen neuer Seelsorgebezirke bleibt einer späteren Bestimmung vorbehalten. Bis dahin hat der auf einer Außenstation eingesetzte Geistliche das Gebiet zu betreuen, welches ihm durch den Bischof zugewiesen ist, auch wenn dieses Gebiet in eine andere, von der Muttergemeinde verschiedene, Pfarrgemeinde oder Kuratie übergreift.

f) Applikation. Die Applikationspflicht pro populo liegt beim Pfarrer der Muttergemeinde, der sie nach wie vor für das gesamte Pfarrgebiet besorgt; die auf den Außenstationen außerhalb des Pfarrortes angestellten Geistlichen haben also keine Verpflichtungen, an den Sonn- und Feiertagen pro populo zu applizieren. Die bisherigen applikationspflichtigen Pfarrer und Quasipfarrer müssen aber 5–6mal im Jahr ihrer Applikationspflicht für die frühere Pfarrgemeinde Genüge leisten²⁰⁵.

g) Trination. Sie erhalten über can. 806 hinaus (Binationserlaubnis) an Sonn- und gebotenen Feiertagen die Erlaubnis zu trinieren²⁰⁶.

h) Vermögensverwaltung. Der so eingesetzte Geistliche hat über alle Einnahmen und Ausgaben ein Rechnungsbuch zu führen und ein Inventarverzeichnis anzulegen.

i) Pfarrchronik. Schlußendlich wird gewünscht, eine Chronik über wichtige kirchliche Ereignisse im neuen Seelsorgebezirk anzulegen.

In den genannten Fällen hat denn also der vertriebene Priester als vicarius cooperator weitgehende Vollmachten, Rechte und Pflichten; im aufgezeigten Falle Osnabrück praktisch alle Pfarrechte und -pflichten außer der applicatio pro populo, ist also praktisch selbständiger Seelsorger.

²⁰⁵ Vgl. S. 110.

²⁰⁶ Reskript der C. Sacr. v. 24. Dez. 1939, nach: Kirchl. Amtsblatt für die Diözese Osnabrück, 1946, 145 ff.

Wie der Ordinarius von Osnabrück eingangs hervorhebt, widerspricht diese Anordnung nicht der Bestimmung im can. 460 § 2, nach welcher in derselben Pfarrei nur 1 Pfarrer sein soll, der die regelmäßige Seelsorge wahrnimmt; denn tatsächlich sei es hier ja so, daß nicht mehr der Pfarrer der Muttergemeinde, sondern vielmehr der auf der Außenstation angestellte Priester aktuell die Seelsorge ausübe. Es handelt sich hier wohl doch um eine notgedrungene Eigenschöpfung des deutschen Partikularrechtes, die vom Codex angestrebte Umgestaltung in eine vicaria perpetua bzw. Pfarreiteilung, die diese Organisationsform ja praktisch darstellt, scheitert indes — zumal in der Diaspora — außer am Mangel an nicht gebundenen Priestern an der erforderlichen Dotation. Wo immer die Erhebung einer Seelsorgestelle zur Pfarrvikarie möglich ist, hat sie im Sinne des Codex zu geschehen²⁰⁷.

Außer der genannten Stellung des vertriebenen Seelsorgers als Expositus steht auch einer Verwendung als Oeconomus — cc. 472 f. — nichts im Wege; denn der Pfarrverweser hat weder ein Benefizium, noch ein Officium, sondern ist dessen Administrator. Der Pfarrertitel kann auch ehrenhalber verliehen werden.

C) Bei den heimatvertriebenen Priestern, die angestellt wurden zur Unterstützung der Seelsorge oder in Anstalten, die einen Seelsorger benötigen, richtet sich die Stellung zum Ortspfarrer nach dem jeweiligen Anstellungsdekret und dem Partikularrecht; eine Sonderstellung des heimatvertriebenen Priesters kommt hier nicht in Frage, es sei denn, er habe für seine Landsleute (z. B. in Lagern oder geschlossenen Siedlungen oder Unternehmungen) einen zusätzlichen Auftrag erhalten, der ihm hierin eine entsprechende Eigenständigkeit verleiht.

D) Hausgeistliche und Ruheständler (in Heimen oder Klöstern) haben rechtlich

²⁰⁷ Die in Deutschland üblichen Pfarrkuraten oder -rektoren haben mit vollen pfarrlichen Rechten und Pflichten einen von der Mutterpfarrei völlig getrennten, aber wegen mangelnder Dotationsmöglichkeit noch nicht zu einer Pfarrei erhobenen Sprengel seelsorglich zu betreuen. Diese Einrichtung hat sich als praktisch erwiesen und wird geduldet, obwohl sie gegen die Vorschrift des can. 216 § 1 und § 3 verstößt, sofern die Sprengel dieser Art weder selbst eine Pfarrei sind, noch den Teil einer Pfarrei bilden.

Dagegen Eichmann-Mörsdorf, Kirchenrecht, ⁹ 1959, 464 f.:

„Das deutsche Partikularrecht kennt jedoch Filialgeistliche, die einem abgegrenzten, aber aus dem Mutterverband noch nicht durch kanonische Teilung ausgeschiedenen Gebietsteil einer Pfarrei mit grundsätzlich voller pfarrlicher Seelsorgsgewalt vorstehen. Der Mutterpfarrer bleibt Pfarrer über einen so abgegrenzten Gebietsteil, er behält die Applikationspflicht und das Recht der Eheassistenten, aber er darf oder soll seine Pfarrechte in diesem Gebietsteil nicht ausüben. Diese Form des selbständigen Filialgeistlichen ohne territorium separatum findet sich vielfach als einzige Form des selbständigen Filialgeistlichen (so z. B. in Freiburg, Paderborn und Münster), anderwärts aber auch neben der gemeinrechtlichen Organisationsform der vicaria perpetua (z. B. ist der Berliner Kuratus teils Vorsteher einer aus dem Mutterverband ausgeschiedenen, teils einer im Mutterverband verbleibenden, aber abgegrenzten Kuratie). Es handelt sich hier um eine eigenwillige Schöpfung des Partikularrechts, der mit dem gemeinrechtlich in strengster Form aufgestellten Grundsatz, daß in einer Pfarrei nur ein Pfarrer sein kann (c. 460 § 2), nicht vereinbar ist. Es ist dringend zu wünschen, daß diese Organisationsform, die praktisch einer vicaria perpetua gleichkommt, auch rechtlich zu einer solchen umgestaltet wird.“

Siehe auch Bruch J., Die rechtliche Stellung der Filial- und Hilfsgeistlichen im Deutschen Reich, Theol. Diss., Münster 1946.

mehr oder minder jene Stellung inne wie in normalen Zeiten Priester, die außerhalb ihrer Diözese ihren Lebensabend verbringen.

E) Der Vertriebenenpriester hat — unabhängig von der gegenwärtigen Neustellung — auch noch ein rechtliches Verhältnis zu seinen vertriebenen Pfarrkindern, soweit diese ihr Heimatdomizil nicht aufgegeben haben. Außer der Applikationspflicht wird die briefliche Verbindung mit seinen ausgesiedelten Gemeindemitgliedern — zumal in der Verlassenheit der Diaspora — einen wertvollen Seelsorgsbefehl darstellen. Seine Vollmachten gem. cc. 201 § 3, 881 § 2 und 1245 § 1 wurden bereits aufgezeigt.

* *
*

V. Die Trauungsbefugnis der heimatvertriebenen Priester.

Die Trauungsbefugnis der ausgewiesenen Priester ist in den einzelnen Diözesen nicht einheitlich, wie aus folgenden Sonderverfügungen erhellt:

Während es im Amtsblatt der Diözese Berlin²⁰⁸ noch heißt: „Die in unserer Diözese bereits angestellten oder noch anzustellenden sogenannten Flüchtlingspriester sind nicht vicarii cooperatores im Sinne des can. 1096 und können somit nicht generell zur Assistenz bei Eheschließungen innerhalb ihres Wirkungskreises delegiert werden. Sie bedürfen für jede einzelne Trauung einer ausdrücklichen Delegierung durch die Pfarrgeistlichkeit; da von der rechtsgültigen Delegation durch den Ortspfarrer oder seinen Stellvertreter die Gültigkeit der Trauung abhängig ist, ersuchen wir um genaueste Beachtung dieser Vorschrift“ — erteilte der Ordinarius von Limburg allgemeine Delegation²⁰⁹:

„Bezüglich der Trauungen durch die von uns für die Seelsorge der Heimatvertriebenen angestellten Geistlichen bestimmen wir folgendes:

1. Die von uns ausdrücklich zu Kaplänen ernannten und einem Pfarrer beigegebenen Herren sind als vicarii cooperatores gemäß dem Brauche unserer Diözese im Sinne des can. 1096 § 1 allgemein zur Eheassistenz delegiert, können also im ganzen Bezirk der Pfarrei Ehen assistieren.
2. Die von uns mit der Verwaltung eines bestimmten Bezirkes beauftragten Geistlichen der Heimatvertriebenen sind von jetzt ab ebenfalls als vicarii cooperatores des für diesen Bezirk zuständigen Pfarrers anzusehen, ist dieser Bezirk aus Teilen mehrerer Pfarreien gebildet, so sind sie als vicarii cooperatores eines jeden der für die einzelnen Teile ihres Bezirks zuständigen Pfarrers zu betrachten. Als vicarii cooperatores sind sie a) im Sinne des can. 1096 allgemein zur Eheassistenz delegiert, können also im ganzen Gebiet der betr. Pfarreien gültig trauen, erlaubterweise (und ohne vorher die Zustimmung des zuständigen Pfarrers einzuholen) jedoch nur in dem ihnen zugewiesenen Bezirk.

Für die Trauungen hat jeder Geistliche ein eigenes Register zu führen;

²⁰⁸ Amtsblatt der Diözese Berlin, 1946, St. 13.

²⁰⁹ Amtsblatt des Bistums Limburg, 1947, 27.

außerdem ist jede Trauung dem zuständigen Pfarrer zum Eintrag in die Pfarregister zu melden.“

Meißen²¹⁰: „Aus Anlaß von Anfragen, die uns zugegangen sind, wird erklärt, daß im hiesigen Bistum die Lokalkapläne, auch wenn dies in dem Dekret über die Errichtung ihrer Stelle oder in ihrer Anstellungsurkunde nicht eigens gesagt ist, vicarii cooperatores für den gesamten Bereich der Pfarrei sind, zu der sie gehören. Ihr Lokalbezirk stellt dabei ihr Hauptaufgabengebiet dar; nach dem Ermessen ihres Pfarrers können sie aber für gelegentliche Dienste auch im übrigen Bereich der Pfarrei herangezogen werden.

Als vicarii cooperatores der gesamten Pfarrei können und sollen sie Generaldelegation für Trauungsassistenzen (can. 1096 § 1 CIC) für die gesamte Pfarrei erhalten.“

Osnabrück²¹¹: „... Um allen ... Unsicherheiten, Zweifeln oder Verlegenheiten für die Zukunft vorzubeugen, will ich hierdurch mit sofortiger Wirkung allen Herren Geistlichen, die an einem Orte außerhalb des Pfarrortes angestellt sind oder in Zukunft angestellt werden, kraft can. 1095 § 2, can. 1096 § 1 Codicis Iuris Canonici bis auf etwaigen ausdrücklichen Widerruf die Befugnis delegieren, innerhalb des ihnen zugewiesenen Seelsorgegebietes gültigerweise kirchliche Trauungen servatis de iure servandis vorzunehmen.

Jeder Geistliche, welcher kraft dieser Delegation Trauungen vornimmt, hat in jedem einzelnen Falle alle Aufzeichnungen zu machen, welche für die Eintragung in das kirchliche Trauungsregister erforderlich sind, und die Aufzeichnungen alsbald demjenigen Pfarrer bzw. Pastor zu übermitteln, welcher das Trauungsregister führt.

Bezüglich der am Pfarrorte selbst wohnenden Herren Geistlichen verweise ich auf Seling, Sammlung, S. 53: „Dem bzw. den Hilfsgeistlichen im eigenen Seelsorgebezirk kann der Pfarrer zur Assistenz bei allen vorkommenden Eheschließungen eine allgemeine Delegation erteilen; eine solche allgemeine dauernde Delegation erscheint für die auf Außenstationen tätigen Hilfsgeistlichen notwendig, um allen Rechtsunsicherheiten und Verlegenheiten nach Möglichkeit vorzubeugen. Aus dem gleichen Grunde empfiehlt es sich, daß die Pfarrer größerer Bezirke wenigstens einem ihrer Hilfsgeistlichen eine allgemeine und dauernde Trauungsbefugnis erteilen.“

Registrierung.

Jede Trauung muß gem. CIC can. 1103 § 2 registriert werden. Der Ordinarius von Berlin hatte hiezu bereits 1947 verfügt: „Wir verweisen nachdrücklich auf die strenge Bestimmung des can. 470 § 2, wonach die Pfarrer verpflichtet sind, den

²¹⁰ Ordinariat des Bistums Meißen in Bautzen, Verordnung v. 3. März 1947.

²¹¹ Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Osnabrück, 1946, 123.

Empfang der hl. Firmung und den Eheabschluß den Taufpfarrämtern unverzüglich zu melden. Wenn die hochw. Herrn Seelsorgsgeistlichen in Fällen, wo die Taufpfarrämter im Auslande liegen, die Vermittlung des Bischöflichen Ordinariats in Anspruch nehmen, erbitten wir genaue Angabe der Taufkirche (Namen, Ort, nächste Post, Kreis, Diözese). Für die unter polnischer Verwaltung stehenden Ostgebiete geben wir im folgenden die polnischen Anschriften der zuständigen oberhirtlichen Stellen“ ²¹².

Eine generelle Regelung brachte i. J. 1951 die folgende Empfehlung der Apostolischen Nuntiatur ²¹³, bei der einige Ordinate ob der aufgetauchten Schwierigkeiten bei der Benachrichtigung der Pfarrämter in osteuropäischen Ländern angefragt hatten: „Die Apostolische Nuntiatur hat dem Hl. Stuhl diese Frage vorgelegt und erhielt vom Staatssekretariat Sr. Heiligkeit unterm 6. Juli 1951 — 256 260 — die Weisung, den deutschen Ordinariaten folgende Regeln in der Benachrichtigung gemäß can. 1103 CIC zu empfehlen.

1. Die Benachrichtigungen werden von den Pfarrern über den normalen Postweg aufgegeben.
2. In jedem Falle einer Benachrichtigung in die Ostgebiete hat das Pfarramt eine Kopie an sein Ordinariat einzuschicken.
3. Die (Erz-)Bischöflichen Ordinate registrieren sorgfältig die eingegangenen Kopien, damit jederzeit auf diese Urkunden zurückgegriffen werden kann.

Dazu verfügte das Generalvikariat Osnabrück ²¹⁴: „Die an das Ordinariat abzugebenden Kopien sind für alle Fälle getrennt einzureichen. Man benutze dafür Formulare im Postkartenformat, damit eine geordnete Kartei angelegt werden kann.

Die deutsche Ostzone ist in diese Regelung nicht einbegriffen, da die dortigen Pfarrämter auf dem normalen Postweg sicher zu erreichen sind.

Soweit während des Krieges und in der Nachkriegszeit die vorgeschriebene Be-

²¹² Amtsblatt der Diözese Berlin, 1947, 42 f.

Die polnischen Anschriften sind:

- a) für Orte im ehemaligen deutschen Oberschlesien:
Najprzewielebniejsza Kuria Administratury Apostolskiej O p o l e , Gorny Slask, Polska;
- b) für Orte in Niederschlesien:
dto., W r o c l a w , Pl. Strzelecki, Dolny Slask;
- c) für Orte in Polnisch-Oberschlesien:
Kurja Biskupia, K a t o w i c e , Polska;
- d) für Orte in Pommern und Brandenburg rechts der Oder:
Kurja Administratury Apostolskiej, G o r z o w n. W.;
ebenso für Orte der Freien Prälaturn Schneidemühl;
- e) für Orte im ehemaligen Westpreußen einschl. Bistum Danzig:
Najprzewiel. Kurja Biskupia, P e l p l i n , Pomorze;
- f) für Orte des Bistums Ermland, soweit es unter polnischer Verwaltung steht:
Kurja Administratury Apostolskiej, O l s z t y n , Prusy wschodnie;
- g) für Orte in der ehemal. Provinz Posen:
Kurja arcybiskupia, P o z n a n , Wielkopolska.

²¹³ AFKKR, 1252, 357.

²¹⁴ Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Osnabrück, 1952, 25 f.

nachrichtigung der Taufpfarrämter unterblieben ist, muß die Benachrichtigung unverzüglich nachgeholt werden. Die kirchenbuchführenden Geistlichen haben die Trauungsregister daraufhin durchzusehen und am Schlusse eines jeden Jahrgangs den Vermerk einzutragen, daß alle in Betracht kommenden Taufpfarrämter benachrichtigt sind.“

Zusammenfassung

Wir stellten also fest, daß — schon gem. Reichskonkordat, Art. 11 — eine kirchenrechtliche Gebietsveränderung einem rechtsgültigen Friedensvertrag nicht vorgehen kann.

Die Millionen Vertriebenen haben die religiöse Struktur Deutschlands weithin verändert. Sie haben ihr altes Domizil *de iure* nur dann verloren, wenn sie auf diesen ihren Wohnsitz Verzicht geleistet haben, bei einer Großzahl aber besteht Rückkehrwille. An ihrem neuen Aufenthaltsort genießen die ostvertriebenen Laien das Recht auf Seelsorge, ja auf eine besondere Seelsorge, wie es ihnen der Heilige Vater mehrmals bestätigte. Zum Zentralpunkt der Vertriebenen-seelsorge, für die Pius XII. eigens Bevollmächtigte ernannte, ist Königstein/Ts. geworden, „ein wahres Vaterhaus der katholischen Vertriebenen“ (Kard. Frings, 6. 2. 1957).

Unter den kirchenrechtlichen Fragen der heimatverwiesenen Laien war die Eheschließung gesondert zu erwähnen, näherhin die erschwerte Feststellung des *status liber*, die zusätzliche Diözesanbestimmungen erforderlich machte. Das Patronatsrecht ist durch die Vertreibung als solche nicht erloschen.

Die Potsdamer Beschlüsse hatten u. a. zur Folge, daß man allein unter dem deutschsprachigen Klerus 3740 vertriebene Priester zählt. Die Vertreibung ändert aber an sich nichts an ihrer Inkardination, sie besteht weiter und als wichtigstes Recht daraus folgt das Rückrufsrecht des Heimatbischofs, der auch weiterhin ein entferntes Aufsichtsrecht über seine Kleriker behält. Diese bleiben auch — von Ausnahmen abgesehen — *de iure* Inhaber ihrer Offizien; denn ein kirchliches Amt kann rechtens nicht durch staatliche Maßnahmen entzogen werden. Der Aufnahmebischof hingegen ist nunmehr für diese Priester vorübergehender Dienstherr mit allen Rechten und Pflichten; seine Befugnisse erfahren allerdings durch den Sonderbeauftragten Einschränkungen, zumal dieser für die rechte Verteilung des Vertriebenenklerus und für das Wohl der weiten Diaspora Sorge zu tragen hat. Dabei stehen ihm wie den Aufnahmebischöfen das Priesterreferat Königstein und die Diözesanvertriebenen-seelsorger zur Seite.

ANHANG

Nr. I Das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945

Artikel IX

„Die Konferenz hat die Fragen, die sich auf die Polnische Provisorische Regierung der Nationalen Einheit und auf die Westgrenze Polens beziehen, der Betrachtung unterzogen.

b) Bezüglich der Westgrenze Polens wurde folgendes Abkommen erzielt:

In Übereinstimmung mit dem bei der Krim-Konferenz erzielten Abkommen haben die Häupter der drei Regierungen die Meinung der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit hinsichtlich des Territoriums im Norden und Westen geprüft, das Polen erhalten soll. Der Präsident des Nationalrats Polens und die Mitglieder der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit sind auf der Konferenz empfangen worden und haben ihre Auffassungen in vollem Umfange dargelegt. Die Häupter der drei Regierungen bekräftigten ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu der Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll.

Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teiles Ostpreußens, der nicht unter die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Übereinstimmung mit den auf dieser Konferenz erzielten Vereinbarungen gestellt wird, und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen.“

Artikel XIII

(Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile).

„Die Konferenz erzielte folgendes Abkommen über die Ausweisung Deutscher aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn:

Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll. Da der Zustrom einer großen Zahl Deutscher nach Deutschland die Lasten vergrößern würde, die bereits auf den Besatzungsbehörden ruhen, halten sie es für wünschenswert, daß der alliierte Kontrollrat in Deutschland zunächst das Problem unter besonderer Berücksichtigung der Frage einer gerechten Verteilung dieser Deutschen auf die einzelnen Besatzungszonen prüfen soll. Sie beauftragten demgemäß ihre jeweiligen Vertreter beim Kontrollrat, ihren Regierungen so bald wie möglich über den Umfang zu berichten, in dem derartige Personen schon aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland gekommen sind, und eine Schätzung über Zeitpunkt und Ausmaß vorzulegen, zu dem die weiteren Überführungen durchgeführt werden könnten, wobei die gegenwärtige Lage in Deutschland zu berücksichtigen ist. Die tschechoslowakische Regierung, die Polnische Provisorische Regierung und der Alliierte Kontrollrat in Ungarn werden gleichzeitig von Obigem in Kenntnis gesetzt und ersucht werden, inzwischen weitere Ausweisungen der deutschen Bevölkerung einzustellen, bis die betroffenen Regierungen die Berichte ihrer Vertreter an den Kontrollrat ausgearbeitet haben.“

(Aus: „Um den Frieden mit Deutschland“ — Dokumente und Berichte des Europa-Archivs —, Oberursel 1948, S. 86 ff.)

Unserem ehrwürdigen Bruder
Maximilian Kaller
Bischof von Ermland

Der Ausgang des Krieges und die Nachkriegszeit haben Sie, ehrwürdiger Bruder, und Ihre Diözesanen überaus schwer getroffen. Wir brauchen Ihnen nicht zu sagen, wie sehr Wir mit Ihnen allen mitempfinden und wie gerne Wir zu Hilfe gekommen wären, wenn die Abschnürung des deutschen Ostens und die Verslossenheit der dortigen gegenwärtigen Machthaber dem Heiligen Stuhl gegenüber Uns nicht der Möglichkeit dazu beinahe vollständig beraubt hätten.

Der Druck der Verhältnisse hat für die ostdeutschen Gebiete eine vorläufige Regelung der kirchlichen Verwaltung erzwungen, die eine Fortführung Ihrer bischöflichen Amtstätigkeit ausschließt, ganz abgesehen davon, daß Ihre noch von den deutschen Behörden verfügte gewaltsame Wegführung aus Ihrer Diözese und die dann einsetzenden erschütternden Vorgänge in Ostpreußen Ihnen eine Wiederaufnahme Ihrer bischöflichen Wirksamkeit sowieso unmöglich gemacht haben würden.

Wenn Wir alles dieses mit Ihnen tief bedauern, so sind Sie, ehrwürdiger Bruder, anderseits durch die Lage der Dinge frei für eine Sonderaufgabe, deretwegen Wir mit diesem Schreiben an Sie herantreten, und die Uns augenblicklich noch wichtiger erscheint als die geplante Mission unter den deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich.

Es handelt sich um die Betreuung der katholischen Ostflüchtlinge. Nicht als ob eine quer über die deutschen Diözesen sich erstreckende Sonderseelsorge mit eigener Jurisdiktion für sie geschaffen werden sollte, Sie werden vielmehr am Ort Ihrer Unterkunft von der zuständigen Pfarrei und Diözese von selbst erfaßt werden, und Wir hören zu Unserem großen Trost, daß sich die Bischöfe und Priester der Auffangdiözesen alle erdenkliche Mühe geben, um ihrer Aufgabe an den neu hinzugekommenen Gläubigen gerecht zu werden.

Indes ist ein Sonderamt, das zwischen den Ostflüchtlingen und den Ordinarien der Auffanggebiete vermittelt, doch wohl notwendig, wenigstens für die erste Zeit. Der Gegenstand der Obsorge dieses Sonderamtes wäre vor allem der aus den verlassenen Ostgebieten nach dem deutschen Westen und Süden kommende Klerus, seine Erfassung und seine Verteilung in die Auffangdiözesen; sodann die Sorge für die unter den Ostflüchtlingen sich findenden Priesterberufe, falls sie nicht ohne weiteres in die kirchlichen Priesterbildungsanstalten der Auffangdiözesen aufgenommen werden; endlich wird — besonders in den Fällen, wo katholische Ostflüchtlinge an Orten Unterkunft finden, an denen bis dahin weder eine katholische Kirche noch ein Priester waren — eine Reihe von seelsorglichen und caritativen Fragen auftauchen, die eine besondere Vermittlung zwischen den Angekommenen und dem Ordinarius loci wünschenswert, wenn nicht notwendig machen.

Dieses Sonderamt wollten Wir Ihnen, ehrwürdiger Bruder, anvertrauen. Sie kennen Klerus und Gläubige des katholischen deutschen Ostens von Ihrer schlesischen Heimat her wie aus Ihrer jahrzehntelangen Wirksamkeit in Berlin, in der Prälatur Schneidemühl und in der Diözese Ermland. Dies und Ihr erprobter Eifer in Seelsorgsfragen, Ihre guten Beziehungen zu den anderen deutschen Oberhirten und Ihre Erfahrung in den Arbeiten der Fuldaer Bischofskonferenzen lassen Sie dafür besonders geeignet erscheinen. Die Kirchliche Hilfsstelle, mit deren Führung Msgr. Albert Büttner betraut ist, würde Ihrer Oberleitung unterstehen. Wenn Sie zu der Übernahme dieser Aufgabe bereit sind, würden Wir Sie bitten, dies umgehend Unserem Vertreter in Deutschland mitzuteilen, und sich dann mit dem Kardinalerzbischof von Köln als dem Leiter der Fuldaer Bischofskonferenzen ins Be-

nehmen zu setzen, damit Sie womöglich schon auf der nächsten Zusammenkunft der deutschen Bischöfe in Fulda die Sache der Ostflüchtlinge vertreten können.

Wir begleiten Ihr Wirken, ehrwürdiger Bruder, mit innigen Wünschen und erteilen als Unterpfand der reichsten Erbarmungen Gottes Ihnen, Ihren Diözesanen und allen, denen Ihre Sorge gilt, in väterlicher Liebe den Apostolischen Segen.

Aus dem Vatikan, den 24. Juni 1946

Pius pp XII.

(Photokopie im „Archiv Priesterreferat Königstein“)

Nr. III Charta der Vertriebenen — im August 1950 verkündet:

„Im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen, im Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zum christlich-abendländischen Kulturkreis, im Bewußtsein ihres deutschen Volkstums und in der Erkenntnis der gemeinsamen Aufgaben aller europäischen Völker haben die erwählten Vertreter von Millionen Heimatvertriebenen nach reiflicher Überlegung und nach Prüfung ihres Gewissens beschlossen, dem deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit gegenüber eine feierliche Erklärung abzugeben, die die Pflichten und Rechte festlegt, welche die deutschen Heimatvertriebenen als ihr Grundgesetz und als unumgängliche Voraussetzung für die Herbeiführung eines freien und geeinten Europas ansehen.

1. Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat.

2. Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.

3. Wir werden durch harte, unermüdliche Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas.

Wir haben unsere Heimat verloren. Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Erde. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat trennen, bedeutet, ihn im Geiste töten. Wir haben dieses Schicksal erlitten und erlebt. Daher fühlen wir uns berufen, zu verlangen, daß das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird. So lange dieses Recht für uns nicht verwirklicht ist, wollen wir aber nicht zur Untätigkeit verurteilt beiseite stehen, sondern in neuen geläuterten Formen verständnisvollen und brüderlichen Zusammenlebens mit allen Gliedern unseres Volkes schaffen und wirken. Darum verlangen und fordern wir heute wie gestern

1. gleiches Recht als Staatsbürger, nicht nur vor dem Gesetz, sondern auch in der Wirklichkeit des Alltags;

2. gerechte und sinnvolle Verteilung der Lasten des letzten Krieges auf das ganze deutsche Volk und eine ehrliche Durchführung des Grundsatzes;

3. sinnvollen Einbau aller Berufsgruppen der Heimatvertriebenen in das Leben des deutschen Volkes;

4. tätige Einschaltung der deutschen Heimatvertriebenen in den Wiederaufbau Europas.

Die Völker der Welt sollen ihre Mitverantwortung am Schicksal der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen empfinden. Die Völker sollen handeln, wie es ihren christlichen Pflichten und ihrem Gewissen entspricht. Die Völker müssen erkennen, daß das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen wie aller Flüchtlinge ein Weltproblem ist, dessen Lösung höchste sittliche Verantwortung und Verpflichtung zu gewaltiger Leistung fordert. Wir rufen Völker und Menschen auf, die guten Willens sind, Hand anzulegen ans Werk, damit aus Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend für uns alle der Weg in eine bessere Zukunft gefunden wird.“

(Grentrup, Exsul Familia, 188 f.)